

**Arbeitskreis Militär und Gesellschaft
in der Frühen Neuzeit e.V.**

**Militär und Gesellschaft
in der Frühen Neuzeit**

9 (2005) Heft 1

Universitätsverlag Potsdam
ISSN 1617-9722

IMPRESSUM

Herausgegeben im Auftrag des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit e. V. vom Lehrstuhl für Militärgeschichte der Universität Potsdam

Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit erscheint mit freundlicher Unterstützung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam.

Satz: Martin Winter. *Druck:* Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam. *Vertrieb:* Universitätsverlag Potsdam, Postfach 60 15 53, 14415 Potsdam, Tel.: +49 (0) 331 977 4517 / Fax: 4625, E-Mail: ubpub@rz.uni-potsdam.de, URL: <http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>. *Bezug:* Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit erscheint zweimal jährlich; Mitglieder des Arbeitskreises erhalten die Zeitschrift kostenlos; Bezug über den Universitätsverlag Potsdam; Jahresabonnement: 15,00 €; Einzelhefte: 7,50 €; ermäßigtes Abonnement für Buchhandlungen und Bibliotheken: 12,00 €

Redaktion:

Beiträge: Horst Carl und Gundula Gablen (g.gablen@freenet.de)

Projekte: Sascha Möbius (sasco@t-online.de)

Ankündigungen: Martin Winter (winter-ma@web.de)

Berichte: Dorit Schneider (dorit.schneider@berlin.de)

Organisation, Rezensionen: Ulrike Ludwig (ulrike-ludwig@freenet.de).

Beiträge, Informationen über laufende oder kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekte, Tagungsberichte, Rezensionen und Ankündigungen etc. richten Sie bitte per E-Mail oder mit PC-kompatibler Diskette an die zuständigen RedakteurInnen unter den angegebenen Adressen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge abzulehnen, geteilt abzdrukken oder nach Rücksprache zu kürzen.

Redaktionsanschrift:

Arbeitskreis Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit e. V.

c/o Ulrike Ludwig

Fichtenstr. 5

01097 Dresden

E-Mail: ulrike-ludwig@freenet.de

URL: <http://www.amg-fnz.de/zeitschrift.php>

**Redaktionsschluss für Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit
9 (2005) Heft 2: 16.08.2005**

© Universitätsverlag Potsdam

ISSN 1617-9722

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das vorliegende Frühjahrsheft des neunten Jahrganges unseres Periodikums dokumentiert die ungebrochene Produktivität militärgeschichtlicher Forschungen zur Frühen Neuzeit: Die Kombattanten rekognoszieren einmal mehr das Forschungsfeld, entfernen sich gelegentlich auch etwas weiter von der Basis, stoßen dabei aber immer wieder auf neue attraktive Objekte ihres Forschungsinteresses. Das thematische Einzugsgebiet wird dabei zunehmend ausgeweitet, ohne dass doch die Verbindung zur gemeinsamen Operationsbasis verloren ginge. Ohne allzu große Verbiegungen lässt sich dieses Bild auch auf den neu gewählten Vorstand des AMG anwenden: Personell ist er nunmehr auch im Westen bzw. Südwesten der Republik (Essen, Gießen, Tübingen) präsent, doch wird weiterhin Potsdam Sammelstelle bzw. Mittelpunkt frühneuzeitlicher Forschungen zur Militärgeschichte bleiben.

Dass die aktuelle Forschungslandschaft zur Militärgeschichte ein weites Operationsfeld darstellt, liegt nicht zuletzt daran, dass verstärkt Anknüpfungspunkte zu benachbarten Themenfeldern hergestellt werden. Im vorliegenden Band bietet Anuschka Tischer anhand offizieller Kriegsbeurteilungen und Kriegserklärungen einen aufschlussreichen Vergleich der Kriegspropaganda Kaiser Maximilians I. und seines Enkels Karls V. und schlägt damit den Bogen von der Militärgeschichte zur politischen Publizistik. Sie richtet dabei zugleich unsere Aufmerksamkeit auf die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts. Obwohl diese Übergangsperiode vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit gerade wegen der tiefgreifenden militär- und mediengeschichtlichen Wandlungsprozesse eine besonders spannende Epoche darstellt, bleiben diese Aspekte in der deutschen Forschung oft ein wenig unterbelichtet, da sie meist im Schlagschatten der Reformationgeschichte verbleiben. Dies lässt sich auch an den bisherigen Veröffentlichungen des AMG ablesen, und so bietet die Studie von Frau Tischer eine willkommene Ausweitung des thematischen und zeitlichen Spektrums unserer Zeitschrift. Der Beitrag von Mikko Huhtamies zu den schwedischen Militärkolonien im Baltikum lenkt den Blick auf einen in Deutschland kaum bekannten geographischen Raum in der Frühen Neuzeit und bietet auch dem mit der europäischen Militärgeschichte der Frühen Neuzeit vertrauten Leser eine Reihe von überraschenden

Einsichten. Thematisch schlägt er die Brücke zu wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen, wenn er beispielsweise diskutiert, ob für die schwedische Politik im Baltikum militärpolitische Erwägungen oder die wirtschaftlichen Interessen des Adels ausschlaggebend gewesen sind. Frank Göses biographische Skizze zum ersten brandenburgisch-preußischen Generalfeldmarschall Otto Christoph Frhr. v. Sparr (1605-1668) schließt nicht nur eine Forschungslücke der preußischen Militärgeschichte, sondern führt uns Sparr exemplarisch als einen Vertreter derjenigen Generation von Militärs dar, die ihre Karriere im Dreißigjährigen Krieg begannen und dann an führender Stelle die Formierung der Stehenden Heere mitgestaltet haben.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Sie auf ein neues Projekt hinzuweisen, an dem Mitglieder des AMG prominent beteiligt sind. Im Mai 2005 wird der erste Band der „Enzyklopädie der Neuzeit“ im Metzler-Verlag erscheinen. Als Nachfolgeprojekt zu den schon klassischen Enzyklopädieprojekten – dem Neuen Pauly für die Altertumswissenschaften und dem Lexikon des Mittelalters – soll dieses auf 15 Bände konzipierte Lexikon ein umfassendes Bild des aktuellen Wissens in allen historischen Fächern bieten und Entwicklungen, Lebensformen und Erkenntnisrichtungen zwischen 1450 und 1850 in einem kulturgeschichtlichen Zusammenhang präsentieren (www.enzyklopaedie-der-neuzeit.de). Als Teilherausgeber für den Bereich „Krieg“ in der Frühen Neuzeit wird Bernhard R. Kroener dabei für die Militärgeschichte federführend beteiligt sein, und auch bei einer Reihe von Einzelartikeln werden Mitglieder des AMG dafür sorgen, dass die Erträge der „neuen Militärgeschichte“ ihren Eingang in dieses ambitionierte Enzyklopädie-Projekt finden werden.

Abschließend bleibt mir noch die angenehme Pflicht, mich beim Redaktionsteam für die engagierte Betreuung der eingegangenen Beiträge und die angenehme Zusammenarbeit zu bedanken. Daneben möchte ich auch noch einmal darauf hinweisen, dass unser Periodikum zugleich die Funktion eines Newsletters hat, und Sie als Leser und Mitglieder des AMG bitten, es intensiv für Veranstaltungshinweise, Ankündigungen, Tagungsberichte und Projektvorstellungen zu nutzen.

Mit besten Wünschen für das Jahr 2005,

Ihr

Horst Carl

INHALT

BEITRÄGE

Anuschka Tischer

Der Wandel politischer Kommunikation im Kriegsfall: Formen, Inhalte und Funktionen von Kriegsbegründungen der Kaiser Maximilian I. und Karl V. 7

Mikko Huhtamies

Die schwedischen Militärkolonien im Baltikum während der so genannten schwedischen Großmachtperiode (1620-1720) – unter besonderer Berücksichtigung von Axel Oxenstiernas Grafschaft Wolmar-Wenden in Livland 29

Frank Göse

Otto Christoph Freiherr von Sparr (1605-1668) – erster brandenburgisch-preußischer Generalfeldmarschall. Vorüberlegungen zu einer biographischen Studie 48

PROJEKTE

Claudia Schmitz

Bedeutung und Wandel militärischer Konzepte und Institutionen im Verlauf der inkaischen Staatsentwicklung 65

Jan Willem Huntebrinker

„Fromme Knechte“ und „Garteteufel“. Die Konstruktion von Norm und Devianz bei Söldnern im 16. und 17. Jahrhundert 71

Heinrich Lang

Cosimo de' Medici (1389-1464) und seine *condottieri*. Zur Außenpolitik der Republik Florenz im 15. Jahrhundert 77

Jens Warburg

„Soldatische Subjekte im modernen Krieg“ 82

Roland Sennewald

Das Kursächsische Heer im Dreißigjährigen Krieg 87

BERICHTE

Hansjörg Buss

„Banal Militarism“ 15. und 16. Oktober 2004 in Marburg 93

Gundula Bavendamm

„The Revolutionary and Napoleonic Wars: New Approaches and Future Questions of Research“. Workshop am 1. November 2004 im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam (MGFA)..... 97

Michael J. Toennissen

„Militärische Helden – Helden im Krieg“ Jahrestagung des Arbeitskreises Militärgeschichte e. V. (AKM) vom 10. und 11. Dezember 2004 im Filmuseum Düsseldorf..... 102

REZENSIONEN

Frank Göse

Bernhard Mundt, Prinz Heinrich von Preußen 1726-1802. Die Entwicklung zur politischen und militärischen Führungspersönlichkeit (1726-1763), Hamburg 2002 107

Andrea Pühringer

Horst Carl, Hans-Henning Kortüm, Dieter Langewiesche, Friedrich Lenger (Hrsg.), Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen, Akademie Verlag, Berlin 2004 110

ANKÜNDIGUNGEN

Die Rückkehr der Condottieri? Krieg und Militär im Spannungsfeld zwischen Verstaatlichung und Privatisierung. Die Entwicklung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 12. - 14. Mai 2006 in Potsdam.... 115

AUTORENVERZEICHNIS 119

VERÖFFENTLICHUNGEN DES AMG 120

BEITRÄGE

Anuschka Tischer

Der Wandel politischer Kommunikation im Kriegsfall: Formen, Inhalte und Funktionen von Kriegsbegründungen der Kaiser Maximilian I. und Karl V.

1. Kriegserklärungen und Kriegsbegründungen in der Epoche Maximilians I. und Karls V. – eine Quellenbestimmung

Trotz der evidenten Intensität von Kriegen im frühneuzeitlichen Europa, die bereits ein eigener Forschungsgegenstand ist,¹ wurden zentrale Quellen dieser Kriege, nämlich die offiziellen Kriegsbegründungen, lange kaum analysiert.² Offizielle Kriegsbegründungen, modern gesprochen der ganze Komplex an „Regierungserklärungen“ im Kriegsfall, das sind zunächst einmal die *Kriegserklärungen*. Die *Form* der Kriegserklärung wandelte sich allerdings zu Beginn der Neuzeit: Anfang des 16. Jahrhunderts waren eine persönliche, formell durch Herold überbrachte Kriegserklärung und Gegenerklärung üblich. In dieser Epoche aber setzte es sich zunehmend durch, diese Erklärungen auch in Druck herausgeben zu lassen. Dies konnte ein einzelner Druck sein wie die Kriegserklärung Karls V. an Franz I. von Frankreich 1542.³ Es konnte dies auch ein Gesamtdruck der verschiedenen Erklärungen und Gegenerklärungen sein wie jener der englischen und französischen Kriegserklärungen an Karl V. 1528, der neben der Gegenkriegserklärung Karls ebenfalls dessen

¹ Johannes Burkhardt, Die Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit. Grundlegung einer Theorie der Bellizität Europas, in: Zeitschrift für historische Forschung 24 (1997), S. 509-574. Im Folgenden verwendete Abkürzungen: BSB Bayerische Staatsbibliothek München; BNF Bibliothèque Nationale de France; VD16 Verzeichnis der im deutschen Sprachbereich erschienenen Drucke des 16. Jahrhunderts (www.vd16.de).

² Siehe dazu meinen Bericht: Offizielle Kriegsbegründungen in der frühen Neuzeit - Funktionen, Formen, Inhalte, in: Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit 8 (2004), S. 48-54.

³ „Deß aller Durchleüchtigsten Großmächtigsten vnd vnüberwindelichsten Fürsten vnd Herren/ Herrnn Caroli V. Römischen Keysers/ zu allen zeyten Merer deß Reiches etc. Eröffnung vnnd außruffung deß Krieges wider Franckreich/ auff xxv. Augusti/ M.D.XLII. außgangen / vnnd auß Hispanischer Spraach inns Teütsch Transferiert. S. I. (Ausstellungsort: Monzón) 1542 (VD16: D963).

verschiedene mündliche Stellungnahmen enthält und zudem das formelle *Procedere* der gesamten Kriegseröffnung schildert.⁴ Oder eine gedruckte Kriegserklärung konnte im Umfeld einer breit angelegten Dokumentation des Geschehens vor Kriegsausbruch gleichsam als ein Farbbuch publiziert werden wie 1536 die von Karl V. vor dem Papst gehaltene und gegen Franz I. gerichtete so genannte Ostermontagsrede, die mit zehn weiteren Texten auf insgesamt 142 Seiten gedruckt wurde.⁵

Neben den Kriegserklärungen existierten zunächst Kriegsmanifeste und Gegenmanifeste als eigene Quellengattung, die bereits im Hochmittelalter als schriftliche Kriegsbegründungen nicht an den Gegner, sondern an andere Adressaten wie befreundete oder neutrale Höfe geschickt wurden.⁶ Durch den Buchdruck allerdings konnten Kriegsmanifeste - erstmals wahrscheinlich während der Mainzer Stiftsfehde 1461/63⁷ - an eine weitere Öffentlichkeit als die höfische gerichtet werden. Kaiser Maximilian I. nutzte als Erster die Möglichkeiten des Buchdrucks, um Publizität für Kriege über das Reich hinaus - und im weiteren Sinne für seine Politik und sein herrschaftliches Selbstbild überhaupt - zu erlangen.⁸ Gedruckte Manifeste begleiteten mehr und mehr jeden Krieg. Die Übergänge zwischen den Quellengattungen Kriegserklärung und Kriegsmanifest wurden fließend. Kriege wurden vor einer immer weiteren - definitivisch immer schwerer greifbaren - Öffentlichkeit begründet. Exemplarisch

⁴ „Abclag beder Königen von Franckreych vnd Engelandt/ Auch Römischer Kay. May. mündtlich vnd schriftlich antwort zu Burgos. 22. vnd 27. Januarij/ gehandelt/ Im. 1528. Jar.“ [Nürnberg (Jobst Gutknecht) 1528] (VD16: M583).

⁵ „Recueil d'aucunes lectres et Escriptions. Par lesquelles se comprend la verite des choses passees / Entre la Mageste de Lempereur Charles / cinquiesme. Et Francois Roy de France premier de ce nom. Et dont par icelles se peult tesmoigner Justiffier et clement cognoistre que ledict Roy de France est seul occasion de la guerre presentement meue/ au grand regret et desplaisir de sadicte Mageste / non tant seulement pour le fait particulier dicelle. Mais encoires plus pour les grans maulx et inconveniens apparans a ceste cause / a la republicque Crestienne. Antwerpen (Par la vefue de Martin Lempereur [Merten de Keyser]) 1536“ (BSB München 4 J.publ.e 336,6).

⁶ Friedrich Graese, *Die Publizistik in der letzten Epoche Kaiser Friedrichs II. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1239-1250*, Heidelberg 1909 (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, 24).

⁷ Konrad Reppen, *Antimanifest und Kriegsmanifest. Die Benutzung der neuen Drucktechnik bei der Mainzer Stiftsfehde 1461/63 durch die Erzbischöfe Adolf von Nassau und Diether von Isenburg*, in: *Studien zum 15. Jahrhundert. Festschrift für Erich Meuthen*, Bd. 2, hrsg. v. Johannes Helmrath, Heribert Müller, München 1994, S. 781-803.

⁸ Peter Diederichs, *Kaiser Maximilian I. als politischer Publizist*, Heidelberg (Diss. phil.) 1931; vgl. auch Burkhardt, *Friedlosigkeit* (Anm. 1), S. 561 f.

deutlich wird dies bei den englisch-französischen Kriegserklärungen von 1528: Die Erklärungen selbst, welche in einer formellen Audienz Karls V. verlesen wurden, richteten sich ebenso wie Karls mündliche Stellungnahmen zunächst an dessen höfische Umgebung. Umgekehrt erreichte dann Karl mit seinen – am eigenen Hof nicht mehr verlesenen – schriftlichen Gegenerklärungen die höfische Öffentlichkeit Englands und Frankreichs. Durch den Druck aller – schriftlichen und mündlichen – Erklärungen in deutscher, spanischer und französischer Sprache wurde dann noch mal ein weiterer, nun nicht mehr klar zu definierender Rezipientenkreis einbezogen.⁹ Die gedruckte Verbreitung von Karls Gegenkriegserklärung an Frankreich 1542 richtete sich ausdrücklich an alle Untertanen Karls¹⁰ und diente neben der Begründung des Krieges vor allem der Information und dem Selbstschutz eben dieser Untertanen, weshalb alle Amtsträger angewiesen wurden, die Publikation so gründlich vorzunehmen, dass „niemand sich der vnwissenheyt entschuldigen müg“.¹¹

Ein Kriegsmanifest allein ist keine völkerrechtlich klare Ansage an den Gegner, seine alleinige Herausgabe keine Kriegserklärung, zumal Kriegsmanifeste besonders im 18. Jahrhundert unter Umständen erst während der Kriegshandlungen veröffentlicht wurden.¹² Im 16. Jahrhundert war es noch die Ausnahme, die Kriegsabsicht vorab nicht anzukündigen,¹³ doch beklagte schon Karl V. in seiner Gegenerklärung an den französischen Herold 1528, dass Franz seine Kriege gegen ihn bis dahin unerklärt geführt habe.¹⁴ Es war also keineswegs erst die Glaubensspaltung, welche

⁹ Das gesamte Procedere mit allen Erklärungen in: „Abclag beder Königen“ (Anm. 4). Dort findet sich auch unter den Vorbemerkungen der Hinweis auf den spanischen und den französischen Druck.

¹⁰ „Deß [...] Herrnn Caroli V. [...] Eröffnung“ (Anm. 3), fol. Aii-Aii’.

¹¹ Ebd., fol. Biii’.

¹² In der Völkerrechtswissenschaft konstatierte erstmals Andreas Steinlein, *Die Form der Kriegserklärung. Eine völkerrechtliche Untersuchung*, München (u. a.) (Diss. jur. Straßburg) 1917, S. 36 f. u. 123 f., dass ein Manifest allein keine Kriegserklärung darstellt. Er wird damit auch zitiert von Hans-Jürgen Wolff, *Kriegserklärung und Kriegszustand nach Klassischem Völkerrecht mit einem Beitrag zu den Gründen für eine Gleichbehandlung Kriegführender*, Berlin 1990 (Schriften zum Völkerrecht, 91), S. 124 f. - Verschiedene Beispiele aus dem 17. Jahrhundert, als Erklärung und Manifest bereits weit ineinander gegangen waren, belegen, dass zwischen Manifest und Erklärung dennoch nach wie vor unterschieden wurde.

¹³ Steinlein, *Kriegserklärung* (Anm. 12), S. 32.

¹⁴ „Abclag beder Königen“ (Anm. 4), fol. Aiii’.

die Verlässlichkeit gemeinsamer kriegsrechtlicher Gepflogenheiten zerstörte.¹⁵ Festzuhalten ist, dass die Quellengattungen Kriegserklärung und Kriegsmanifest sich wandelten von völkerrechtlichen respektive diplomatischen Quellen zu publizistischen Quellen von vielschichtiger und changierender Funktion.

2. Der „Sonderfall“ kaiserlicher Kriegserklärungen und Kriegs begründungen in langfristiger Perspektive

Im Reich erfüllte die kaiserliche Begründung für die Stände, welche diese zur Reichshilfe bewegen sollte, eine bleibende reichspolitische Funktion. Hier wandelten sich Form und Funktion ebenfalls: Auch andere politische Akten wurden zunehmend gedruckt, was erst die umfangreichen publizistischen Kompilationen der späteren Frühen Neuzeit ermöglichte. Zum anderen wandelte sich überhaupt die Funktion der kaiserlichen Kriegs begründungen, denn die Kaiser waren auf die Zustimmung und Unterstützung durch die Reichsstände angewiesen, zunächst materiell, dann auch politisch und verfassungsrechtlich. Mit Maximilian I. gab 1500 sogar erstmals ein Kaiser die Kriegshoheit an ein vornehmlich ständisch besetztes Gremium, das Reichsregiment, ab, eine Entscheidung, die zunächst ohne Konsequenz blieb.¹⁶ Langfristig allerdings wurde der Kaiser bei der Eröffnung von Kriegen immer weiter eingeschränkt, bis mit dem Westfälischen Frieden 1648 die Hoheit über Krieg und Frieden auf Kaiser und Reichstag gemeinsam überging.

3. Die (außen-)politische Öffentlichkeitsarbeit Maximilians I. und Karls V. - der formale Wandel

a. Maximilian I., der letzte Redner und erste Publizist

Maximilian I. ist ein frühes – und von der Forschung früh erkanntes – Beispiel eines „politischen Publizisten“.¹⁷ Die Nutzung des Buchdrucks

¹⁵ Dies die Erklärung für den Wandel des Kriegsrechts bei James Turner Johnson, *Ideology, Reason and the Limitation of War. Religious and Secular Concepts 1200-1740*, Princeton (New Jersey) 1975, S. 14 f.

¹⁶ Anuschka Tischer, *Reichsreform und militärischer Wandel: Kaiser Maximilian I. als Reichskriegsreformer*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 8 (2003), S. 685-705, hier S. 697 f.

¹⁷ Vgl. Anm. 8.

ist zwar nur ein Aspekt seiner politischen Öffentlichkeitsarbeit, aber hier agierte Maximilian – wie in verschiedenen anderen Bereichen – zukunftsweisend und redigierte selbst Mandate für den Druck. Die wahrscheinlich erste gedruckte Kriegserklärung war die Reichskriegserklärung an Venedig von 1509, die zusammen mit einer Rede der venezianischen Botschafter vor Maximilian in Memmingen 1508, des Kaisers Gegenrede und des päpstlichen Bannes gegen Venedig von 1509 gedruckt wurde.¹⁸ Dieser Druck ist derzeit im Verzeichnis der im deutschen Sprachbereich erschienenen Drucke des 16. Jahrhunderts (VD16) mit bereits acht Exemplaren nachgewiesen. Bei einer vermeintlich früheren gedruckten kaiserlichen Kriegserklärung gegen Frankreich von 1499 in der Pariser Nationalbibliothek¹⁹ handelt es sich dagegen um ein nicht ausgefertigtes Formular für eine Reichstageeinladung. Tatsächlich enthält auch diese eine Kriegsbeurteilung. Überhaupt ließ Maximilian I. Kriegsbeurteilungen bereits vor 1509 im Druck herausgehen, eben in gedruckten Reichstageeinladungen, in denen er den Hintergrund des zu verhandelnden Reichshilfsbegehrens schilderte, oder in gedruckten Mandaten, die dazu aufforderten, bereits bewilligte Hilfen auch zu zahlen, und deshalb den Krieg nochmals rechtfertigten.²⁰

Darüber hinaus betrieb Maximilian I. Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne. So begnügte er sich 1509 nicht mit dem Druck der Dokumentation seiner Kriegseröffnung gegen Venedig, sondern ließ den Krieg von weiterer Propaganda begleiten: Eine italienischsprachige Flugschrift sollte die Venezianer gegen ihre Adelherrschaft aufwiegeln,²¹ während ein

¹⁸ VD16: V 554; vgl. auch Diederichs, Maximilian (Anm. 8), S. 112 f., nr. 62; der Text der Kriegserklärung findet sich auch in: Melchior Goldast, Reichshandlung vnd andere deß H. Römischen Reichs Acta [...], Frankfurt/M. 1609, S. 92 f.; die Texte werden im Folgenden zitiert nach der Wiedergabe beider Reden und der Kriegserklärung in: Ulrichs von Hutten Schriften, hrsg. Eduard Böcking, Bd. 3, Leipzig 1862, S. 161-167.

¹⁹ BNF: Res G-M-18 (2). Katalogtitel: „Déclaration de guerre au roi de France, par l'empereur Maximilien“, s.l. 1499, wahrscheinlich aufgenommen nach dem handschriftlichen Vermerk auf dem Druck: 1499. „Dichiarazione della Guerra fatta da Massimigliano Imperatore al Re di Francia, ad alli Veneziani con convocazione di Dieta dell'Impero.“

²⁰ Nachweise bei Diederichs, Maximilian (Anm. 8), S. 107-115.

²¹ Ebd., S. 113, nr. 66. Vgl. auch Christina Lutter, Selbstbilder und Fremdwahrnehmung des habsburgischen Kaisertums um 1500 am Beispiel der venezianisch-maximilianischen diplomatischen Kommunikation, in: Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum, hrsg. v. Heinz Duchhardt, Matthias Schnettger, Mainz 1999, S. 25-42.

Gedicht Ulrich von Hutten, das in der Sprache eng an Maximilians Rede vor den venezianischen Botschaftern angelehnt war, gegen Venedig polemisierte.²² Die literarische Produktion im Umfeld Maximilians war auf den Krieg hingebunden, und seine Dichter verherrlichten nicht nur die kaiserlichen Siege, sondern wurden geradezu als Mitkämpfer an der kulturellen Front verstanden und sahen sich auch selbst so.²³ Im Hinblick auf den Buchdruck wäre es zu kurz gegriffen, nur auf dessen konstruktive Verwendung durch Maximilian zu verweisen: In dem Maße, in dem der Kaiser die Möglichkeiten des Buchdrucks erkannte, bemühte er sich auch um dessen Steuerung und Restriktion, also um Zensur.²⁴ Langfristig gelang eine Zensur auf der Ebene des Reiches oder kaiserlicher Politik bekanntlich nur sehr bedingt.²⁵ Maximilians Bemühungen, den gedruckten Markt einzuschränken und Information zu monopolisieren, steht somit in der langen Reihe seiner weitgehend gescheiterten Bemühungen, eine zentrale kaiserliche Herrschaftsausübung zu ermöglichen. Spätere Kaiser gingen stattdessen den von ihm gleichfalls eingeschlagenen Weg, durch eigene Druckproduktionen in Konkurrenz mit anderen um Einfluss auf die Öffentlichkeit zu werben.²⁶

Das gedruckte Wort spielte schließlich in der Politik Maximilians I. noch nicht die zentrale Rolle, denn der Kaiser war vor allem ein Meister auch der gesprochenen Rede.²⁷ Einige Reden Maximilians, darunter die oben

²² Ulrichs von Hutten Schriften (Anm. 18), S. 190. Zur Blüte humanistischer, nationaler Geschichtsschreibung im 15. und 16. Jahrhundert siehe auch: Ulrich Muhlack, Das Projekt der Germania illustrata. Ein Paradigma der Diffusion des Humanismus?, in: Diffusion des Humanismus. Studien zur nationalen Geschichtsschreibung europäischer Humanisten, hrsg. v. Johannes Helmrath (u. a.), Göttingen 2002, S. 142-158.

²³ Dieter Mertens, Maximilians gekrönte Dichter über Krieg und Frieden, in: Franz Josef Worstbrock (Hrsg.), Krieg und Frieden im Horizont des Renaissancehumanismus, Weinheim 1986 (Mitteilungen der Kommission für Humanismusforschung, 13), S. 105-123.

²⁴ Siehe dazu ein Mandat Maximilians zum Verbot der Schriften Reuchlins von 1512 in: Hans Widmann, Vom Nutzen und Nachteil der Erfindung des Buchdrucks – aus der Sicht der Zeitgenossen des Erfinders, Mainz 1973, Abb. 4, S. 56.

²⁵ Ulrich Eisenhardt, Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496-1806). Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur, Karlsruhe 1970.

²⁶ Johannes Arndt, »Pflicht=mässiger Bericht«. Ein medialer Angriff auf die Geheimnisse des Reichstags aus dem Jahre 1713, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 4 (2002), S. 1-31.

²⁷ Johannes Helmrath, Reden auf Reichsversammlungen im 15. und 16. Jahrhundert, in: *Licet preter solitum*. Ludwig Falkenstein zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Lotte Kéry (u. a.), Aachen 1998, S. 265-286, hier bes. S. 281-284.

erwähnte Rede vor dem venezianischen Botschafter 1508, die 1509 gedruckt wurde, gelten als rhetorisch so brillant, dass es bis in die Gegenwart hinein Zweifel gibt, ob sie in der überlieferten Form gehalten wurden.²⁸ Unbezweifelt ist, dass Reden in der Öffentlichkeitsarbeit Maximilians eine wichtige Rolle spielten, dass er, wie Johannes Helmrath resümiert, „Beispiele aktiver fürstlicher Oratorik [gab], die bisher eher selten gewesen war und generell nicht zum Fürsten- und Adelsethos gehörte“.²⁹ Maximilian verstand sich somit auf das gesprochene Wort *und* seine gedruckte Umsetzung. In Rückgriff auf die beliebten Gegensatzpaare, mit denen Maximilian als Kaiser zwischen Mittelalter und Neuzeit gerne belegt wird, könnte man ihn vielleicht als den „letzten Redner und ersten Publizisten“ bezeichnen. Damit setzte er sich in jeder Hinsicht deutlich ab von seinem Vater Friedrich III., der den Buchdruck nicht nutzte, Reichstage vermied und auf den Reichstagen die Öffentlichkeit eher zu unterbinden als zu vereinnahmen suchte.³⁰

b. Karl V. und die Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit

Karl V. setzte Maximilians Linie, eine aktive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, grundsätzlich fort,³¹ wobei ihm eine weitaus professionellere Kanzlei zur Seite stand als seinem Vorgänger, hinter der freilich der Kaiser als Person weniger greifbar war als noch Maximilian.³² Was die Begründung der Außen- und Kriegspolitik betrifft, stand Karl – obwohl er anders als Maximilian die Unterstützung der Reichsstände für seine Kriege kaum benötigte – unter wachsendem Druck: Sein Vorgänger hatte Standards für ihn und andere Fürsten gesetzt, und der Buchdruck allgemein intensiviert sich. Die Reformation tritt in dieser Zeit bekanntlich als erster Flugschriftenkampf schlechthin ins Leben, und auch wenn die außenpolitischen Flugschriften dahinter noch zurückblieben, so war

²⁸ Nachweise dazu ebd., S. 281.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd., S. 272, Anm. 33.

³¹ Dazu grundsätzlich bereits Erich Everth, *Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik von Karl V. bis Napoleon*, Jena 1931, S. 129-133. Natürlich ist dieses Phänomen nicht auf die Außen- und Kriegspolitik beschränkt, sondern Karl V. arbeitete wie Maximilian an seinem „gedechtnus“, an einer historischen Stilisierung und Mythologisierung seiner Person; dazu Alfred Kohler, *Karl V. 1500-1558. Eine Biographie*, 3. Aufl., München 2001, S. 16 f. u. 24.

³² Siehe dazu John M. Headley, *The emperor and his chancellor. A Study of the imperial Chancellery under Gattinara*, Cambridge 1983.

doch eine verstärkte Produktion spürbar: Bereits 1519 wurden die Wahlwerbungen Karls und Franz I. von Frankreich bei der Bewerbung um die Kaiserkrone als Flugschrift gedruckt.³³ In Franz I. hatte Karl einen Gegner, der die Möglichkeiten des Buchdrucks gleichfalls erkannt hatte und nutzte.³⁴ Franz warb dabei publizistisch vor allem um die Reichsstände³⁵ - ein Problem, das sich aus der verfassungsrechtlichen Grundkonstellation des Reiches im Gegensatz zu Frankreich ergab - und beschwor öffentlich eine traditionelle deutsch-französische Freundschaft, ja die Gemeinsamkeit einer „nation de Gallegermains / ou Germains Gaullois“,³⁶ welche den Kaiser und das Reich auseinander dividierte.³⁷ Künftige Kaiser hatten sich mit einer solchen Strategie auswärtiger Fürsten, die im Vertrag von Chambord 1552 bereits zu einem ersten deutlichen Erfolg führte, noch wesentlich stärker auseinander zu setzen.

Karl und Franz kämpften von Anfang an um die öffentliche Sphäre und dies weitaus subtiler als nur durch die Publikation von Flugschriften gegeneinander: 1519 beklagte sich Franz, weil Karl bewusst die Publikation eines gemeinsamen Freundschaftsvertrages in Teilen seines Herrschaftsgebietes verzögere, um sich politische Vorteile zu verschaffen.³⁸

³³ Quellen zur Geschichte Karls V., hrsg. v. Alfred Kohler, Darmstadt 1990 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, 15), Nr. 6, S. 46-52.

³⁴ Zur politisch-publizistischen Auseinandersetzung zwischen Karl und Franz in den 1520er und 1530er Jahren siehe auch Christoph Kampmann, *Arbiter und Friedensstiftung. Die Auseinandersetzung um den politischen Schiedsrichter im Europa der Frühen Neuzeit*, Paderborn u. a. 2001, S. 40 ff.

³⁵ So z. B. mit einem lateinischen Brief an die Reichsstände, der in deutscher („Des Allerchristlichsten Khvnigs zv Franckrich Francisci [...] brief an die gemeinen stende des hielgen reichs in Teutschland [...]“, Paris 1534 [VD16: ZV 6058]) und französischer Übersetzung gedruckt wurde („Translation de latin en françois des lettres escriptes par le tres chrestien roy de France, François, premier de ce nom, aux princes, villes et aultres Estatz d'Allemagne [...]“, Paris 1534 [BNF RES- LB30- 152]); wiederabgedruckt in: „Recueil d'aucunes lectres“ (Anm. 5), fol. Niii-P.

³⁶ „[...] ceste amyte / et germanite entre nous / que nous pouons [] dire estre ainsy que vne mesme nation de Gallegermains / ou Germains Gaullois [...]“; Brief Franz' I. an die Reichsstände 1534 (s. o.), in: „Recueil d'aucunes lectres“ (Anm. 5), hier bes. fol. Oiii"-P.

³⁷ „[...] que encoires que Lempereur et le Roy de France/ se feissent la guerre / lon ne perdoit point du coste de France/ lamytie que lon auoit en Allemagne [...]“; Antwort Franz' I. auf Karls V. Ostermontagsrede vom 11. Mai 1536, in: „Recueil d'aucunes lectres“ (wie Anm. 5), hier fol. Fiii'. Es existieren daneben auch ein italienischer und ein lateinischer Druck dieser Antwort (BNF 4- LB30- 156 bzw. BNF 4- LB30- 64).

³⁸ *Correspondenz des Kaisers Karl V. Aus dem königlichen Archiv und der Bibliothèque de Bourgogne zu Brüssel*, hrsg. v. Karl Lanz, Bd. 1, Leipzig 1844, Nr. 24, S. 46.

Dagegen ließ Karl Franz 1535 vorwerfen, dass er seine besagten Briefe an die Reichsstände gleich in mehreren Sprachen übersetzt drucken ließ „pour myeux publier le contenu“.³⁹ Angesichts dieser Konkurrenz ist es wahrscheinlich unmöglich zu entscheiden, wem der beiden das größere publizistische Verdienst zukommt.⁴⁰ Evident ist, dass Karl den Buchdruck gezielt außen- und kriegspolitisch nutzte. Gegen die Liga von Cognac 1526 gab es neben der militärischen auch eine propagandistische Kampagne. Das Tunisunternehmen 1535 wurde dann zum ersten publizistisch professionell aufbereiteten politischen Großereignis der Neuzeit, wovon nicht nur rund 60 Drucke zeugen, sondern auch eine gezielte Informationspolitik und die Umsetzung in weiteren Medien wie den berühmten Tapisserien Pannemakers, welche den Zug nach Tunis darstellen.⁴¹

Ein Rhetoriker war Karl V. dagegen im Gegensatz zu Maximilian aus verschiedenen Gründen nicht: Auf Reichstagen war er kaum präsent, zu beeindruckenden Reden dort fehlte ihm zudem die sprachliche Kompetenz. Grundsätzlich scheint ihm rhetorisches Talent gefehlt zu haben. So war Karls V. vielleicht wichtigste politische Rede, die bereits erwähnte Ostermontagsrede von 1536, kaum auf rhetorische Wirkung hin angelegt. Er hielt diese lange Ansprache auf Kastilisch, und einer der französischen Botschafter, die neben dem Papst Hauptadressaten der Rede waren, beschwerte sich, dass er vieles nicht richtig verstanden habe.⁴² Karl kündigte daraufhin nicht nur die Übersendung an seinen Botschafter in Frankreich an, sondern auch den Druck der umfangreichen Rede,

³⁹ Brief Karls V. an seinen in Deutschland befindlichen Haushofmeister, Barcelona 19. April 1535, abgedruckt in: „Recueil d'aucunes lectures“ (Anm. 5), fol. P²-Riii“, hier fol. P².

⁴⁰ Als Erster wies Heinz Duchhardt am Beispiel des Tunisunternehmens 1535 auf Karls propagandistische Leistungen hin und relativierte damit das Urteil, Franz I. sei der erste große Propagandist der Neuzeit: Das Tunisunternehmen Karls V. 1535, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 37 (1984), S. 35-72, hier S. 68. Übertrieben scheint dann aber angesichts der Aktivitäten des französischen Königs das Urteil Peter Burkes, Karl habe als erster Herrscher gezielt den Buchdruck gegen einen anderen Monarchen eingesetzt: Repräsentation und Re-Präsentation. Die Inszenierung des Kaisers, in: Karl V. und seine Zeit, hrsg. v. Hugo Soly u. a., Köln 2000, S. 393-475, hier S. 429.

⁴¹ Zur Öffentlichkeitsarbeit der Kanzlei Gattinaras 1526/27 siehe Headley (Anm. 32), S. 86-113; vgl. auch Kampmann, Arbitr (Anm. 34), S. 42-48. - Zur Medienpolitik 1535 siehe Duchhardt, Tunisunternehmen (Anm. 40), S. 66-68.

⁴² „Recueil d'aucunes lectures“ (Anm. 5), fol. Bii’.

der tatsächlich relativ unmittelbar in mehreren Sprachen erfolgte⁴³ und also von vornherein geplant gewesen sein dürfte. Das Ergebnis Johannes Helmraths bei Analyse der Reichstage nach 1530, dass die Bedeutung von Reden zurückging und die Verschriftlichung in den Vordergrund trat,⁴⁴ deckt sich somit mit Karls V. politischem Kommunikationsstil auch über den Reichstag hinaus. Wo Maximilian den Buchdruck noch nutzte, um ein breiteres Publikum für seine Reden zu erreichen, konzipierte Karl gleich für den Druck. Die Kraft des gesprochenen Wortes trat dahinter zurück.

4. Kriegsbegründungen Karls V. und Maximilians I. - der inhaltliche Wandel

a. Die Kriegsbegründungen Maximilians I.

Spätmittelalterliche Kaiser standen in ihrer Kriegspolitik durchaus unter Erwartungsdruck. Der Türkenkreuzzug wurde vom Kaiser ohnehin am Beginn der Neuzeit nach wie vor erwartet.⁴⁵ Darüber hinaus waren der nicht-militärische Verlust und die Entfremdung von Mitgliedern im Großverband Reich aber nicht unüblich, ganz anders als in territorial geschlosseneren Ländern wie Frankreich. Ein Kaiser musste sich deshalb nicht nur legitimieren, wenn er einen Krieg begann, sondern unter Umständen auch, wenn er ihn *nicht* führte oder wenn er erfolglos war.⁴⁶ Die Absetzung König Wenzels 1400 stand für künftige Reichsoberhäupter als drohender Präzedenzfall, und diese war an erster Stelle offiziell damit begründet worden, dass Wenzel die Entfremdung von Reichsgut

⁴³ Durch einen offiziellen Drucker erfolgte der französische Druck innerhalb der umfangreichen Dokumentation „Recueil d'aucunes lectures“ (Anm. 5). Siehe zum Procedere, zur Überlieferungsgeschichte und zu den Nachweisen drei weiterer deutscher Drucke und eines lateinischen Drucks Peter Rassow, *Die Kaiser-Idee Karls V. dargestellt an der Politik der Jahre 1528-1540*, Berlin 1932, S. 254 f. u. 379-392, dem der offizielle Druck noch nicht bekannt war.

⁴⁴ Helmrath, *Reden* (Anm. 27), S. 284 f.

⁴⁵ Duchhardt, *Tunisunternehmen* (Anm. 40), S. 44.

⁴⁶ In einem Schreiben an die Stadt Esslingen 1508, in dem Maximilian I. alle Stände aufforderte, die bewilligten Reichshilfen zu zahlen und den Krieg dafür nochmals begründete, entschuldigte der Kaiser sich zugleich dafür, dass es bisher nicht zu Kriegshandlungen gekommen sei und erläuterte allgemein seine Außenpolitik; Johann Philipp Datt, *Volumen rerum germanicarum novum: sive de pace imperii publica libri V*, Ulm 1698, S. 568 ff. - Auf dem Reichstag zu Worms 1509 rechtfertigte Maximilian die Belehnung Ludwigs XII. mit Mailand damit, dass ein weiterer Krieg in dieser Sache aussichtslos sei, „dann wir haben das lang versucht“; Goldast, *Reichshandlung* (Anm. 18), S. 88.

gegen Geld und aus Nachlässigkeit zugelassen habe.⁴⁷ Maximilian I. war in dieser Hinsicht das Gegenteil eines Wenzel, bat der Habsburger doch schon als Römischer König noch zu Lebzeiten seines Vaters Friedrich III. das Reich um Hilfe im burgundischen Erbfolgekrieg, damit nicht „fremde zungen an den orten in Teutsche nacion brechen moge“.⁴⁸ Als Reichsoberhaupt verstand Maximilian den traditionellen Titel „Mehrer des Reiches“ offensichtlich territorial expansiv, wenn er 1511 sogar einen Krieg gegen Venedig begründete „das hailig reich und Teutsche nacion [...] zu erweitern und zu meren“.⁴⁹ In den Jahren davor hatte er bereits auf Reichstagen vorgeschlagen, italienische Gebiete zu erobern, um daraus künftig das Kriegswesen zu finanzieren.⁵⁰

Ein derart explizit offensives und expansives Konzept der Kriegsbegründung, das im Übrigen mit dem defensiven Impetus der Lehre vom gerechten Krieg nur schwer vereinbar scheint, findet sich wohl bei keinem nachfolgenden Kaiser des Alten Reiches. Das Reichskriegswesen ließ zunehmend - bis zur förmlichen Festschreibung 1648 - nur noch Verteidigungskriege zu, und kaiserliche Kriegsbegründungen passten sich diesen Gegebenheiten an.⁵¹

Maximilian stand dagegen mit einer offensiven Kriegspolitik, welche in der Praxis freilich durch die Realitäten der Reichspolitik und militärische Schwäche bereits eingeschränkt war, erst am Anfang dieser Entwicklung. Seine stereotypen Kriegsbegründungen waren neben territorialer Verteidigung und Erweiterung vor allem der Schutz der Kaiserkrone und damit verbunden der Romzug. Maximilian war ein kriegerischer Kaiser. Er

⁴⁷ Absetzung König Wenzels, 20. August 1400, in: Quellen zur Verfassungsgeschichte des römisch-deutschen Reiches im Spätmittelalter, Darmstadt 1983 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters [Freiherr vom Stein Gedächtnisausgabe], 23), Nr. 107, S. 434 f. Zu den tatsächlichen Gründen der Absetzung Wenzels siehe: Petra Roscheck, König Wenzel IV. – Opfer einer Schwarzen Legende und ihrer Strahlkraft, in: Regionen Europas – Europa der Regionen. Festschrift für Kurt-Ulrich Jäschke zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Peter Thorau (u. a.), Köln 2003, S. 207-229.

⁴⁸ Johannes Janssen (Hrsg.), Frankfurt's Reichsrespondenz nebst andern verwandten Aktenstücken von 1378-1519, Bd. 2, Freiburg/Brsg. 1872, S. 512.

⁴⁹ Ebd., S. 828.

⁵⁰ In Konstanz 1507 und in Augsburg 1510; siehe ebd., S. 720-722 u. 792-794.

⁵¹ Ausdrücklich der Hinweis Leopolds I. in einer Kriegsbegründung 1673, dass es „keinem Reichs-Stand / ja sogar einem Röm. Kayser selbst/nach Außweisung deß Instrumenti Pacis [= des Westfälischen Friedens], nicht erlaubt ist/ einen Offensiv Krieg wider einen außwärtigen Potentaten oder Gewalt anzufangen“; Acta Publica, begr. von Michael Caspar Londorp, Teil 10, Frankfurt/M. 1687, S. 125 f.

führte fast 30 Kriege. Außenpolitik war für ihn vor allem Krieg, und sein gesamtes Regierungskonzept war ein kriegsorientiertes, wie auch Maximilians kulturelle Selbstinszenierung völlig bellizistisch war und selbst auf eine rein theoretische Stilisierung eines Friedensideals verzichtete.⁵² Die Reichstage verstetigten sich denn auch vor allem durch Maximilians Reichshilfebedarf, so dass der Krieg, gerade im Hinblick auf die Reichsreform, quasi zum Motor der Reichsentwicklung wurde.⁵³ Maximilian reflektierte selbst auf dem Reichstag zu Worms 1509, „das dem heyliche[n] Reich vn[d] Teutscher Nation vor vnserer Regierung nie so viel Anfechtung [...] begegnet sein/als bey unsern zeyten“. Früher seien deshalb weniger Reichstage nötig gewesen, auch hätte das Reichsoberhaupt im Notfall das Aufgebot erlassen und die Stände hätten „sich dann gehorsam erzaigt“, was heute nicht mehr so sei.⁵⁴ Maximilian selbst brachte es also auf den Punkt: Seine Zeit war kriegsintensiver als frühere und zugleich wurde eine plausible Begründung der Kriegführung für den Kaiser notwendig.

Maximilians Kriegsbegründungen sind, geprägt von seinem eigenen Kaiserbild, offensiv, auch in der Rhetorik. Dies gilt zum einen in der persönlichen Rede: 1507 rechtfertigte er sich in einer so genannten „Verantwortung“ auf Klagen, die Ludwig XII. auf dem Reichstag gegen ihn hatte vortragen lassen, obwohl der französische König selbst den bestehenden Frieden von Hagenau gebrochen hatte.⁵⁵ In seiner „Verantwortung“ beleidigte Maximilian Ludwig als Person, warf ihm vor, ehrlos zu sein, zu lügen, in einer Weise vorzugehen, „die ainer Küniglichen Wirde niht gezyme“, ja eventuell sogar vom Teufel verführt zu sein. Maximilian ging aber noch weiter, denn er argumentierte, Ludwigs Charakterfehler seien „nationale“ Schwächen aller Franzosen. Dagegen stellte Maximilian seine eigenen Tugenden als nationale deutsche Tugenden dar: Er stehe „als ain mechtiger hochberuembter streitbarer Teütscher/“ gegenüber „den Franzosen/ die gegen aller Welt unmeßlichen Gewalt und Hochmut prauchen/ underwerffen und Gehorsam machen.“ Ludwig habe „nach Frantzosischer Gewondhait mit Gedicht und verkerter Farb die Warhayt verdecken wollen [...] / Sol menigelich der Frantzosen Gewondhait

⁵² Mertens, *Dichter* (Anm. 23), S. 122 f.

⁵³ Dazu Tischer, *Reichsreform* (Anm. 16).

⁵⁴ Goldast, *Reichshandlung* (Anm. 18), S. 85.

⁵⁵ Ebd., S. 52-62.

mercken/ [..]. daß sy [...] ir Ehr/ Ayd/ Brieff/ Sigel/ handtzaichen/ unnd versprechen wenig bedencken und sich in Eingang aller Vertreg und Pundtnüssen/ mit überflüssigem erbieten meniglich zu betriegen entschliessen.“ Maximilian ging schließlich sogar so weit, dies auf die Geschichte zu übertragen: Die Franzosen hätten seit Karl dem Großen „ain begierde [...] die Teutschen zu regieren/ und das heilig Römisch Reich in das Frantzosisch Pluet Erblich zutziehen“, weil nämlich Karl der Große „uber die Frantzosen als ain Teutscher geherschet“, etwas, das die Franzosen seither wettzumachen suchten. Einer sorgsam durchdachten historischen Ideologie entsprang diese Rhetorik offensichtlich nicht, denn nur drei Jahre später, auf dem Reichstag zu Augsburg 1510, argumentierte Maximilian genau umgekehrt, es gebe eine historische Verpflichtung, das Kaisertum für Deutschland zu verteidigen, weil „unser aller eltfordern, die Tewtschen [...] die [...] wyrd des Röm. kayserthumbs, das darvor in händen der Frantzosen gewest ist, an sich bracht und erlangt“.⁵⁶ Was blieb, war das rhetorische Grundmuster der Kriegsbeurteilung: Der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland respektive dem Reich wurde als weit zurückliegend historisch bedingt präsentiert. Frankreich wurde dabei zum Gegner, mit dem Deutschland sich quasi seit Karl dem Großen, ob nun zum Deutschen oder Franzosen erklärt, auseinander setzte. Offensichtlich sollten so die deutschen Adressaten auf ihre nationalen Tugenden und ihre Geschichte eingeschworen und verpflichtet und so gegen Frankreich und die Franzosen abgegrenzt und mobilisiert werden.

Maximilian förderte bewusst das in seiner Epoche gipfelnde kulturelle Deutschtum im Humanismus und stand selbst im Zentrum einer „reichspatriotischen Begeisterung“.⁵⁷ Dieser Reichspatriotismus war nicht unkriegerisch, verband jedoch mit der Person der Kaisers dringlich die Hoffnung auf Reform. Maximilian aber griff nationale und / oder reichspatriotische Ideen vor allem mit bellizistischem Impetus auf, im

⁵⁶ Frankfurt's Reichsrespondenz (Anm. 48), S. 788.

⁵⁷ Reinhard Stauber, Nationalismus vor dem Nationalismus? Eine Bestandsaufnahme der Forschung zu „Nation“ und „Nationalismus“ in der Frühen Neuzeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 47 (1996), S. 139-165, hier S. 144; Michael Stolleis, Reichspublizistik und Reichspatriotismus vom 16. zum 18. Jahrhundert, in: Patriotismus, hrsg. v. Günter Birtsch, Hamburg 1991 (Aufklärung, 4,2), S. 7-23; Paul Joachimsen, Der deutsche Staatsgedanke von seinen Anfängen bis auf Leibniz und Friedrich den Großen. Dokumente zur Entwicklung. München 1921, S. 32 ff.

angeführten Fall gegen Frankreich oder zum Beispiel zur Motivation seiner „deutschen“ Landsknechte, die sich tatsächlich selbst zwar von der Schweizer Konkurrenz deutlich abgrenzten, vom Kaiser jedoch nicht vereinnahmen ließen.⁵⁸ Im Rahmen der geschilderten Kriegsbegründung gegen Frankreich ist die Funktion einer solchen Argumentation klar ersichtlich: Die konkrete Begründung des aktuellen Krieges verlor an Bedeutung, wenn er als Ergebnis tiefsitzender Feindschaft erschien, und die Frage, ob der Konflikt sich nicht mit friedlichen Mitteln lösen ließe - eine Frage, welche die Stände im Rahmen diplomatischer Initiativen gegen die Kriegspolitik Maximilians immer wieder stellten - schien sich zu verbieten.

Offensiv argumentierte Maximilian nicht nur im eigenen Lager. Seine bereits erwähnte Rede, die er 1508 vor dem venezianischen Botschafter hielt und im folgenden Jahr im Rahmen der Kriegserklärung gegen Venedig drucken ließ,⁵⁹ steht dem nichts nach. Maximilian bediente sich in dieser Rede ähnlicher Argumentationsmuster: Die Venezianer seien nichts als „Vischer“, die historisch groß geworden seien durch Betrug, Raub, Meineid, Lügen und Mord. Die Ausgangslage dieser Kriegsbegründung war insofern anders, als dieses Mal Maximilian der Angreifer war, der gemeinsam mit dem im Jahr zuvor von ihm in der dargelegten Weise diffamierten Ludwig XII. nun einen Krieg zur Eroberung und Aufteilung des venezianischen Festlandbesitzes plante. Dem radikalen Kurswechsel vorausgegangen war Maximilians vergeblicher Versuch, seinen Romzug als militärischen Durchmarsch durch venezianisches Gebiet zu organisieren. Nach einer blamablen Kaiserproklamation in Trient war Maximilian in einen Krieg mit Venedig verwickelt, der sogar die österreichischen Erblande bedrohte. Der Kaiser schloss mit Venedig einen Waffenstillstand, dessen Bruch er bereits wieder vorbereitete. Die Rede nun kündigte eben diesen Bruch des Waffenstillstands an, war also zunächst an den Gegner selbst, die Venezianer, gerichtet, auch wenn sie später durch die Drucklegung einen weiteren Adressatenkreis erhielt. Der Sache nach wurde Venedig der Krieg noch vor der formellen Kriegserklärung angekündigt mit den Worten: „Wir werde[n] die edelen vnd vorgeensten zu

⁵⁸ Siehe dazu die Darstellung einer entsprechenden Begebenheit von 1516 in: Georg Kirchmair's Denkwürdigkeiten seiner Zeit, in: *Fontes Rerum Austriacarum*, 1. Abt., Bd. 1, Wien 1855, S. 417-534, hier S. 437-439.

⁵⁹ Siehe oben Anm. 18.

Venedige [...] widerumb in die zale der vischer wendthen [...], Sunder geeth hyne unn furthe den kriege [...] als er verkuendthe wirt.“

Als Kriegsankündigung und Kriegs begründung ist diese Rede - ähnlich wie schon die Begründung des Krieges gegen Frankreich - ungewöhnlich harsch und undiplomatisch, argumentiert doch diese Quellengattung vor dem theologisch-völkerrechtlichen Hintergrund der Lehre vom gerechten Krieg, welche Verhältnismäßigkeit vorschrieb und eigentlich keinen Raum ließ für die Absicht einer politischen Vernichtung des Gegners. Diese Absicht findet sich bei Maximilian aber durchaus noch ein weiteres Mal, als er nach einem weiteren Kurswechsel 1513 dann die Vernichtung Frankreichs ankündigte.⁶⁰

Aus der beleidigenden Rede gegen Venedig spricht die Erbitterung eines in seinem imperialen Anspruch ausgerechnet von einer Republik militärisch und politisch tief getroffenen Kaisers, der sich in seinem vermeintlichen Recht, den Romzug durch Oberitalien wie seine Vorgänger mit großem militärischem Aufgebot durchzuführen, beschnitten sah und darum wünschte, Venedig auf eine „natürliche“ historische Größe zurückzustutzen. Insofern ist der Inhalt dieser Rede sicher keine bloße Rhetorik. Gegenüber den Ständen und der Öffentlichkeit aber schuf Maximilian nach dem pauschalen Feindbild Frankreich nun ein pauschales Feindbild Venedig und argumentierte wiederum mit Stereotypen. Diese kriegspolitisch instrumentalisierte Schaffung von Feindbildern, die sich stark unterscheidet von der differenzierten und sachlichen Art, mit der im Verlauf der folgenden Jahrhunderte Kriege vornehmlich begründet wurden, ist überraschend „modern“. Sie ist insbesondere deshalb bemerkenswert, weil Maximilian eben kein durchgängiges Feindbild hatte und propagierte, sondern dieses entsprechend der jeweiligen außenpolitischen Situation und offensichtlich auch für unterschiedliche Adressatengruppen aufbaute: Konnte ein nationales Feindbild Frankreich auch die Schweizer ansprechen, so operierte das Feindbild Venedig geschickt nicht mit einem nationalen, sondern dem republikanischen Feindbild, das im ständischen Denken der Reichsfürsten zielsicherer verfangen konnte als eine nationale Argumentation.

Um Maximilians Kriegs begründungen einzuordnen, ist freilich ein Blick

⁶⁰ Hermann Wiesflecker, Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit, Bd. 5, München (u. a.) 1986, S. 435.

auf die Reaktionen der Reichsstände aufschlussreich: Diese widersprachen kaum Maximilians eigentlichen Argumentationen und akzeptierten damit nach außen die offensive Kaiserideologie. Ihren allerdings vorhandenen und wachsenden Unwillen, Reichshilfe zu zahlen, begründeten sie mit Argumenten wie der Differenzierung zwischen Maximilians erbländischen Kriegen und tatsächlichen Reichsinteressen, mit dem Primat der Reichsreform vor auswärtigen Angelegenheiten, mit dem Fehlen einer Verpflichtung zur Reichshilfe überhaupt, zunehmend dann auch mit wirtschaftlicher Erschöpfung oder - vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit Maximilians langjähriger Kriegspolitik - mit der Ineffektivität der Reichshilfe.⁶¹ In der Praxis ließen die Stände sich vor allem weniger von Maximilians Rhetorik denn vom tatsächlichen Sachverhalt leiten: 1507, als Frankreichs Vertragsbruch offensichtlich war, bewilligten sie eine relativ hohe Reichshilfe.⁶² 1509, als Maximilian sich einen Offensivkrieg gegen Venedig finanzieren lassen wollte, lehnten sie erstmals eine Reichshilfe überhaupt ab und dies obwohl sie zugleich, unter Berufung auf die päpstliche Bulle gegen Venedig, der Serenissima den Krieg erklärten.⁶³ Kriegs begründungen wurden für ein Reichsoberhaupt also, wie Maximilian selbst andeutet, immer wichtiger. Der Erfolg hing dennoch nicht so sehr von einer propagandistisch geschickten Darstellung ab, sondern davon, den Krieg glaubwürdig als legitime Verteidigung darstellen zu können, was mit einer offensiven Kaiserideologie nicht vereinbar war.

b. Die Kriegsbegründungen Karls V.

Eine in Sprache und Argumentation völlig andere Art, Kriege zu rechtfertigen, findet sich bei Maximilians Nachfolger Karl V., obwohl Karl auf materielle Unterstützung der Stände nicht angewiesen war und obwohl Karls universalmonarchische Tendenz – die er dann gerade in Kriegsbegründungen zurückwies⁶⁴ – Maximilians imperialen Anspruch in Theorie und Praxis überstieg.⁶⁵ Der gegenüber Maximilians Argumenten frie-

⁶¹ Vgl. exemplarisch die Verhandlungen auf dem Wormser Reichstag 1509; Goldast, Reichshandlung (Anm. 18), S. 84-91; Frankfurt's Reichs correspondenz (Anm. 48), Nrn. 968-970.

⁶² Neue und vollständige Sammlung der Reichsabschiede, hrsg. v. Ernst August Koch, Frankfurt/M. 1747 (Reprint 1967), Teil 2, Nr. 12 u. 13.

⁶³ Siehe dazu Anm. 18 u. Anm. 61.

⁶⁴ So in der Ostermontagsrede; „Recueil d'aucunes lectures“ (Anm. 5), fol. Bii.

denensorientierte und kompromissbetonte Tonfall ist in Karls Kriegslegitimationen greifbar. In langen – oft langatmigen – Dokumentationen war er bemüht, eine Schuld am jeweiligen Konflikt zurückzuweisen. Dabei ging es ihm auch ausdrücklich um eine sachliche Darstellung, wenn er seinem Dauerkontrahenten Franz I. geradezu vorwarf, die Öffentlichkeit zu suchen,⁶⁶ mit „Rethorischen geferbten wortten (weyt von der warheyth)“ zu argumentieren⁶⁷ oder wenn er ausdrücklich postulierte, sich rechtfertigen, nicht aber schlecht über Franz reden zu wollen.⁶⁸

Karl berief sich in seinen Argumentationen oft nicht primär auf sein Recht denn darauf - wie im Übrigen auch Franz -, sich um „Frieden“, darüber hinaus um die „Freundschaft“ des Gegners bemüht zu haben. In seiner Ostermontagsrede 1536, in der Karl vor dem Hintergrund des erneut aufbrechenden Konflikts um Mailand gegenüber dem Papst und dem französischen Botschafter ultimative Forderungen an Frankreich stellte und zum Krieg wahrscheinlich bereits fest entschlossen war,⁶⁹ beschwor der Kaiser dennoch seinen Friedenswillen „tant pour le bien publicque de la Christiente / consideracion dudict Seigneur Roy / que pource quil conuenoit et emportoit a noz Royaumes pays et subgettz et aux siens“.⁷⁰ In gleicher Weise argumentierte er 1542, in seiner letzten Gegenerklärung an Franz, er sei zum Krieg „gezwungen [...] wider vnnsern willen“ und hätte ihn doch gerne vermieden „vonn wegen des schadenn vnnnd nachthayls / so der Kryeg mitbringt“, ja er sei überhaupt nur „allzeit seind geraitzt vnd gezwungen worden zum Krieg“.⁷¹ Karls - mindestens verbale - Achtung für Franz, seine Sorge um auch dessen Untertanen und um überhaupt das Wohl der gesamten Christenheit, die durch

⁶⁵ Franz Bosbach, *Monarchia Universalis*. Ein politischer Leitbegriff der frühen Neuzeit, Göttingen 1988, S. 46 u. 57 u. 60 f., weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Zurückweisung im Rahmen der Flugschrift „Recueil d'aucunes lectres“ (Anm. 5) neben der sonst positiven Verwendung des Begriffs bei Karl V. steht. Siehe daneben auch Charles Quint et la Monarchie Universelle, hrsg. v. Annie Molinié-Bertrand u. Jean-Paul Duviols, Paris 2001.

⁶⁶ Vgl. Anm. 39.

⁶⁷ „Abclag beder Königen“ (Anm. 4), fol. Bii^r.

⁶⁸ „[...] afin de me iustifier / sans vouloir mesdire de luy [...]“; „Recueil d'aucunes lectres“ (Anm. 5) Giii.

⁶⁹ Zum außenpolitischen Hintergrund siehe Kohler (Anm. 31), S. 247-252; Zur Ostermontagsrede selbst siehe auch Kampmann, *Arbiter* (Anm. 34), S. 49-51.

⁷⁰ „Recueil d'aucunes lectres“ (Anm. 5), fol. Aiii^r. Vgl. zur Demonstration der Friedensbereitschaft auch bereits den in Anm. 5 vollständig zitierten Titel dieses Drucks.

⁷¹ „Deß [...] Herrnn Caroli V. [...] Eröffnung“ (Anm. 3), fol. Aii^r u. Aiii^r.

den Krieg geschädigt werde, heben sich deutlich ab gegen Maximilians Verunglimpfung des Gegners mit seinen Untertanen. Es deutet sich hier bereits eine Entwicklung an, an deren Ende Samuel Pufendorf ein Jahrhundert später fordern wird, dass der Friede aktiv gefördert werden müsse und dass jeder Staat eine Verpflichtung auch für das Wohl der anderen Staaten habe.⁷² Karls V. weitschweifige Ausführungen wirken neben Maximilians I. pointierter Rhetorik auf den ersten Blick behäbig. Man kann darüber diskutieren, ob eher die Wortgewandtheit Maximilians oder die Sachlichkeit Karls überzeugen: Wo Maximilian das ständige Bemühen seiner militärischen Abwehrbereitschaft betont hatte, stellte nämlich Karl argumentativ sein Friedensbemühen in den Vordergrund, nicht zuletzt indem er detailliert die Vorgeschichte und Entwicklung des jeweiligen Konflikts schilderte, seine eigenen „guten Gründe“ darlegte, aber auch den Argumenten des Gegners Raum ließ. Zudem warb Karl mit seiner Sorge um Frieden in beiderseitigem Interesse auch um die gegnerische Öffentlichkeit. Maximilian publizierte dagegen zwar zur Aufwiegelung der Venezianer mehrere Flugschriften, beschimpfte aber in seiner für einen anderen Adressatenkreis gedruckten Rede *die* Venezianer pauschal. Mindestens für den, der alle diese Flugschriften rezipieren konnte, war dieses Medienkonzept damit leicht zu entlarven.

Karl V. steht mit der Versachlichung und Friedenszentrierung seiner Argumentation nicht allein, dieses ist auch der Tenor, den seine Kriegsgegner wie Franz I. oder Heinrich VIII. anschlügen.⁷³ Der Entwurf nationaler Feindbilder war für den selbst außerdeutschen und internationalen Fürsten Karl ohnehin von vornherein unmöglich. Vorsichtig musste er vielmehr Franz' erwähnte Versuche abbiegen, das Ideal einer historischen deutsch-französischen Freundschaft gegen den Kaiser selbst zu instrumentalisieren.⁷⁴ Bemerkenswert ist, welch breiten Raum er den Argumenten seiner Gegner gab. Bereits Maximilian I. hatte zwar 1509 seine eigene Rede gegen Venedig zusammen mit der Vorrede des venezianischen Botschafters drucken lassen,⁷⁵ doch geschah dies deutlich vor dem Hintergrund, dass Maximilians eigene Rede sich an der venezianischen

⁷² Klaus Luig, Samuel Pufendorf über Krieg und Frieden, in: Politische Ethik in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Norbert Brieskorn, Markus Riedener, Bd. 3, Stuttgart 2003 (Theologie und Frieden, 26), S. 255-266, hier S. 258.

⁷³ Siehe dazu die französische und die englische Kriegserklärung von 1528: Abclag beder Königen (Anm. 4), fol. Aii'-Aiii' u. Aiii'''-B'.

Rede entzündet hatte und dazu dann die rhetorische Gegenfolie darstellte. Karl V. hingegen fügte nicht nur den Drucken seiner eigenen Erklärungen umfangreich Dokumente gegnerischer Provenienz hinzu,⁷⁶ sondern referierte noch in seinen Erklärungen ausführlich die gegnerischen Vorwürfe, bevor er zu ihnen Stellung bezog.⁷⁷ Soweit sich die Kriege gegen Frankreich richteten, benannte Karl als Schuldigen Franz, nicht dessen Untertanen, nicht einen natürlichen Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland, ja zum Teil nicht einmal die, welche im Bündnis mit Franz ebenfalls gegen ihn Krieg führten. Ihnen gestand er unter Umständen zu, sich über den wahren Sachverhalt zu täuschen respektive darüber von Franz getäuscht worden zu sein.⁷⁸

Angesichts dessen, dass Karl den Krieg auf die Ebene der für ihn politisch verantwortlichen Personen zurückführte, erscheint sein zunächst anachronistisch anmutendes Angebot an Franz 1536, den Kampf auch persönlich auszutragen,⁷⁹ als nahezu logische Folge. Als letzte Konsequenz seines betonten Friedenswillens, eben um den Krieg mit all seinen Übeln für beider Untertanen und Reiche zu vermeiden, zeigte Karl hier wie *mutatis mutandis* bei einer Frankreichreise 1541, „mit wagknuß vnser Person [...] des willens vnnd Begeren ain Ewigen friden auffzurichteni“⁸⁰ Erklärbar ist das Angebot zum Zweikampf aber nur vor dem Hinter-

⁷⁴ Vgl. oben Anm. 36 u. 37. Seinen Haushofmeister wies Karl 1535 an, entsprechende Versuche, die Franz mit seinem publizierten Schreiben an die Reichsstände unternommen hatte, zurückzuweisen: „Et pour la fin du contenu en ladicte lectre / par laquelle lon veult tant persuader Lunion Germanique / entre ladicte Germanie / et ladicte France / [...] ny a personne en ladicte Germanie que ne puisse arraisonner quelle occasion de Germanite il y a dicelle Germanie / avec ladicte France. Mesmement sy lon veult considerer les inconueniens dommaiges et pertes / (signamment de gens) aduenues a ladicte Germanie par le moyen dudict France. Et notablement du temps du present regne / et [...] trouble de la commune paix / et lantfreid.“ „Recueil d'aucunes lectres“ (Anm. 5), fol. Riii'-Riii'.

⁷⁵ Vgl. Anm. 18.

⁷⁶ So umfasst der offizielle Druck der Ostermontagsrede drei Schreiben bzw. Stellungnahmen Franz' I.; „Recueil d'aucunes lectres“ (Anm. 5), fol. Eii'""-Gii, N'-Nii' u. Niit-P.

⁷⁷ So in seiner (Gegen-)Kriegserklärung an Franz I. 1542; „Deß [...] Herrnn Caroli V. [...] Eröffnung“ (Anm. 3), fol. Aiii'-Aiii'.

⁷⁸ So in Karls V. Gegenkriegserklärung an Heinrich VIII. 1528; „Abclag beder Königen“ (Anm. 4), fol. Cii'"-Diiii'". Bereits in seiner Gegenerklärung an Franz I. (ebd., fol. Bii'-Ciii'") und seiner ersten mündlichen Stellungnahme gegenüber dem französischen Herold (ebd., fol. Aiii'-Aiii'") deutete Karl dies an.

⁷⁹ In der Ostermontagsrede; „Recueil d'aucunes lectres“ (Anm. 5), fol. Bii'.

⁸⁰ „Deß [...] Herrnn Caroli V. [...] Eröffnung“ (Anm. 3), fol. Aii'.

grund der Vorstellung vom Krieg quasi als einem Prozess um die gerechte Sache, in dem Gott richtet und entscheidet, eine Vorstellung, die in der späteren Literatur - 1595 von Gregor de Valentia,⁸¹ 1624 von Francis Bacon⁸² - noch mehrfach formuliert wurde und die in Karls V. Kriegsbegründungen immer greifbar ist.⁸³ Insbesondere die Gefangennahme Franz' bei der Schlacht von Pavia 1525 erschien Karl folglich als das „gerecht gericht gottes /in auffrichtem krieg“. ⁸⁴ Karl sah Gott sogar über den Krieg hinaus als Richter und Vollstrecker des Völkerrechts: Franz' Nichtigerklärung aller geschlossenen Verträge 1528 nämlich wies er mit den Worten zurück, er werde in dieser Frage „ein andern Richter (dann den könig) suchen“ und dann „möchte sichs zutragen/ das Gott vnd die billigkeit jnen zwungen/ dieselben vertreg zuhalten“. ⁸⁵ Wenn Karl dies ernst nahm, erklärt sich seine Ablehnung einer manipulativen Öffentlichkeitsarbeit, konnten doch weder Rhetorik noch ein Verschweigen der gegnerischen Argumente diesen angerufenen Richter täuschen. Im Übrigen finden sich Belege dafür, dass die Frage nach dem gerechten Grund und dem deshalb zu erwartenden göttlichen Beistand auch in der internen politischen Diskussion, die der Kaiser führte, vor pragmatischen Überlegungen zum Krieg stand.⁸⁶

Karl billigte mitunter dem Gegner auch zu, sich irrtümlich im Recht zu glauben, und begründete seine Kriege dann mit dem Anspruch, diese ebenfalls überzeugen zu wollen - seien es die Verbündeten seines Hauptkontrahenten Franz 1528 wie oben dargelegt,⁸⁷ sei es Franz selbst, dem

⁸¹ Wilhelm G. Grewe, *Epochen der Völkerrechtsgeschichte*, Baden-Baden 1984, S. 244.

⁸² Pärtel Piirimäe, *Just War in Theory and Practice: the Legitimation of Swedish Intervention in the Thirty Years War*, in: *The Historical Journal* 45 (2002), S. 499-523, hier S. 499, Anm. 1. - Zur Präsenz dieser Vorstellung in den Flugschriften des Dreißigjährigen Krieges siehe Esther-Beate Körber, *Deutschsprachige Flugschriften des Dreißigjährigen Krieges 1618 bis 1629*, in: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 3 (2001), S. 1-47, hier S. 11.

⁸³ Siehe z. B. in Karls Gegenkriegserklärung an Franz 1528, dass Franz „wider götlich vnd natürlich recht vnnd alle pilligkeyt handel/ das pilich Gott straff/ der als ein gerechter Richter erkenne die gerechten warhey“; „Abclag beder Königen“ (Anm. 4), fol. Cii'.

⁸⁴ Ebd., fol. Biii'.

⁸⁵ Ebd., fol. Ciii-Ciii'.

⁸⁶ So in einem Gutachten Gattinaras über die Entscheidung zwischen Waffenstillstand oder Kriegsfortführung 1521; *Actenstücke und Briefe zur Geschichte Kaiser Karl V.*, hrsg. v. Karl Lanz, Wien 1853 (*Monumenta Habsburgica*, 2,1), S. 231 ff., hier bes. S. 232 (erster Grund zum Krieg).

⁸⁷ Siehe Anm. 78.

Karl 1536 zugestand, er handele „presupposant et soy persuadant/ quil le pouvoit faire par les traictez de Madril et Cambray“. ⁸⁸ An diesem knappen Satz dokumentiert sich, dass Karl eine wichtige Weiterentwicklung der Lehre vom gerechten Krieg rezipiert hatte, die von seinen Beichtvätern Francisco de Vitoria⁸⁹ und Domingo de Soto⁹⁰ vertreten wurde. Die mittelalterliche Lehre vom gerechten Krieg betonte die gerechten Gründe zum Krieg, die immer nur der Angegriffene haben konnte. Erst in der Frühen Neuzeit entwickelte sich dann die Auffassung, der Gegner könne sich, obwohl im Unrecht, so doch in einem „unüberwindlichen Irrtum“⁹¹ befinden und also arglos im Recht glauben. Am Zitat Karls wird deutlich, dass der Kaiser dieser Weiterentwicklung der Lehre vom gerechten Krieg folgte, eine Vorstellung, innerhalb derer eine sachliche Dokumentation des eigenen Rechtsstandpunktes ebenfalls Sinn machte. War man dagegen wie Maximilian I. durchweg der Ansicht, klar erkennbar im Recht zu sein, so mussten die Gegner zwangsläufig lügen und betrügen. Einen Sinneswandel seiner Kriegsgegner hat auch Karl V. natürlich nie erreicht, ebenso wenig die Unterstützung des Papstes, die er 1536 mit der Ostermontagsrede anstrebte. Aber er konnte den Krieg 1536, wie Peter Rassow belegt hat, immerhin mit einem gewissen öffentlichen Wohlwollen beginnen.⁹²

5. Fazit

Der Blick auf nur zwei Kaiser und wenige Jahrzehnte der Reichsgeschichte zeigt, dass Kriegs begründungen eine alles andere als statische Quellengattung sind. Radikaler Wandel war hier sowohl der Form als auch dem Inhalt nach schon in nur einer Generation möglich. Maximilian I. entwickelte sich weg vom Stil seines Vaters Friedrich III., indem er rhetorisch und medienpolitisch aktiv wurde, um Unterstützung für seine Kriege zu

⁸⁸ „Recueil d'aucunes lectures“ (Anm. 5), fol. C. In der Gegenkriegserklärung 1528 beschuldigte Karl Franz dagegen, die Unwahrheit zu sagen und also wissentlich im Unrecht zu sein.

⁸⁹ Grewe, Völkerrechtsgeschichte (Anm. 81), S. 241 f.

⁹⁰ Merio Scattola, „Bellum, dominium, ordo“: Das Thema des gerechten Krieges in der Theologie des Domingo de Soto, in: Suche nach Frieden: Politische Ethik in der Frühen Neuzeit, hrsg. v. Norbert Brieskorn, Markus Riedenauer, Bd. 1, Stuttgart 2000, (Theologie und Frieden, 19), S. 119-137, hier S. 130-132.

⁹¹ Grewe, Völkerrechtsgeschichte (Anm. 81), S. 241.

⁹² Rassow, Kaiser-Idee (Anm. 43), S. 262-264.

gewinnen. Als *spiritus rector* bleibt der Kaiser dabei hinter den verschiedenen Initiativen zur Nutzung wie zur Kontrolle der Medien greifbar. Die Inhalte seiner Kriegsbegründungen bauten Stereotypen auf, welche der Renaissancehumanismus mit hervorgebracht hatte, die Maximilian aber zur Legitimierung seiner Konflikte aufgriff, wandelte und inszenierte. Den Gegner attackierte, ja verteufelte Maximilian und stand hinter diesen Attacken gleichfalls mit seiner eigenen Person. Dagegen arbeitete Karl V. bereits mit einem Apparat, welcher die Medienpolitik vor der Rhetorik in den Vordergrund der Legitimierungsstrategien rückte, sie professionalisierte und vom persönlichen Wirken des Kaisers löste. Die Inhalte der Kriegsbegründungen wurden in der Epoche Karls V. sachlich, weg von Maximilians prägnanten nationalen Feindbildern und Pauschalisierungen, hin zu langen, mit Fakten und Rechtstiteln unterfütterten Darlegungen der eigenen Position, welche zugleich den gegnerischen Argumenten gebührend Platz einräumte. Zweifellos erklärt sich ein so rascher und radikaler Wandel bei Form und Inhalten der Kriegsbegründungen nicht zuletzt damit, dass mit Maximilian I. und Karl V. der entscheidende Schritt vom Mittelalter hin zur Neuzeit vollzogen wurde. Zum anderen aber zeigt dieser Wandel, dass Kriegsbegründungen keine stereotype Quellengattung sind und also nicht ohne Bezug zum konkreten Kontext ihrer Entstehung interpretiert werden können. Umgekehrt sind von einer Analyse von Kriegsbegründungen unterschiedlicher Epochen diverse Aufschlüsse zu erwarten über den Wandel der Öffentlichkeitsarbeit, des herrschaftlichen Selbstbildes, (völker-)rechtlicher Vorstellungen, des politischen Umgangs miteinander, des allgemeinen Weltbildes usw. Und dies gilt in besonderem Maße für kaiserliche Kriegsbegründungen, erfuhren doch Kaiserbild und politische Funktion des Reichsoberhauptes in der Frühen Neuzeit einen radikalen Wandel - ein Wandel, der sich in den Kriegsbegründungen niederschlägt und über den diese Quellengattung mithin Aufschluss gibt.

Mikko Huhtamies

Die schwedischen Militärkolonien im Baltikum während der so genannten schwedischen Großmachtperiode (1620-1720) – unter besonderer Berücksichtigung von Axel Oxenstiernas Grafschaft Wolmar-Wenden in Livland*

Schweden expandiert ins Baltikum

Nach dem englischen Forscher Michael Roberts steht hinter der Expansion Schwedens ins Baltikum und der gesamten schwedischen Großmachtpolitik die Sicherheitspolitik. Schweden wurde seiner Ansicht nach zu einer Großmacht, weil es die umliegenden Nachbarländer fürchtete – insbesondere Russland, Polen und Dänemark.¹ Die Ansicht von Roberts erscheint offensichtlich, wenn man Schweden auf der Karte betrachtet, ein von „feindlichen“ Nachbarländern umgebenes Land. (So einfach hat sich Roberts die Forschung natürlich nicht gemacht, obwohl er seine Thesen auch durch Karten und eingezeichnete Angriffspfeile untermauerte). Demgegenüber hat Attman angenommen, dass die baltische Expansion Schwedens vor allem darauf abzielte, Handelswege zu kontrollieren².

Auch der englische Post-Marxist Perry Anderson hat sich an dieser Diskussion beteiligt und auf die besondere wirtschaftliche Bedeutung der baltischen Provinzen für den schwedischen Adel hingewiesen³. Die Provinzen bereicherten insbesondere den Adel, der laut Anderson der wirkliche Machthaber in der frühmodernen Klassengesellschaft Schwedens war. Nach Anderson war die schwedische Landwirtschaft des frühen 17. Jahrhunderts geprägt von Kleinbauernwirtschaft, basierte auf Naturalienwirtschaft und war wenig kapitalisiert. Eine großflächige Güterwirtschaft fehlte, und nur der Bergbau war ein bedeutender Entwicklungsfaktor der Geldwirtschaft. Der Anschluss der baltischen Provinzen an Schweden führte in dieser Beziehung zu Veränderungen. Der schwedi-

¹ Roberts, *The Swedish* (Anm. 12), S. 3.

² Siehe z. B. Stefan Troebst, *The Attman-Roberts Debate on the Mercantile Background to Swedish Empire-Building*, in: *Die schwedischen Ostseeprovinzen Estland und Livland im 16.-18. Jahrhundert*, hrsg. v. Aleksander Loit, Helmut Püürimäe, *Studia Baltica Stocholmiensia* 11, Uppsala 1993, S. 33-52.

³ Perry Anderson, *Den absoluta statens utveckling*, Malmö 1978, S. 194-197.

DIE SCHWEDISCHEN MILITÄRKOLONIEN IM BALTIKUM (1620-1720)



* Aus dem Finnischen von Michael Möbius.

sche Großadel erhielt große Landbesitzungen, auf denen groß angelegte, geldwirtschaftlich orientierte Güter- und Manufakturwirtschaft betrieben werden konnte, und dies aufgrund der feudalen Prägung des Landes ungehinderter als im Heimatland. Größere Widersprüche gab es in dieser Hinsicht nicht, denn das Schweden des 17. Jahrhunderts war nach Anderson von seiner Natur her ein vom Adel beherrschter feudaler Staat, dessen Bauern in einer untergeordneten Stellung waren. Im Baltikum kam der feudale Charakter Schwedens nur ungehinderter zum Vorschein. Der folgende Aufsatz möchte anhand des Vergleichs zwischen der wirtschaftlichen und der militärischen Bedeutung einer ausgewählten Militärkolonie einen Beitrag zu dieser Diskussion leisten.

Als die Herrschaft des mittelalterlichen Deutschen Ritterordens im Baltikum (den Ostseeprovinzen) im 15. Jahrhundert zusammengebrochen war, versuchten im 16. Jahrhundert die Nachbarmächte Russland, Schweden, Polen, und in geringem Maße auch Dänemark, das in der Region entstandene Machtvakuum zu füllen. Es folgten jahrzehntelange kriegerische Auseinandersetzungen, während derer es Schweden gelang, in diesen Gebieten eine gefestigtere Stellung als seine Konkurrenten zu erlangen. Im Jahre 1561 besetzte es den baltischen Nordteil, Estland, und 1621 marschierten die schwedischen Truppen in Riga, der Hauptstadt Livlands, ein. Endgültig besiegelt wurde die schwedische Vorherrschaft in den Ostseeprovinzen durch den Waffenstillstand von Altmark im Jahre 1629, als Polen Livland (im Wesentlichen das heutige Lettland) an Schweden abtrat. Dies war die weiteste Expansion Schwedens nach Osten und Südosten in seiner Geschichte.⁴ Aber reichten die Kraftreserven Schwedens für die Beherrschung eines so großen Reiches aus?

Die Unterhaltung der Besatzungsmacht in den Ostseeprovinzen brachte von Anfang an große Probleme. Die Reise von den Provinzen ins Zentrum der Macht nach Stockholm dauerte lange. Nach fast einem Jahrhundert des Krieges war das Baltikum stark entvölkert. In den 1620er Jahren waren zum Beispiel in Estland 75 Prozent der Haken⁵ verlassen und die Bevölkerungszahl war von 250.000-280.000 am Ende der Zeit des Ritterordens auf 60.000-70.000 Menschen gesunken.⁶ Die Bevölkerung war vor dem Krieg geflohen, so dass keine Arbeitskräfte für den Wiederauf-

⁴ Im Frieden von Stolbova 1617 wurde die Ostgrenze des Schwedischen Reiches weit nach Osten, auf die russische Seite verschoben.

bau zur Verfügung standen. Viele Städte, wie z. B. Dorpat waren zerstört. Der Schlüssel zur Lösung dieser vielfältigen Probleme lag in der Beschaffung von Arbeitskräften. Woher sollte man aber Arbeitskräfte und Soldaten für das Baltikum bekommen?

Die Situation wurde durch die geringe Anzahl der schwedischen Bevölkerung noch verschärft. Obwohl Schweden von der Oberfläche her ein großes Land war, lebten im 17. Jahrhundert im gesamten Reich nur etwa 1,5 Millionen Menschen (auf dem Gebiet des heutigen Finnlands etwa 350.000). Der bei weitem größte Teil der Bevölkerung verdiente seinen Lebensunterhalt in der Landwirtschaft, die aber unter den ständigen Kriegen und den jährlichen Zwangsaushebungen von Soldaten litt. Die permanenten Zwangsaushebungen resultierten aus den Seuchen in den Garnisonen, welche die Mannschaftszahlen in den Festungen viel stärker dezimierten als vorhergesehen. Die Sterblichkeit in den Garnisonen wirkte sich vor allem innerhalb der Landbevölkerung negativ aus, denn die durch Zwangsaushebungen rekrutierten einheimischen Soldaten wurden hauptsächlich in den Garnisonen der Ostseeprovinzen und des Reiches stationiert. Weil jeder rekrutierte Bauer eine Reduzierung der ländlichen Arbeitskraft bedeutete, stellte dessen Weggang vom Hof einen großen ökonomischen Einschnitt dar. In der Praxis bedeuteten diese Zwangsaushebungen die Unterbrechung der landwirtschaftlichen Tätigkeit der Höfe, solange die Männer in den Garnisonen waren. Die häufig nur von Frauen, Greisen und Kindern betriebenen Höfe produzierten nicht ausreichend und so konnten auch nicht die der Krone zustehenden Steuern entrichtet werden. Die Steuereinnahmen des Reiches verringerten sich und weder Soldaten noch Offiziere konnten ihre Löhnung erhalten. Diese Finanzkrise erschütterte das ökonomische Fundament des gesamten schwedischen Reiches. Die Militärpolitik konnte nur mithilfe

⁵ Der Haken war ein aus dem Mittelalter stammendes hofbezogenes Abgabenmaß für die zu entrichtende Steuer und bedeutete ursprünglich ein Haus und die von ihm zu entrichtenden Steuern. Später wurde mit der Aufteilung des Hauses unter den Erben auch der Haken und die entsprechende Steuermenge aufgeteilt. Der Ausdruck 75 Prozent der Haken bedeutet also vereinfacht 75 Prozent der steuerpflichtigen Häuser. Zum Haken siehe Jürgen Heyde, *Bauer, Gutshof und Königsmacht. Die estnischen Bauern in Livland unter polnischer und schwedischer Herrschaft 1561-1650*, Köln 2000, S. 197-207.

⁶ Vilho Nütemaa, *Kalervo Hovi, Baltian historia*, Jyväskylä 1991, S. 247. Arnold Soom, *Der Herrenhof in Estland im 17. Jahrhundert*, Lund 1954, S. 36-37. Juhan Kahk, *Bauer und Baron im Baltikum*, Tallinn 1999, S. 32-33.

der Zoll- und Bergbaueinnahmen sowie der Subsidienleistungen Frankreichs an Schweden weitergeführt werden.⁷ Neben den Epidemien war auch das Desertieren der Soldaten ein weit verbreitetes Problem, welches nicht effektiv verhindert werden konnte. Viele baltische Landgüter nahmen zudem Deserteure mit offenen Armen auf.

Die Bedeutung der Landwirtschaft und der Bauern wurde durch die geringe Größe der schwedischen Städte erhöht.⁸ In ihnen lebten im Allgemeinen höchstens einige tausend Menschen, in kleineren nur einige hundert. Finnlands größte Stadt, Turku, hatte ungefähr 5.000 Bewohner. Die Einwohnerzahl der Hauptstadt Stockholm betrug auch nur etwa 20.000 Menschen. Es sei am Rande bemerkt, dass in Paris um 1620 mehr Menschen lebten, als in ganz Finnland. Im 17. Jahrhundert wurden Städte in Rekordanzahl gegründet, allein auf dem Gebiet des heutigen Finnlands dreizehn. Nur die wenigsten dieser Städte waren in der Lage, sich in gewünschter Weise zu entwickeln. Aufgrund der Bedeutungslosigkeit der Städte konnte Schweden keine Soldaten aus den Reihen der Stadtbevölkerung (z. B. arbeitslose Handwerker, Arbeitsleute, Stadtstreicher aber auch wirkliche Bettler) rekrutieren, wie es in anderen hochurbanisierten Ländern Europas (z. B. in Frankreich und England) üblich war. Die einzige Möglichkeit war, die Soldaten vom Lande zu nehmen.⁹ Aber wie sollte dies geschehen, ohne die Landwirtschaft – das Rückgrat der Wirtschaft des Landes – zu sehr zu belasten?

⁷ Ebd., S. 16-18.

⁸ Anderson, *Den absoluta* (Anm. 3), S. 190-191.

⁹ Die gleiche Sache, etwas positiver ausgedrückt: Das schwedische Aushebungssystem ermöglichte die Rekrutierung der Garnisonstruppen aus der landeseigenen Bevölkerung, wodurch die teuren ausländischen Söldnertruppen zu eigentlichen Kampfhandlungen eingesetzt werden konnten. Die Rekrutierung der nationalen „Bauernarmee“ (nur ein Teil der Männer waren richtige Bauern, der größte Teil waren Knechte, Landstreicher oder bezahlte Ersatzmänner) geschah nicht ohne Belastung der Landwirtschaft und letztendlich der ohnehin schon instabilen ökonomischen Situation des Reiches, auf die oben bereits hingewiesen wurde. Das schwedische Aushebungssystem löste das Dilemma zwischen Rekrutierung und landwirtschaftlichem Arbeitskraftbedarf also nur teilweise. Es verschob die Rekrutierungsbelastung auf die Bauern. Ein konkreter Ausdruck dafür ist eine allgemeine Praxis in diesem System: Die Anstellung von bezahlten Ersatzsoldaten durch die kriegsverpflichteten Bauern. Siehe: Lars Ericson *Svenska knektar: indelta soldater, ryttare och båtsmän i krig och fred*, Lund 1997, S. 15. Mikko Huhtamies, *Knektar och bönder. Knektersättare vid utskrivningarna i Nedre Satakunda under trettioåriga kriget*. Skrifter utgivna av Svenska litteratursällskapet i Finland nr. 647, Helsingfors 2004, S. 9-13. Hier auch zum Problem der Rekrutierung von Stadtbewohnern, Ebd., S. 32-33.

Unter diesen Bedingungen erwies sich die Unterhaltung einer ausreichend großen Besatzung in den Garnisonen der schwedischen Ostseeprovinzen als prekär. Die Lage wurde noch dadurch verschlimmert, dass die Versorgung der baltischen Stützpunkte in großem Maße vom Seetransport abhing. Das 17. Jahrhundert war eine besonders kalte Periode, was in der Praxis bedeutete, dass das Meer länger als gewöhnlich zugefroren war. (Sogar der zwischen Dänemark und Schweden liegende Große Belt froh Mitte des Jahrhunderts zu, mit schicksalhaften Folgen für Dänemark). Die Erntezeit verschob sich, man bekam das Korn nicht in die Garnisonen, weil das Zufrieren des Meeres im Herbst früher als gewöhnlich begann. Auch Schiffbruch war nichts Ungewöhnliches. So liefen 1625 zehn schwedische Schiffe vor der livländischen Küste auf Grund. Die Garnisonen beschwerten sich viele Male in Stockholm beim Kriegskollegium über die Versorgungslage, aber eine wesentliche Verbesserung wurde nicht erreicht.¹⁰

Militärkolonien als Lösung für die Versorgungsprobleme

Die Sterblichkeit in den Garnisonen, das Desertieren sowie die Versorgungs- und Verwaltungsschwierigkeiten in den Ostseeprovinzen bildeten ein Bündel von Problemen, dessen Lösung man in Militärkolonien zu finden hoffte, in welchen die Soldaten der betreffenden Truppeneinheiten mit ihren Familien permanent angesiedelt wurden. Die Soldaten erhielten dort kleinere Landparzellen zur Bewirtschaftung. Die Absicht war, die Garnisonen von der Versorgung und personellen Auffüllung her autark zu machen. Den Söhnen der Soldaten kam eine wichtige Rolle als zukünftigen Angehörigen dieser Truppeneinheiten zu. Hinter der Gründung von Militärkolonien standen neben wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Fakten auch militärtheoretische Gründe. Niccolo Machiavelli war im Schweden des späten 16. und des frühen 17. Jahrhunderts ein unter den Machthabern sehr beachteteter und geschätzter Macht-

¹⁰ David Kirby, Northern Europe in the Early Modern Period: The Baltic World 1492-1772, London 1990, S.142. Kriegskollegium kansli. Brevbok (im Folgenden KrKBB) 1651, S. 637. Kriegskollegium kansli. Registratur 1631-, S. 479v-480, Krigsarkivet (KrA), Stockholm. Der berühmteste Schiffbruch war das Sinken der als Flaggschiff der Flotte gebauten *Wasa* auf ihrer Jungfernfahrt im Jahre 1628 vor Stockholm. In den 1950er Jahren wurde sie gehoben und ist nun eine der bekanntesten Sehenswürdigkeiten Stockholms.

politik- und Militärtheoretiker. Nach Machiavelli waren die Kolonien der beste und kostengünstigste Weg, das eroberte Land zu regieren. Schon der schwedische König Erik XIV. (gest. 1577) beschäftigte sich intensiv mit Machiavelli und setzte dessen Theorien in die Praxis um. Erik XIV. begann die schwedische Expansionspolitik im Baltikum mit der Besetzung Estlands 1561. Die ersten Kolonien dürften schon zu seiner Zeit in Estland gegründet worden sein. Über die Realisierung der Kolonien in der Praxis gibt es zwar keine sicheren Informationen, doch wurden sie auf jeden Fall bereits in dieser Phase geplant.¹¹

Auf schwedischer Seite glaubte man, dass die Militärkolonien noch manch andere Vorteile gegenüber der gewöhnlichen Garnison hätten: Das Desertieren würde aufhören, wenn die Soldaten durch ihre Familien an den Ort gebunden wären; ferner würde sich die Seuchensituation verbessern, wenn der Schiffsverkehr zwischen den Garnisonen und den heimatischen Hafenstädten abnahm. Mit den Soldatensöhnen würde schließlich eine völlig neue, vollständig an die Garnisonsverhältnisse angepasste Generation heranwachsen. Diese Soldatensöhne würden widerstandsfähiger gegen Seuchen sein und weniger Sehnsucht nach dem Heimatland haben.¹²

Militärkolonien begann die Krone systematisch in den 1620er Jahren in den östlichen Gebieten des schwedischen Reiches zu gründen, in Karelien, Ingermanland, Estland und Livland. Die ersten Militärkolonien entstanden im karelischen Kexholm sowie in Schlüsselburg und Nyen in Ingermanland. Es sei erwähnt, dass die letztgenannte eine 1611 von den Schweden im Newa-Delta gegründete ärmliche Stadt mit Holzhäusern und einigen hundert Menschen war. Heute befindet sich an diesem Ort die Großstadt Sankt Petersburg.¹³

¹¹ Niccolo Machiavelli, *The Prince*. With selection from *The Discourses*, New York 2003, S. 20. Ingvar Andersson, Erik XIV och Machiavelli, in: *Scandia* Bd. IV (1931), S. 10-13.

¹² Lars Ericson, Koloniförbanden - en bortglömd del av stormaktstidens militähistoria, in: *Pennan och Svärdet* 11(2004), S. 12-13. Rainer Fagerlund, Soldatsöner i Livland i mitten av 1600-talet, in: *Karolinska Förbundets Årsbok* (1983), S. 47-75. Herman Müllern, Koloniförband i stormaktstidens svenska krigsmakt, in: *Aktuellt och Historiskt* (1965), S. 95-150, darin: Summary, S. 151-153. Michael Roberts, *The Swedish Imperial Experience 1560-1718*, Cambridge 1979, S. 86-87.

¹³ Müllern, Koloniförband (Anm. 12), S. 97-102. Aus St. Petersburg, z. B. Saulo Kepsu, *Pietari ennen Pietaria. Nevansuun vaiheita ennen Pietarin kaupungin perustamista*, Jyväskylä 1995, darin: Abstract, S. 126-128.

Die Truppeneinheiten der Militärkolonien wurden entweder zusammen mit den gewöhnlichen Truppeneinheiten stationiert, oder man gründete Garnisonen, die sich nur aus Kolonisten zusammensetzten. Diese waren Gründungen der Krone - staatliche Militärkolonien, welche direkt der Krone unterstanden. Neben den Lehensgebieten gab es auch private Kolonien. Diese waren auf verlehntem Land gegründete, private Kolonien. Sie wurden vom Lehensbesitzer beherrscht. Zusätzlich existierten kleinere „Satelliten-Garnisonen“, deren Besatzung aus den erstgenannten aufgefüllt wurde. Solche kleinen Garnisonen in Livland waren u. a. Marienburg und Neuhusen. Die Anzahl und die Stationierungsorte gehen aus der beigefügten Aufstellung und der Karte hervor:

Die schwedischen Kolonial-Truppeneinheiten im Baltikum (Estland und Livland) ca. 1620-1720:¹⁴

Reval (2 Kompanien)

Dorpat (2 Kompanien)

Pernau (1 Kompanie)

Riga (1 Kompanie)

Kokenhusen (1 Kompanie)

Wolmar-Wenden (2 Kompanien)

Im Folgenden werden nur die im Baltikum, d. h. in Estland und Livland errichteten Kolonien betrachtet, und unter diesen vor allem die Kolonie Wolmar-Wenden, weil sie die größte und bemerkenswerteste Militärkolonie in Livland waren. Auch die Quellenlage über diese Kolonie ist reichlicher als bei den anderen Kolonien in Estland und Livland.

Die Finnen-Kolonie Wolmar

Die in der Liste letztgenannte Kolonie Wolmar-Wenden (i. F. nur Wolmar) unterschied sich von anderen Kolonien. Sie entstand im Gebiet Wolmar-Wenden, das der Reichskanzler Axel Oxenstierna (gest. 1654) 1622 als Lehen in Form einer Grafschaft erhielt.¹⁵ Die Belehnung des schwedischen Adels in den eroberten Gebieten war seit Beginn der

¹⁴ Fagerlund, Soldatsöner, (Anm. 12), S. 48.

¹⁵ Die Belehnungsakten, in: Rikskansleren Axel Oxenstiernas skrifter och brevvevling, Stockholm 1888, II, 1, S. 193, Nr. 163 (1622); S. 341, Ergänzungen zur Belehnung Nr. 277 (1627); S. 750, S. 548 (1632).

1620er Jahre allgemeine Praxis.¹⁶ Wolmar (heute Valmiera) lag im ehemaligen katholischen Bistum Wenden (heute Cesis in Lettland), dessen Hauptstadt es war. Die Grafschaft befand sich etwa 100 km südöstlich von Riga. Das Bistum Wenden, zu dem neben Wolmar die kleinen Festungen Burtneck und Triikanten sowie das Gut Mojahn mit seiner Umgebung gehörten, lag an strategisch wichtigen Land- und Wasserverkehrsverbindungen. Der Hauptort war das ärmliche Städtchen Wolmar, eine ziemlich verfallene mittelalterliche Festung. Obwohl die Stadt Wolmar eigentlich nur ein von einem Wallgraben umgebenes Dorf war, hatte Oxenstiernas Güterkomplex im Gebiet Wolmar-Wenden eine große wirtschaftliche Bedeutung. Von der Oberfläche nahm es den fünften Teil der Landwirtschaftsfläche Livlands ein. Vom Westen her war das Gebiet eine Art Tor zum Inneren Livlands, und es hatte auch große Bedeutung als Hinterland und Versorgungsgebiet von Riga.¹⁷

Eine Bedingung der Belehnung war die Organisation der Verteidigung des Gebietes. Das war allgemeine Praxis in den baltischen Lehensgebieten des schwedischen Adels.¹⁸ Dies bedeutete, dass eine Garnison gegründet und die verfallene Festung Wolmar instand gesetzt werden musste. Damit die Bedingungen erfüllt werden konnten, musste in dem Gebiet eine Kolonie gegründet werden, denn das verlassene Baltikum war praktisch ohne Einwohner. Die gräfliche Gutswirtschaft kam vor allem in der Anfangsphase nicht über die Runden ohne die eigene Produktion der Bauern (eingeborene Livländer, finnische Kolonisten und andere in das Gebiet gezogene Bauern) und die daraus resultierenden Steuereinnahmen, doch war sie darüber hinaus von Anfang an auf die Fronarbeit, die die Bauern für das Gut verrichteten, angewiesen.¹⁹

¹⁶ Kaj Janzon, Aristokraten och hans bönder. Karl Karlsson Gyllenhielms kolonisationsprojekt i 1620-talets Ingermanland, in: Bebyggelsehistorisk tidskrift 23 (1992), S. 87-105, darin: Summary: The aristocrat and his tenant farmers. Karl Karlsson Gyllenhielm's colonization project in Ingermanland in the 1620's. S. 105.

¹⁷ Edgars Dunsdorfs, *The Livonian Estates of Axel Oxenstierna*, Melbourne 1981, S. 109.

¹⁸ Der schwedische Großadel besaß in Livland über 45 Prozent des Ackerlandes, der Rest gehörte dem eingeborenen baltischen Adel, schwedischem Kleinadel sowie einigen öffentlichen Gemeinschaften. Ende des 17. Jh. gab es im Baltikum über 1500 Güter und 200 Pfarreien. Nütemaa, Hovi, Baltian (Anm. 6), S. 232-233. Heyde, Bauer (Anm. 5), S. 98-106. Kahk, Bauer und Baron (Anm. 6), S. 17-18.

¹⁹ Kerstin Sundberg, *Stat, stormakt och säterier. Agrarekonomisk utveckling och social integration i Östersjöområdet 1500-1800*, Falun 2001, S. 136-138. Dunsdorfs, *The Livonian* (Anm. 17), S. 74.

Im Prinzip wäre es auch möglich gewesen, die Festungsanlagen mit ausländischen Söldnern zu bemannen, aber diese hielt man für nicht vertrauenswürdig. Wenn der Sold sich verspätete, was in der armen schwedischen Armee öfters vorkam, war es möglich, dass die Söldner den Feinden die Festungstore öffneten. Schweden hatte damit Erfahrungen in den Kriegen mit Polen gemacht. Eine Söldnerarmee wurde auch auf Grundlage von Machiavellis Lehren abgelehnt. Machiavelli warnte vor der Unzuverlässigkeit der Söldner und empfahl, Mischtruppen aus eigenen Landsleuten und internationalen Söldnertruppen einzusetzen, wie man es auch bei der Schaffung der schwedischen Truppen tat. Machiavellis Lehren wurden also auch in der Praxis befolgt.²⁰

Einwohner mussten also von außerhalb und dabei bevorzugt aus dem eigenen Land angesiedelt werden. Das Natürlichste war, die neuen Einwohner möglichst aus der näheren Umgebung zu nehmen. In diesem Fall wurden die Männer aus der Militärkolonie Schlüsselburg in Ingermanland genommen. Die erste Umsiedlergruppe traf 1624 in dem Gebiet ein. Es war eine Gruppe von etwa 140 ursprünglich ostfinnischen Männern, versetzt aus der Militärkolonie Schlüsselburg in Ingermanland. Den Quellen nach waren die Männer nach ihrem Wunsch, nach Livland zu ziehen, gefragt worden (sic!). Als Ansporn diente das Versprechen, dass das verlassene Land den Ankömmlingen zur Bearbeitung überlassen werden würde.²¹

Zusammen mit den Umsiedlern kamen etwa hundert Frauen und Kinder, so dass die Gruppe insgesamt ca. 300-400 Personen umfasste. In späteren Jahren kamen noch weitere Menschen als Ergänzung in das Gebiet. Die Gesamtmenge der in der Kolonie eingetroffenen Finnen ist schwer zu schätzen. Alles in allem mögen es weit unter 1.000 gewesen sein. Ein Teil der Ankömmlinge besaß Kühe und Pferde, andere dagegen waren mittellos. Letztere erhielten zum Beginn Korn und Vieh als Leihgaben und wurden für einige Jahre von den Steuern befreit.²² Die wenigen verblieben ansässigen Bauern wurden verpflichtet, den Kolonisten am Anfang zu helfen, indem sie für diese Frondienste verrichteten. So wurde bereits in der Anfangsphase ein Teil der Ankömmlinge durch Schulden

²⁰ Machiavelli, *The Prince* (Anm. 11), S. 51-59.

²¹ Oxenstierna samlingen. Brev till rikskanslern Axel Oxenstierna. Ser. B. Anders Munck 6.2.1623. RA, Stockholm.

²² Dunsdorfs, *The Livonian* (Anm. 17), S. 41.

an die Grafschaft gebunden. Dies hatte später schicksalhafte Folgen.

Auch in anderen Punkten wurden die Abmachungen mit den Kolonisten nicht eingehalten. Anders als versprochen, wurde den Ankömmlingen zunächst befohlen, die Felder des gräflichen Gutes und der Festung zu bestellen.²³ Die eigene Feldarbeit der Kolonisten blieb ungetan. Dies verursachte Aufsässigkeit. Die Anfangsjahre vergingen auch mit anderen allgemeinen Arbeiten, wie der Instandsetzung von Festung und Wallgraben, dem Anlegen von Gräben und Brunnen usw. Rückschläge gab es genug. In den 1630er Jahren brannte Wolmar, Viehseuchen schwächten den Haustierbestand und auch die Pest verschonte die Einwohner der Stadt nicht.

Kolonisten und Soldaten

Die Einwohner von Wolmar waren ein soziales Gemisch aus finnischen Kolonisten, Berufssoldaten (auch sie waren Finnen) sowie baltisch-deutschen Bürgern. Letztgenannte bildeten die privilegierte Oberschicht der Stadt. Finnische Kolonisten werden in den Quellen auch Bürger genannt. Sie standen sozial unter den Deutschen, aber über den Soldaten und der restlichen Bevölkerung der Stadt (z. B. fahrende Händler, Tagelöhner, Fischer o. ä.). Der Unterschied zeigt sich u. a. darin, dass die finnischen Kolonisten, anders als die Deutschen, außerhalb der Stadtmauern wohnen mussten. In einer im Jahre 1649 erlassenen Verordnung wurde den finnischen Kolonisten verboten, in der „Reinlichkeit“ der Stadt selbst zu wohnen.²⁴ Nur in Ausnahmefällen, als eine Art Belohnung, konnte es finnischen Siedlern gestattet werden, ins Stadttinnere umzuziehen. So lebten die Kolonisten in der Regel außerhalb der Stadt in den Hütten auf ihrem Land. Die Soldaten lebten in der Nähe des Wallgrabens in primitiven Kasernen, die aus Stein und versprengten Stücken der Festungsmauer gebaut waren.²⁵

Zu den militärischen Pflichten der finnischen Neuanwohner gehörte der Einsatz in der halbmilitärischen Miliz, einer Hilfstruppe für die Stadtgar-

²³ Ebd., S. 110.

²⁴ Ebd., S. 48.

²⁵ „An der Rigischen Wall ...eine lange Baracke oder Soldaten hus teils von maurstein theils von grawstein gebauret werden.“ Tidö arkiv (im Folgenden TA) 75, S. 58, Riksarkivet (im Folgendem RA), Stockholm. Dunsdorfs, *The Livonian* (Anm. 17), S. 113.

nison, die im Wesentlichen aus Soldaten bestand. Übungen fanden alle zwei Wochen statt.

Die Soldaten und die Kolonisten unterschieden sich nicht nur durch ihre Aufgabenbereiche. Wenn ein Kolonist zum Beispiel hauptamtlich – anstatt seiner nebenamtlichen Verpflichtung in der Miliz – Soldat werden wollte, musste er sein Land aufgeben.²⁶ Aber ein kleiner Streifen Ackerland blieb auch den Soldaten noch. Wenn ein Kolonist Soldat wurde, wurde er gleichzeitig nebenberuflich Bauer. Ein Kolonist wiederum war hauptberuflich Bauer und im Nebenberuf Soldat. Ein Statuswechsel vom Kolonisten zum Soldaten mag etwa erfolgt sein, wenn ein Kolonist sehr stark verschuldet war. Ein zum Kolonisten (Bürger) aufgestiegener Soldat musste für die Garnison einen Ersatzsoldaten beschaffen.

Die eigenen landwirtschaftlichen Aktivitäten der Kolonisten behinderten die militärischen Aufgaben oder die Fronarbeit auf den gräflichen Gütern bzw. die Reparaturarbeiten an den Befestigungen. Wenn der eigene Anbau nicht genug für die Ernährung der Familie abwarf, mussten die Soldaten Lebensmittel- und Kleidungszuschüsse aus den Garnisonslagern erhalten. Diese „Sozialhilfe“ führte gleichzeitig dazu, dass die Kolonisten nicht mit dem nötigen Nachdruck nach eigenem Besitz strebten, weil sie wussten, dass sie in schwierigen Zeiten eine Leih-Hilfe aus dem Zentrallager bekommen würden. Diese Anleihen aus dem Zentrallager wurden jedoch gewährt, da sie sich als ein effektiver Weg erwiesen, die Kolonisten enger an die Grafschaft zu binden. Das Aufnehmen einer solchen Anleihe führte zur Verschuldung der neuen Einwohner und auf diese Weise zu einer immer stärkeren Abhängigkeit.²⁷

Die Verschuldung, auch begünstigt durch Missernten, hatte zur Folge, dass die Kolonisten und Soldaten ihre minderjährigen Söhne als Soldatenjungen in die Obhut der Grafschaft geben mussten. Die Jungen wurden in Rollen eingeschrieben, in welchen sie je nach Alter in drei Klassen unterteilt wurden. Sie erhielten je nach Klassenzugehörigkeit (die dritte

²⁶ Aleksander Loit, Die Baltischen Länder im schwedischen Ostseereich, in: Die schwedischen Ostseeprovinzen Estland und Livland im 16.-18. Jahrhundert, hrsg. v. Aleksander Loit, Helmut Piirimäe, *Studia Baltica Stocholmiensia* 11, Uppsala 1993, S. 197.

²⁷ Die Verschuldung der Bauern war ein allgemeines Problem im Baltikum. Es rührte daher, dass sie sich im Frühjahr, wenn die Preise hoch waren, Korn borgen mussten und die Ernte im Herbst, zur schlechtesten Zeit, verkaufen mussten. Niitemaa, Hovi, *Baltian* (Anm. 6), S. 247.

Klasse bekam am meisten) einen monatlichen Kornzuschuss – eine Art Kindergeld. Für viele verarmte Kolonisten hatte dieser Kornzuschuss eine große Bedeutung, und manche hatten bis zu fünf Söhne in den gräflichen Rollen. Gab es keinen eigenen Sohn, nahmen manche Finnen einen fremden Jungen aus der ansässigen Bevölkerung an.²⁸ Mit den minderjährigen Jungen wurde also spekuliert und gehandelt. Die Soldatenjungen und in Ausnahmefällen auch Mädchen erhielten Unterricht in der Garnisonsschule. Unterrichtsgegenstände waren die Grundzüge der Religion und das Lesen. Diese religiöse Schwerpunktsetzung war charakteristisch in jener Zeit, in der die lutherische Konfession eine Monopolstellung einnahm. Die Glaubenspolitik zielte darauf, die Stellung des Protestantismus in den Provinzen zu festigen. Den Garnisonsschulen kam hierbei eine wichtige Aufgabe zu. Als Lehrer fungierte der Pfarrer. Der Unterricht hatte die praktische Bedeutung, dass niemand heiraten durfte, der nicht die Grundzüge der lutherschen Lehre beherrschte. Die Heirat war wiederum die Voraussetzung für den Aufstieg eines Kolonisten.

Man hatte daneben noch eine andere Verwendung für die Kinder. Ein Teil der Kinder der Neuanwohner arbeitete in den Spinnerei- und Webereimanufakturen auf der Festung Wolmar.²⁹ Die Verwendung von Kinderarbeitskraft hatte auch eine wichtige Bedeutung für die allgemeine Arbeitskraftpolitik. Mithilfe der Kinder konnten die Erwachsenen von den Spinnereiarbeiten befreit werden und standen für andere, schwerere Arbeiten zur Verfügung. Neben den Kindern arbeiteten in den Webereien allerdings auch professionelle Arbeitskräfte.³⁰

Die Manufakturen als Kern der Kolonialwirtschaft

Die Weberei spielte auch sonst eine zentrale Rolle in Wolmar. Die Kolonisten und ihre Kinder konnten als Arbeitskräfte verwendet werden. Die Produktion von Hanf und Leinen, die auf den Segelschiffen benötigt wurden, war von großer Bedeutung für das Wirtschaftsleben im Baltikum und insbesondere in Livland. Es waren die wichtigsten von Riga aus exportierten Produkte: Der Anteil von Hanf und Leinen am Export von Riga aus betrug etwa 70-80 Prozent, während der Kornanteil bei unter 10

²⁸ TA 345, Rulla 1642.

²⁹ TA 342, Projekt till ett spinneri- och värvärimanufaktur i Staden Wolmar.

³⁰ TA 75, S. 90. Dunsdorfs, *The Livonian* (Anm. 17), S. 194.

Prozent lag.³¹

Schon in den ersten Briefen, die in den Anfangsjahren aus der Kolonie Wolmar an Oxenstierna nach Schweden gesendet wurden, wurde von der Herstellung von Leinenstoff und dessen Verkauf an die Holländer berichtet.³² Diesem Wirtschaftszweig kam also von Anfang an eine wesentliche Bedeutung im Wirtschaftsleben der Kolonie zu. Das Weben von Stoffen war eine derart groß angelegte Aktivität, dass man von frühkapitalistischer Industrieproduktion sprechen kann.³³

Aber es gibt auch Hinweise auf Aktivitäten anderer Manufakturen. Ein aufschlussreiches Faktum ist die Erwähnung von Seidenspinnerei in Wolmar aus dem Jahre 1648. Ich habe über die Seidenspinnerei zwar nur eine Erwähnung in den Quellen gefunden,³⁴ aber das schließt die Möglichkeit nicht aus, dass die Seide eine zentrale Rolle im Schmuggel in Richtung Stockholm gespielt haben könnte, der zu dieser Zeit sehr umfangreich war. Wie ausgedehnt die Seidenspinnerei war, bleibt aufgrund fehlender Quellen unklar. Auf jeden Fall hatte die Seide in der merkantilen Wirtschaftspolitik Schwedens im 17. (und auch noch im 18.) Jahrhundert eine Sonderstellung inne. Die Herstellung dieser teuren Luxusimportware versuchte man mit allen Mitteln in die eigene Hand zu bekommen. Das Problem war, dass man für die Seidenmanufakturen der Hauptstadt, deren Aktivitäten im Jahre 1649 begonnen hatten, keine Arbeitskräfte bekam.³⁵ Dasselbe galt auch für andere Manufakturen – die Beschaffung von festem Personal verursachte Probleme. In Wolmar war die Situation anders, denn die in die Grafschaft zwangsumgesiedelten Finnen bildeten eine bleibende und sich selbst ergänzende Arbeitskraftreserve.

Das Baltikum und die Seide sind auch noch auf andere Weise miteinander verbunden. Eines der handelspolitischen Ziele Schwedens im 17. Jahrhundert war, die östliche Seidenstraße vom russischen Archangelsk in die schwedische Hafenstadt Narva umzuleiten. Axel Oxenstierna plante schon in den 1620er Jahren eine auf den Russlandhandel spezialisierte

³¹ Niitemaa, Hovi, Baltian (Anm. 6), S. 255.

³² Oxenstierna samlingen. Brev till rikskanslern Axel Oxenstierna. Ser. B. Anders Munck 22.10.1630, RA..

³³ Soom, Herrenhof (Anm. 6), S. 149.

³⁴ TA 345. Klagomål over liejtnant Hans Rude 1648, Nr. 4 („att iag icke skall Silke Spinna medh dem här i Wolmar“).

³⁵ Vilho Annala, Suomen varhaiskapitalistinen teollisuus Ruotsin vallan aikana. Taloustieteellisiä tutkimuksia XXXVI, Helsinki, S. 62 u. 88 u. 90.

Handelsgesellschaft, deren Ziel es gewesen wäre, den Handel mit Rohseide aus Persien in die eigenen Hände zu bekommen.³⁶ Erwähnt sei auch, dass in den 1640er Jahren eine vielbeachtete Russlandbeschreibung von Adam Olearius erschien. Das Werk weckte das schwedische Interesse, insbesondere wegen seiner Beschreibung der Seidenstraße. Auch Oxenstierna besaß dieses Buch in seiner Bibliothek.³⁷

Das wirtschaftliche Ziel Schwedens im Baltikum, die Umleitung des russischen Handels von Archangelsk zum finnischen Meerbusen, war allerdings schwer zu erreichen und es gelang auch nur zeitweise. Als man den Handelsverkehr nach Archangelsk unterbrechen konnte, ging er trotzdem nicht in gewünschter Weise durch die in schwedischem Besitz befindlichen Häfen der Ostseeprovinzen, sondern südlich am Baltikum vorbei in Richtung Breslau und Leipzig.³⁸ Ein Teil der persischen Rohseide kam auch ins Baltikum, vor allem nach Narva, aber auch nach Riga, und musste so auch durch Wolmar, da die Landstraße nach Riga durch Wolmar führte.³⁹ Als Indiz sei erwähnt, dass der Generalgouverneur von Livland, Bengt Oxenstierna (A.O.s Cousin) ein Orientalist und Weltreisender war. Der Osten und besonders die östlichen Handelsrouten interessierten die hohen schwedischen Verwaltungsbeamten, die im Baltikum tätig waren.

In Richtung Leibeigenschaft

Mitte des 17. Jahrhunderts war die Macht des Adels in Schweden auf ihrem Höhepunkt angelangt. Die andauernden Kriege hatten die Staatskassen geleert, und die Bezahlung der Offiziere und Beamten wurde in der Praxis so gehandhabt, dass die Krone ihnen Ländereien als Lehen übergab. Die Belehnten konnten die in den Gebieten erhobenen Steuern für sich selbst behalten. Dies bedeutete eine Verschlechterung der Position der Bauern.⁴⁰ Die Entwicklung des Mutterlandes spiegelte sich auch

³⁶ Gunnar Wetterberg, *Kanslern Axel Oxenstierna i sin tid. Del 1*, Gjøvik 2002, S. 367.

³⁷ Per Nyström, *Mercatura Ruthenica*, in: *Die schwedischen Ostseeprovinzen Estland und Livland im 16.-18. Jahrhundert*, hrsg. v. Aleksander Loit, Helmut Piirimäe, *Studia Baltica Stocholmiensia* 11, Uppsala 1993, S. 136.

³⁸ Niitemaa, *Hovi, Baltian* 1991 (Anm. 6), S. 254.

³⁹ Stefan Troebst, *Narva und der Außenhandel Persiens im 17. Jahrhundert. Zum Merkantilen Hintergrund schwedischer Großmachtpolitik*, in Loit, Aleksander, Piirimäe, Helmut (Hrsg.): *Die schwedischen Ostseeprovinzen Estland und Livland im 16.-18. Jahrhundert. Studia Baltica Stocholmiensia* 11, 1993 Uppsala, S. 161-178.

in Livland wider, wo die Position der Bauern schon seit jeher untergeordnet war. Die Lage der Bauern verschlechterte sich auch in so kleinen Enklaven wie Wolmar, wo schwedisches Gesetz galt. Wie Edgars Dunsdorfs festgestellt hat, begannen sich in der Position der Kolonisten von Wolmar Züge der Leibeigenschaft abzuzeichnen.⁴¹ Die erste Generation der Kolonisten war noch relativ frei, aber ihre Kinder waren es nicht mehr. Viele von ihnen hatten ihre Kindheit als Soldatenjungen in der Grafschaft verlebt. Nun wollte die Hand, die einst gegeben hatte, Rückzahlung. Bezeichnend ist, dass in den Quellen für die finnischen Kolonisten nun Bezeichnungen auftauchen, die auf die gräfliche Erbüntertätigkeit und auf eine unfreie Position hinweisen. Dazu gehörten „Erb Colonier“ oder „Erbfinne des gräflichen Hauses“ oder „Erbsoldat“. Die Begriffe deuten darauf hin, dass die Kolonisten praktisch erbliches gräfliches Eigentum waren.

Die Statusveränderung der relativ freien finnischen Kolonisten und der anderen baltischen Bauern in die reine Leibeigenschaft ist auf die Stärkung der Position der Gutsherren und des Adels im gesamten Reich, besonders aber in Livland, zurückzuführen. Aufgrund der Schwäche der Staatsgewalt gingen viele öffentlich-rechtliche Aufgaben in den Provinzen an die Güter über. Bemerkenswert war, dass die Güter anfangen, unter öffentlich-rechtlichen Begründungen von den Bauern auch Steuern für ihr eigenes Wohl einzutreiben. Auch die wirtschaftliche Bedeutung der Güter erhöhte sich, da sich ihr Besitz auf Kosten des Bauernlandes vergrößerte. Ein allgemeines Phänomen war, dass verlassenes Bauernland den Gütern angegliedert wurde.⁴²

Die Verwaltung einer Provinz wie Livland war ohne die Zugeständnisse an den ansässigen Adel nicht möglich. Eine Folge davon war, dass das feudale System in Livland auch die schwedische Periode überdauerte, obwohl die schwedische Krone noch in den 20er und 30er Jahren des 17. Jahrhunderts versuchte, Livland mit dem Mutterland verwaltungstechnisch und kulturell zu vereinheitlichen. Feudalismus, das bedeutete in der Praxis u. a. Hauszuchtrecht des Gutsherren gegenüber den Bauern. Die an die strenge Militärdisziplin gewöhnten Gutsherren missbrauchten es

⁴⁰ Peter Englund, *Suuren sodan vuodet*, Juva 1996, S. 527-543.

⁴¹ Dunsdorfs, *The Livonian* (Anm. 17), S. 195-196.

⁴² Niitemaa, *Hovi, Baltian* (Anm. 6), S. 243.

oft. Das Umzugsrecht der Bauern wurde beschränkt, als sich die auf einer Auslegung römischen Rechts basierende Ansicht verbreitete, wonach der Gutsherr die Bauern praktisch besaß. Auch die den Bauern abverlangten Frondienste nahmen zu. Die Bauern verschuldeten sich und gerieten somit tiefer in die Abhängigkeit vom Gutsherrn. Das Ergebnis war Leibeigenschaft.⁴³

Obwohl es im schwedischen Reich (in Schweden und in Finnland) keine Leibeigenschaft gab, war sie doch Alltag im von Schweden beherrschten Livland. Livland bewahrte als „Landgwin“ seine Unabhängigkeit die ganze Großmachtperiode hindurch. Trotz aller Versuche verloren die finnischen Kolonisten ihre Position als freie Bauern und wurden zu einem Teil der in Livland herrschenden Realität: Während einer Generation wurden sie zu unfreien Bauern. Die Rückkehr nach Finnland war unmöglich geworden, weil die Bewegungsfreiheit eingeschränkt war. Die damals vielleicht mit den höchsten Erwartungen angetretene lange Reise von Finnland (via Schlüsselburg) nach Livland fand so ein dürftiges Ende und so ging es schließlich auch dem gesamten Kolonieprojekt. Das gesamte Bistum Wolmar-Wenden wurde im Großen Nordischen Krieg Anfang des 18. Jahrhunderts zerstört. Die Großmachtstellung Schwedens brach zusammen und Russland stieg zur neuen Großmacht der Ostsee auf.

Militärisch gesehen waren die Militärkolonien nicht effektiver als andere Garnisonen. Das Hauptproblem war, dass die militärische Leistungsfähigkeit als zweitrangig angesehen wurde. Priorität hatten die dort durchgeführten wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Kolonien stützten sich auf die wirkungslosen Milizen aus Kolonisten, dazu gab es im Allgemeinen 1-2 Kompanien eigentliche Besatzung, aber auch das waren schlecht ausgebildete finnische Mannschaften. Ein allgemeines Problem aller schwedischen Garnisonen war, dass ihre Soldaten entweder Jungen oder Greise waren, während die besten Arbeitskräfte anderswo mit zivilen Arbeiten beschäftigt waren.⁴⁴ In seiner Gesamtheit war das Netz aus Kolonien zu dünn, so dass sie im Kriegsfall belagert wurden und auf sich selbst gestellt waren.⁴⁵ In den abgelegenen Garnisonen dürften auch Missstände (Missbrauch von Offizieren, Unterhalt) verbreitet gewesen sein. Vorteile

⁴³ Kahk, Bauer und Baron (Anm. 6), S. 23-29. Heyde, Bauer (Anm. 5), S. 109-111. Soom, Der Herrenhof (Anm. 6), S. 215-224. Niitemaa, Hovi, Baltian (Anm. 6), S. 242-250.

⁴⁴ KrKBB 1649, S. 545.

⁴⁵ Müllern, Koloniförband (Anm. 12), S. 116.

dürfte die abgelegene Lage dennoch gehabt haben: Epidemien konnten die Garnison schwerer erreichen.

Für Axel Oxenstierna und seine Nachkommen war die Kolonie Wolmar eine bedeutende Einkommensquelle während ihrer gesamten hundertjährigen Existenz. Die aus den Gebieten der Grafschaft eingezogenen Steuereinnahmen vervielfachten sich in einigen Jahrzehnten.⁴⁶ Es war kein Zufall, dass der Adel in Schweden zur selben Zeit seine größte Zeit erlebte; und auch nicht, dass man zur gleichen Zeit den größten Teil der schönsten schwedischen Steingutshöfe baute.

Triebkräfte der schwedischen Ostseeexpansion

Nach dem vorliegenden Material spielt die Furcht vor den feindlichen Ländern und besonders vor einem Angriff Russlands kaum eine Rolle. Zum Beispiel war die schwedische Ostgrenze – also praktisch die Ostgrenze des heutigen Finnlands – während des gesamten 17. Jahrhunderts vollkommen ohne Militär. Nach der damaligen schwedischen Verteidigungsdoktrin bildeten der Ladoga, Europas größter See, sowie die landschaftlichen Gegebenheiten des östlichen Finnlands ein natürliches Hindernis gegen einen drohenden russischen Angriff.⁴⁷ Im Baltikum (was gleichzeitig die östliche wie die südöstliche Grenze des Reiches bildete) gab es solche Hindernisse nicht, und so war mehr Militär in diesem Gebiet als im östlichen Finnland. Aber auch diese Richtung der Sicherheitspolitik, falls man überhaupt von einer solchen sprechen kann, wurde nicht besonders gepflegt. Die Befestigungen waren häufig unterbesetzt und nachlässig instand gesetzt. Das Desertieren der Soldaten war von großem Ausmaß, und es wurde auch nicht ernsthaft versucht, dies zu verhindern. Die Befestigungsanlagen wurden erst in den 1680er Jahren planmäßig saniert. Narva wurde militärisch ein wenig verstärkt, aber die anderen Festungsstädte nur sehr wenig.⁴⁸ Ein Angriff aus dem Osten wurde nicht befürchtet. Man hielt Russland für einen „Barbaren“-Staat zweiter Klasse, von dem aufgrund seines chaotischen inneren Zustandes nicht angenommen wurde, dass er eine Bedrohung für Schweden darstellte.

⁴⁶ Dunsdorfs, *The Livonian* (Anm. 17), S. 86-89. S. auch Heyde, Bauer (Anm. 5), S. 164-170.

⁴⁷ Jussi T. Lappalainen, *Sadan vuoden sotatie. Suomen sotilaat 1617-1721*, Helsinki 2001, S. 16-21.

Mitte des Jahrhunderts und nach dem ersten Nordischen Krieg (1655-1660) änderte sich die Situation etwas.⁴⁹ Die Ansicht von Roberts über die Sicherheitspolitik als Triebkraft der schwedischen Expansion kann, jedenfalls in Bezug auf das Baltikum, nicht gestützt werden. Schweden hatte im Osten keine klare Verteidigungsstrategie. In einer Notlage wurde ad hoc gehandelt. Die Tatsache, dass es bei der Expansion ins Baltikum im Grunde um die Vorteile des Adels ging, wird auch dadurch bestätigt, dass die wenigen Militärkräfte sich dort konzentrierten, wo der Adel Landbesitztümer hatte (z. B. Wolmar).

Der strategische Schwerpunkt des Reiches lag in Richtung Deutschland, Dänemark und Polen. Wenn der Feind aus irgendeiner Richtung angriff, dann musste es von dort sein. Roberts zeigt auch, dass die Expansion Schwedens in die Nachbarländer ein rein staatlich gelenktes Projekt war, bei dem der Unternehmergeist von Privatpersonen keine Rolle spielte. Aber die an Privatpersonen übergebenen Lehen und die sich dort entfaltende lebhafte Manufakturtätigkeit sowie die nach Großproduktion strebende Landwirtschaft sind Beweise für bedeutende ökonomische Projekte, die gerade von Privatpersonen durchgeführt wurden. Belege für diesen Unternehmergeist sind Oxenstiernas Wolmar und die Kolonie des Reichadmirals Karl Karlsson Gyllenhielm in Ingermanland.⁵⁰ Das wichtigste Motiv für die Eroberung des Baltikums war meiner Meinung nach der wirtschaftliche Nutzen, den der schwedische Adel aus dem Gebiet zog, und hierbei kam der Übernahme der östlichen Handelsrouten eine wesentliche Bedeutung zu.

⁴⁸ Lars Ericson, Dahlberg och Dorpat. De baltiska fästningarna I svensk militär strategi I slutet av 1600-talet. Meddelande 54. Armémuseum 1994, S. 65-78, darin: Summary: The Baltic Fortresses in Swedish Military Strategy towards the End of the 17th Century, S. 76. Lars Ericson, Fortifikationens ritare, in: Att illustrera stormakten. Den svenska Fortifikationens bilder 1654-1719, Riga 2001, S. 25-26. Niitemaa, Hovi, Baltian (Anm. 6), S. 252-253.

⁴⁹ Jussi T. Lappalainen, Kaarle X Kustaan Venäjän-sota v. 1656-1658 Suomen suunalla. Studia Historica Jyväskyläensia X, Jyväskylä 1972, S. 288-297, darin: Résumé: La Guerre de Russie de Charles X Gustave sur le front de Finland en 1656-1658, S. 340-351. Kari Tarkiainen, Se vanha vainooja: Käsitukset naapurista Iivana Julmasta Pietari Suureen. Historiallisia Tutkimuksia 132. Helsinki 1986, S. 314-315, darin: Zusammenfassung: „Der alt böse Feind“. Ausfassungen über den östlichen Nachbarn von Ivan dem Schrecklichen bis zu Peter dem Grossen, S. 331-341.

⁵⁰ Roberts, The Swedish (Anm. 12), S. 2. Gyllenhielms Kolonisationsprojekt s. Janzon, Aristokraten (Anm. 6), S. 87-105.

Frank Göse

Otto Christoph Freiherr von Sparr (1605-1668) – erster brandenburgisch-preußischer Generalfeldmarschall. Vorüberlegungen zu einer biographischen Studie¹

Fragt man heute, selbst unter jener bekanntlich nicht geringen Schar der an der Geschichte des Alten Preußen Interessierten, nach dem Namen des ersten brandenburgischen Generalfeldmarschalls, stößt man zumeist auf Unkenntnis. Otto Christoph Freiherr v. Sparr scheint aus dem historischen Bewusstsein weitgehend verdrängt zu sein. Dies verwundert um so mehr, als das Geschichtsbild über den Aufstiegsprozess des brandenburg-preußischen Staates ja in entscheidendem Maße durch die militärische Komponente geprägt wurde. Doch während die Namen eines Georg Freiherr v. Derfflinger – Nachfolger Sparrs im Amt des Generalfeldmarschalls – oder eines Fürsten Leopold v. Anhalt-Dessau noch eine gewisse Popularität beanspruchen dürfen, ganz zu schweigen von den berühmten Generälen an der Seite Friedrichs des Großen, hält sich der Bekanntheitsgrad Otto Christophs v. Sparr sehr in Grenzen.

Der besondere Reiz einer erneuten wissenschaftlichen Zuwendung dürfte – neben der Tatsache, dass Sparr der erste Generalfeldmarschall der brandenburg-preußischen Armee wurde – auch darin begründet liegen, seine Karriere gewissermaßen als Modellfall eines Offiziers der Übergangszeit vom Söldnerheer zum miles perpetuus der „absolutistischen“ Epoche darzustellen. Die Quellen- und Forschungslage für einen biographischen Zugriff erscheint indes auf den ersten Blick nicht allzu günstig. Dies mag erstaunen, denn die historiographischen Anfänge einer wissenschaftlichen Zuwendung zur Biographie O. Chr. v. Sparrs waren recht verheißungsvoll. Bereits 1869 hatte Theodor v. Mörner unter dem Titel „Märkische Kriegsobristen des 17. Jahrhunderts“ eine aus den Quellen gearbeitete Abhandlung vorgelegt, die offenbar zu einer Kollektivbiographie der hohen brandenburg-preußischen Militärs der „ersten Stunde“

¹ Der Beitrag entstand im Zusammenhang des am 5. Januar 2005 im Potsdamer Militärgeschichtlichen Kolloquium gehaltenen Vortrages und möchte sowohl Grundlinien der Biographie Otto Christophs v. Sparr vermitteln als auch auf forschungsmethodische Probleme aufmerksam machen. Eine ausführlichere monographische Darstellung, die einen breiteren Leserkreis ansprechen soll, ist anlässlich des 400. Geburtsjubiläums des ersten brandenburgischen Generalfeldmarschalls für dieses Jahr geplant.

ausgeweitet werden sollte.² Aus Gründen, die heute nicht mehr nachvollziehbar sind, blieb dieses ambitionierte Unternehmen unvollendet. In dem Band wurden nur Ernst Georg v. Sparr, ein in kaiserlichen Diensten stehender Vetter Otto Christophs, und Otto Christoph selbst behandelt. Allerdings hatte Theodor v. Mörner seinen biographischen Abriss zu Otto Christoph v. Sparr nur bis zum Jahre 1653 geführt und damit unvollendet gelassen. Somit blieb eine entscheidende Karrierephase in der ansonsten durch akribische Quellenrecherche hervorstechenden Studie ausgespart. Mörners Buch, das bis auf einen 1898 erschienenen Aufsatz³ die einzige wissenschaftliche biographische Arbeit zu Otto Christoph v. Sparr darstellt, stützte sich primär auf die Bestände des Berliner Geheimes Staatsarchivs, partiell auch auf Akten des Düsseldorfer und Magdeburger Provinzialarchivs.⁴ Der größte Teil der in Berlin hinzugezogenen Quellenbestände ist auch heute noch erhalten, so dass die Angaben Mörners überprüft bzw. die von ihm verwendeten Akten unter veränderter Fragestellung erneut studiert werden können.⁵

Die militärgeschichtliche Forschung der Mörners Studie folgenden Jahrzehnte konnte über die Formierungsphase der brandenburg-preußischen Armee, in der Sparr ja zeitweise eine herausgehobene Position eingenommen hatte, ein facettenreiches Bild entwerfen. Zugute kamen dem die damals noch erhaltenen Bestände des Preußischen Heeresarchivs. Solche Namen wie Curt Jany, Friedrich v. Schroetter oder Hans Helfritz⁶ stehen repräsentativ für diese fruchtbare historiographische Phase. Daneben stellten die klassischen Editionsprojekte wie die „Urkunden und Actenstücke“⁷ oder die von Otto Meinardus herausgegebenen „Protokolle und

² Theodor v. Mörner, *Märkische Kriegerobristen des 17. Jahrhunderts*, Berlin 1869.

³ Friedrich Freiherr v. Schroetter, *Otto Christoph v. Sparr, der erste brandenburgische Generalfeldmarschall*, in: *Hohenzollern-Jahrbuch* 2 (1898), S. 163-187.

⁴ Vgl.: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, v. a. Bestand Jülich-Berg II; Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg, v. a. Bestand Rep. A 2, Erzstift Magdeburg.

⁵ Vgl.: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem [i. F. GStAPK], v. a. die Bestände in: I. HA. Rep. 24: Kriegssachen; Rep. 30: Pommern; Rep. 34: Kleve, Mark, Ravensberg und Niederlande.

⁶ Curt Jany, *Geschichte der Preußischen Armee vom 15. Jahrhundert bis 1914*, Bd. 1: *Von den Anfängen bis 1740*, Berlin 1928; Friedrich Freiherr v. Schroetter, *Die brandenburgisch-preußische Heeresverfassung unter dem Großen Kurfürsten*, Leipzig 1892; Hans Helfritz, *Geschichte der Preußischen Heeresverwaltung*, Berlin 1938.

⁷ *Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm* [i. F. UA], 23 Bde., Berlin u. a. 1864-1930.

Relationen des Geheimen Rates“⁸ eine Masse solcher Quellen für die breitere wissenschaftliche Benutzung zur Verfügung, die uns tiefere Einblicke in das Zusammenwirken von Landesherrschaft und Heeresführung, also modern gesprochen von Staat, Gesellschaft und Militär, ermöglichten.⁹

Doch kann die biographische Analyse natürlich nicht bei jenen „Highlights“ stehen bleiben, die Sparrs Aufstieg an die Spitze der brandenburg-preußischen Armee aufzeigen. Die früheren Lebensabschnitte des künftigen Generalfeldmarschalls müssen mit der gleichen Intensität in den Blick genommen werden, da davon auszugehen ist, dass sich Fähigkeiten und Neigungen in früheren Lebensphasen ausprägten. Da Sparr bis zu seinem Eintritt in die brandenburgische Armee in kaiserlichen Diensten gestanden hatte, erschien es naheliegend, auch die Bestände des Wiener Kriegsarchivs einzusehen.¹⁰ Mörner bezog die dort lagernden Akten nicht in seine Forschungen ein, so dass auch für diesen Teil der Biographie neuere, über das Werk von Mörner hinausgehende Erkenntnisse zu erwarten waren.

I.

Sehr rar erscheint die Quellenüberlieferung für die ersten Lebensjahre Otto Christophs v. Sparr. Das ursprünglich angenommene und zum Teil in Publikationen bis heute fortgeschriebene Geburtsdatum 13. November 1599 konnte schon Th. v. Mörner als falsch nachweisen.¹¹ Vielmehr sprechen die Indizien für das Geburtsjahr 1605; Tag und Monat lassen sich allerdings trotz entsprechender Recherchen in Kirchenbüchern nicht verifizieren. Seine Wiege stand in Lichterfelde, zwischen Eberswalde und dem Werbellinsee gelegen; einem im frühen 17. Jahrhundert mit über 60

⁸ Protokolle und Relationen des brandenburgischen Geheimen Rates, v. a. Bde. 4-6, hrsg. v. Otto Meinardus, Leipzig 1896-1917.

⁹ Vgl. sowohl zur historiographischen Bilanz als auch zu den gegenwärtigen Fragestellungen: Wolfgang Neugebauer, Staatsverfassung und Heeresverfassung in Preußen während des 18. Jahrhunderts, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte, Neue Folge 13 (2003), S. 83-102.

¹⁰ Vgl. hier vor allem Österreichisches Staatsarchiv [i. F. ÖStA] – Kriegsarchiv, Hofkriegsrat: Bestellungen; Hofkriegsrat: Registratur-Protocollum; Alte Feldakten des Dreißigjährigen Krieges.

¹¹ Diese falsche Datierung beruhte auf einer Verwechslung. Der Vater Sparrs, Arend, hatte zum zweiten Mal geheiratet, und dieser Ehe entstammte Otto Christoph.

Bauern- und Kossätenfamilien, zwölf Ritterhufen¹² und einem recht ansehnlichen Herrenhaus durchaus respektablem Dorf. Das Geschlecht von Sparr, verzweigt in mehreren Linien, gehörte zu den alteingesessenen, so genannten „schlossgesessenen“ brandenburgischen Adelsfamilien. Schon seit dem beginnenden 14. Jahrhundert sind Nachrichten über die Sparrs als Rittergutsbesitzer im Barnim und in der Uckermark überliefert. Von dem großen Einfluss, den dieses Geschlecht in der Landschaft zwischen Bernau, Eberswalde und Angermünde einst besessen haben muss, sprach nicht zuletzt die bis zum Beginn des vergangenen Jahrhunderts prävalente Bezeichnung als „Sparrenland“.¹³ Obwohl das Geschlecht von Sparr zu den bedeutenderen Familien innerhalb der brandenburgischen Adelsgesellschaft gehörte – der Großvater Otto Christophs, Christof v. Sparr, hatte unter dem Kurfürsten Johann Georg das Amt des Oberhofmarschalls inne, und eine Tante, Anna v. Ribbeck, gehörte als Oberhofmeisterin zum Hofstaat der Kurfürstin Eleonore – blieben die Angehörigen nicht von den ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungen im frühen 17. Jahrhundert verschont. Der Rückgang der Kornpreise und eine zunehmende Geldentwertung führten letztlich zum Zusammenbruch der Kreditwirtschaft. Die Folgen waren Verschuldung und Besitzverlust. Auch einige Rittergüter der v. Sparr mussten veräußert werden, so auch Lichterfelde. Dass Otto Christoph v. Sparr trotz langer Abwesenheit seine Bindung an die heimische Adelsgesellschaft nicht verloren hatte, belegen seine recht erfolgreichen Bemühungen in den 1650er Jahren, nachdem er durch seine langjährigen Kriegsdienste zu beträchtlichem Einkommen gelangt war, einen Teil des veräußerten Familienbesitzes (Trampe, Beerbaum) wieder zu erwerben bzw. um weitere Güter dieser Landschaft (Lanke, Heckelberg) zu erweitern.

II.

Zu den ersten Lebensjahrzehnten Otto Christophs v. Sparr verfügen wir über keine aussagekräftigen Quellen.¹⁴ Schon Theodor v. Mörner beklagte das Fehlen von zuverlässigen Nachrichten aus der Jugendzeit Sparrs.

¹² Angaben nach : Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil VI: Barnim, bearb. v. Lieselott Enders unter Mitarbeit v. Margot Beck, Weimar 1980, S. 325.

¹³ Vgl. Rudolf Schmidt, Beiträge zur Geschichte von Lichterfelde bei Eberswalde, in: Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde zu Eberswalde 1 (1906), S. 19-102; ders., Sechs Höhendörfer im Kreise Oberbarnim, Freienwalde 1926.

Damit bleiben auch die Konturen des Beginns seiner Militärkarriere im Dunkeln. Es ist nicht davon auszugehen, dass Otto Christoph v. Sparr eine auf ein bestimmtes Karriereziel hin ausgerichtete Ausbildung erhalten hatte. Dies entsprach auch nicht dem Denken der Zeit, wie man aus anderen, weniger lückenhaften Offiziersbiographien weiß. Von einem künftigen Kommandeur erwartete man Führungsqualitäten, die weniger Spezialwissen als vielmehr die Fähigkeit unter Beweis stellen, Truppen zusammenzuhalten und ihre Versorgung zu organisieren. Der Umgang mit Waffen und ein gewisses Grundlevel an Reitkünsten gehörten zum Selbstverständnis des Adels. Die darüber hinausführenden, in seinem Metier zu beherrschenden Professionsfähigkeiten erwarb der Offizier vornehmlich in der Praxis. Dem in der Frühen Neuzeit gängigen System der Ausbildung von Beamten und Offizieren entsprach das „in-service-training“ eher als eine fundierte theoretische Grundlagenausbildung an Universitäten oder anderen Bildungseinrichtungen.

Auffällig erscheint allerdings in der Biographie Otto Christophs v. Sparr, dass er frühzeitig eine Neigung zum Artillerie- und Fortifikationswesen bekundet haben muss; ein Interesse, das ihn während seiner gesamten Karriere nicht mehr loslassen sollte.¹⁵ Die Artillerie hatte gerade im zurückliegenden Jahrhundert eine rasante Entwicklung genommen und sich nunmehr einen festen Platz im europäischen Militärwesen erobert. In allen bedeutenderen europäischen Staaten, aber auch in einem Teil der deutschen Fürstentümer, wie etwa in Kurbrandenburg, hatte sich ein stattliches Arsenal an Geschützen gebildet.¹⁶

In der zweiten Hälfte der 1630er Jahre verdichteten sich die Nachrichten über Otto Christoph v. Sparr. Für den 8. Mai 1637 konnte in den Bestän-

¹⁴ Hüten muss man sich vor den in der neueren Literatur anzutreffenden Verwechslungen mit seinem Vetter Ernst Georg v. Sparr, so z. B. bei Fritz Redlich, *The German Military Enterpriser and his Work Force*, 2 Bde., Wiesbaden 1964/65, hier Bd. 1, S. 438.

¹⁵ Darauf deuten auch einige Stellungnahmen zu Fragen der Artillerie und des Festungswesens während seiner Militärkarriere hin, um die er mehrfach gebeten wurde. Vgl. etwa ein entsprechendes Gutachten für den Kurfürsten Friedrich Wilhelm aus dem Jahre 1651 zu Verbesserungen der Festung Hamm (GStAPK I. HA Rep. 34 Nr. 100 b, unpag.) oder seine Beratung beim Umbau der Berliner Befestigungsanlagen, in: Friedrich Holtze, *Geschichte der Befestigung von Berlin*, in: *Schriften des Vereins für die Geschichte der Stadt Berlin*, Heft X (1874), S. 46.

¹⁶ Vgl. hierzu, auch mit Belegen über die Wirksamkeit Sparrs auf diesem Gebiet: Kurd Wolfgang v. Schöning, *Historisch-biographische Nachrichten zur Geschichte der Brandenburg-preußischen Artillerie*, Teil 1, Berlin 1844.

den des Hofkriegsrates seine Ernennungsurkunde zum Obristen ermittelt werden.¹⁷ Damit verbunden war die Übertragung eines 3.000 Mann umfassenden Regiments, das in den nächsten Jahren in der vom kaiserlichen Generalleutnant Gallas kommandierten Armee kämpfte. Mit seinem Beförderungsalter von 32 Jahren entsprach Otto Christoph v. Sparr dem Durchschnitt der während des Dreißigjährigen Krieges zum Obristen avancierten Militärs.¹⁸

Der Kriegsverlauf führte ihn 1637/38 in den Nordosten des Reiches und damit zeitweise auch in seine Heimat. Sparr amtierte mehrere Monate als Kommandant von Landsberg (a. d. Warthe) in der Neumark.¹⁹ Rücksichten auf die Bevölkerung, die man auf Grund seiner Herkunft aus dem benachbarten Barnim erhoffte, prägten nicht sein Verhalten in jener Zeit. In zahlreichen Beschwerden wurde über das Treiben seiner Truppen Klage geführt. Verwunderlich war es allerdings, dass der brandenburgische Kurfürst trotz der lauten Klagen über Sparr diesem im April 1638 die „Direction“ über seine Artillerie anbot. Doch er setzte sich angesichts des Mangels an geeigneten Offizieren über die bestehenden Bedenken hinweg. Inwiefern hier auch die brandenburgische Herkunft Sparrs eine Rolle gespielt haben mochte, kann nur vermutet werden. Aber schon in einem Brief vom Februar 1638 wurde dieses Motiv angeschlagen, als der Kurfürst von Sparr erwartete, „Euch als unseres angebohrenen Landstants eines mehren respects und effectuirung Unseres gnädigen Willens“ zu erweisen. Doch Sparr schlug das Angebot aus. Vor dem Hintergrund der Zeitläufte und angesichts des geringen Prestiges der brandenburgischen Kriegsmacht wird man diese Entscheidung Sparrs nur nachvollziehen können. Sein weiterer Lebensweg ließ ihn unter kaiserlicher Fahne dienen und führte ihn nunmehr in den nächsten Jahren in den westlichen Teil des Reiches. Er war dazu auserkoren, in der neu gebildeten kaiserlichen Armee unter Graf Hatzfeld die Charge eines Feldzeugmeisters einzunehmen.

¹⁷ ÖStA, Kriegsarchiv, Hofkriegsrat: Bestellungen 1637 Mai, Nr. 1283. Der Bestallung für O. Chr. v. Sparr liegt die Bestallungsurkunde für Wilhelm von Breinlehn vom 1. Oktober 1636 zugrunde. Auf dieser ist durch den zuständigen Beamten des Hofkriegsrates am 8. Mai 1637 als Marginalie „in simili für Oberst Otto Christoph Spahr“ vermerkt worden, d. h. der Inhalt dieser Urkunde wurde auf die Bestallung v. Sparrs einfach übertragen.

¹⁸ Vgl.: Redlich (Anm. 14), Bd. 1, S. 179.

¹⁹ Vgl. zum Folgenden: GStAPK I. HA Rep. 24 b Nr. 18 b, Fasz. 4.

Das Vorgehen Sparrs auf dem westfälischen Kriegsschauplatz, wozu sich widersprechende Quellen finden (sowohl für ein hartes Vorgehen gegenüber den Ständen²⁰; andererseits aber auch Belege dafür, dass er sich zugänglich für eine schonendere Behandlung der Einquartierungsgebiete verhalten hatte²¹), unterschied sich kaum von dem anderer Truppenführer. Das Gebaren entsprang einem strukturellen Problem der Heeresfinanzierung. Da die finanzielle Ausstattung der Heere zumeist nur unzureichend war, wurden die Offiziere immer wieder zu Vorschüssen angehalten. So erwartete man von einem Obristen durchaus, dass er – wenn er nicht ohnehin auf eigene Kosten ein Regiment aufstellte – zumindest in Notzeiten dessen Versorgung und die Bezahlung des Soldes übernahm.

Zu größeren militärischen Aktionen kam es während der 1640er Jahre in den westlichen Gebieten des Reiches nicht mehr.²² Vielmehr bestimmten kleinere Scharmützel, vor allem mit Truppen, die unter hessischer oder schwedischer Fahne kämpften, das Bild auf dem westfälischen Kriegsschauplatz. Besondere Erwähnung im Zusammenhang mit Sparrs Präsenz in Westfalen bedarf allerdings die Eroberung des Städtchens Dorsten (a. d. Lippe) am 18. September 1641. Bei dieser militärischen Aktion zeigte sich einmal mehr die besondere Fähigkeit Sparrs auf dem Gebiet des Pionierwesens (Verschanzungen), denn erst nach längerer Belagerung der Stadt und dem Bau eines kunstvollen Systems von Approchen konnte die von den Hessen gehaltene Stadt eingenommen werden.

Auch beim Kampf um die Stadt Grevenbroich konnte Sparr eine Probe seines fortifikatorischen Könnens geben. Diesmal, im August 1642, befand er sich allerdings auf der Seite der Verteidiger gegen die herannahenden französischen (und verbündeten) Truppen; unter seiner fachkundigen Anleitung wurde die Stadt gut befestigt. Verdient machte er sich in dieser Zeit ferner durch erfolgreiche Überfälle aus der befestigten Stadt heraus auf kleinere hessische Verbände.

Ab 1646 agierte Sparrs Regiment unter dem Oberbefehl von Melander,

²⁰ ÖStA Kriegsarchiv, Hofkriegsrat: Registratur-Protocollum 1639 Mai, Nr. 235 (Schreiben vom 19. Mai 1639).

²¹ Ebd., 1639 Juni, Nr. 30 (Schreiben vom 1. Juni 1639).

²² Vgl. aus der neueren Literatur hier nur: Hubert Salm, *Armeefinanzierung im Dreißigjährigen Krieg. Der Niederrheinisch-Westfälische Reichskreis 1635-1650*, Münster 1990.

jenem General, der, als Calvinist in kaiserlichen Diensten stehend, bereits die zeitgenössische Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte.²³ Er war es auch gewesen, der bei der Suche nach Offizieren, die im Geschütz- und Belagerungswesen sehr erfahren waren, auf Sparr verfiel. Dieser galt bei ihm „für einen ausgezeichneten Kenner der Artillerie“. In einem Brief vom 3. Dezember 1645 begründete er die Wahl Sparrs damit, „weil ich die Sachen [im Artilleriewesen - F. G.] in ziemlich verwirrtem Zustande finde und viel da zu thun nötig sein wird“.²⁴ Des großen Vertrauens, das Melander in Sparr setzte, sollte er sich auch bald darauf würdig erweisen. Im Juni 1646 wurde Melander ins kaiserliche Hauptquartier Erzherzog Leopold Wilhelms gerufen, der gemeinsam mit bayerischen Truppen die bevorstehende Vereinigung schwedischer und französischer Truppen in Südhessen verhindern wollte. Während der etwa zweimonatigen Abwesenheit Melanders übernahm Sparr das Kommando in Westfalen. In dieser Funktion bewährte er sich, und so erschien es nicht verwunderlich, dass er, nachdem Melander 1647 an die Spitze der kaiserlichen Armee berufen worden war, nunmehr als „der römisch kaiserlichen Majestät des westphälischen Creyses bestellter GeneralWachtmeister“ eine quasi stalt-halterliche Funktion in diesem Gebiet ausübte. Melander behielt sich allerdings das Oberkommando vor.

In dieser Zeit schien zuweilen Kritik gegenüber dem recht selbständigen Agieren Sparrs in Westfalen auf, u. a. warf man ihm fehlende Rücksprache mit Melander vor. Doch eine solche Handlungsweise findet mitunter ihre Erklärung in dem Bemühen der hohen Militärs, angesichts des sich abzeichnenden Friedensschlusses, gute Ausgangspositionen für den zugrunde zu legenden Status quo zu erzielen. Das Vorgehen Sparrs in Westfalen bestätigte diese Taktik. Ihm gelang es, unter Umgehung der Bestimmungen des Ulmer Waffenstillstandes zwischen Frankreich und Schweden auf der einen und Bayern und Kurköln – als bisherige kaiserliche Bündnispartner – auf der anderen Seite, eine ganze Reihe von Städten dieses Raumes mit kaiserlicher Besatzung zu versehen.

Vornehmlich operierten die von Sparr kommandierten Einheiten in den

²³ Vgl. hierzu die kleine Studie von: Rudolf Schmidt, Otto Christof von Sparr, Unterbefehlshaber Melanders am Niederrhein und in Westfalen 1646-1647 (= Wiss. Beilage zum Programm der Charlottenschule zu Berlin, Ostern 1896).

²⁴ Zit. nach: Rudolf Schmidt, Ein Calvinist als kaiserlicher Feldmarschall im dreißigjährigen Kriege, Berlin 1895, S. 46.

letzten Kriegsmonaten im Territorium des Herzogtums Jülich. Sparr machte dort wiederum mit seinen fortifikatorischen Kenntnissen von sich reden; so hatte ihn der dort kommandierende General Lamboy bei Höxter mit einem Teil der Truppen zurückgelassen, um den Ort zu befestigen und eine Brücke über die Weser zu errichten. Während dieser Aktionen erhielt Sparr die Nachricht über den am 24. Oktober 1648 erfolgten Abschluss des Westfälischen Friedens. Um seine Zukunft musste sich Otto Christoph v. Sparr allerdings keine allzu großen Sorgen machen. Er kam wie viele andere hohe Offiziere auch in den Genuss von recht hohen Entschädigungszahlungen. Ursprünglich hatte Sparr geplant, die ihm noch zustehenden Soldrückstände aus dem Verkauf von Artillerie und Munition decken zu wollen, doch hatte er von seinem Vorgesetzten Bares empfangen. Dennoch wurde Sparr mit dubiosen Vorgängen um das Verschwinden von Artillerie und Munition in Verbindung gebracht. Es handelte sich dabei um ein „Geschäft“, das Sparr offenbar unter Vermittlung eines Kölner Kaufmanns abgewickelt hatte.²⁵

Auch nach dem Friedensschluss blieb er in militärischen Diensten, wenn auch sein Kriegsherr wechselte. Zunächst trat er in die Dienste des Kölner Erzbischofs, der ihm ohnehin durch seine lange Präsenz im nieder-rheinisch-westfälischen Raum bekannt war. Erzbischof Ferdinand, zugleich auch Inhaber mehrerer Bistümer, so auch des Bistums Lüttich, befand sich seit der Mitte der 1640er Jahre in einem scharfen Konflikt mit der Hauptstadt dieses geistlichen Territoriums.²⁶ Nachdem die Versuche gescheitert waren, über den Verhandlungsweg zu einem Ausgleich zu gelangen, wurde im Juli 1649 die „Execution“ gegen die ungehorsame Stadt veranlasst, die schon seit mehreren Monaten ihrem Stadtherrn den Zutritt in ihre Mauern verweigert hatte. Beauftragt wurde mit dieser militärischen Aktion der nunmehr im Range eines kurfürstlich-kölnischen „General-Feld-Wachtmeisters“ stehende Otto Christoph v. Sparr.

²⁵ Salm (Anm. 22), S. 160. In der Tat wird man Sparr ein gewisses Talent in Finanz- und Handelsangelegenheiten nicht absprechen können – Fähigkeiten, auf die sein späterer Dienstherr, der brandenburgische Kurfürst, zurückgreifen konnte. Belege über Sparrs Bemühungen für wohlfeilen Munitionskauf im Jahre 1663 in Amsterdam z. B. in: GStAPK I. HA Rep. 9 A 13b Fasz. 5, Bl. 123.

²⁶ Joachim F. Foerster, Kurfürst Ferdinand von Köln. Die Politik seiner Stifter in den Jahren 1634-1650, Münster 1976, v. a. S. 380-398.

III.

Sein langjähriges Agieren im niederrheinisch-westfälischen Raum hatte ihn schon das eine oder andere Mal mit Repräsentanten des brandenburgischen Kurfürsten in Verbindung treten lassen. Durch das 1609 an Kurbrandenburg gefallene Teilerbe des alten Jülicher Herzogtums (Kleve und Mark) waren die Hohenzollern auch in diesem Teil des Reiches präsent geworden. Man muss sich jedoch vor den interpretatorischen Fallstricken der borussischen Geschichtsschreibung hüten und ein Motiv konstruieren wollen, wonach Sparr schon zu dieser Zeit erahnen konnte, dass der junge brandenburgische Landesherr eine ambitionierte und demzufolge für ehrgeizige Militärs attraktive Außenpolitik verfolgen würde.

Die Bindungen zwischen Sparr und dem Kurfürsten etablierten sich vielmehr erst allmählich. Eine engere Tuchfühlung entwickelte sich im letzten Kriegsjahr 1647, als es darum ging, insbesondere die Grafschaft Mark von Einquartierungen und Kontributionen zu befreien. Denn noch immer lagen viele kaiserliche Kriegsvölker in diesem Territorium. Sparr erwies sich zunehmend gefällig bei den nicht einfachen Bemühungen, den Truppenabzug und die Einlösung der nicht geringen Geldforderungen, die die Militärs von den kleve-märkischen Ständen erwarteten, zu organisieren. So dankte ihm der Kurfürst am 21. April 1647 verbindlich für seine Dienste und empfahl „seinen getreuen Vasallen das fernere Inobachtnehmen von seiner Lande besten“.²⁷ Zugute kamen Sparr dabei seine recht engen Kontakte zu Octavio Piccolomini. Der im Wiener Kriegsarchiv enthaltene Briefwechsel zwischen beiden Militärs verleiht uns recht gute Einblicke in das Prozedere des Abdankungsgeschäfts und zugleich in die über Patronageverbindungen laufenden Bemühungen der vor der „Arbeitslosigkeit“ stehenden Offiziere, einen neuen Dienstherrn zu finden.

Der Ton in der Korrespondenz mit dem brandenburgischen Kurfürsten wurde zunehmend vertrauensvoller. Im Januar 1648 übermittelte Sparr dem Kurfürsten seine Neujahrsglückwünsche und erbot sich seinem gnädigsten „Chur- und Landesfürsten“ als „getreuester Vasall“ zu anderweitigen Diensten. Doch erst im Juni 1649 erfolgte die Bestallung Otto Chri-

²⁷ GStAPK I. HA Rep. 34 Nr. 100 b, unpag.

stophs v. Sparr zum brandenburgischen Kriegsrat, Gouverneur zu Kolberg und Oberkommandanten aller in Hinterpommern, Halberstadt, Minden, Mark und Ravensberg gelegenen Festungen. Zugleich erhielt er die Anwartschaft auf das bislang unter dem Kommando des Christof Albrecht v. Schönauich stehende Fußregiment, inklusive des Gehalts eines Obristen und eines Capitains.²⁸

Doch der tatsächlichen Wahrnehmung seiner neuen Ämter unter brandenburgischer Fahne waren Grenzen gesetzt durch seine nach wie vor noch bestehenden Verpflichtungen in kaiserlichen Diensten. Immer noch stand er ja an der Spitze der in Westfalen liegenden Reichskreisvölker und war mit dem mühseligen Geschäft der Abmusterung befasst. Schon am 11. Oktober 1649 hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm sich persönlich an den Kaiser gewandt, um seine Entlassung zu beschleunigen, aber erst im Oktober 1650 konnte Sparr offiziell seine Chargen in kurbrandenburgischen Diensten übernehmen.²⁹

Bereits in den drei zurückliegenden Jahren hatte sich der neu ernannte Kriegsrat und „Oberkommandierende aller Festungen“ eine geachtete Stellung im Umfeld des Kurfürsten erobern können; die ursprünglich eher informelle, aus dem Gefühl gegenseitigen Nutzens entspringende Beziehung hatte sich für beide Seiten nach dem offiziellen Eintritt Sparrs in kurbrandenburgische Dienste positiv entwickelt. Es war ja nicht nur der für den Kurfürsten so wertvolle Anteil Sparrs bei der Überführung der kleve-märkischen Lande vom Kriegs- in den Friedenszustand; als ebenso bedeutsam sollte sich künftig die Rolle des Quasi-„Statthalters“ in den mitunter hochbrisanten ständischen Konflikten der kommenden Jahre erweisen. Denn Sparr verband in fast einzigartiger Weise eine – infolge seiner jahrelangen Anwesenheit – intime Kenntnis von Land und Leuten mit einer ihm als hohem Offizier eigenen Autorität und Durchsetzungskraft bei gleichzeitiger Loyalität gegenüber seinem Landesherrn; Eigenschaften, auf die der brandenburgische Kurfürst gerade in dem für ihn dramatischen Jahr 1651 unbedingt angewiesen war.

Der damit angesprochene „Düsseldorfer Kuhkrieg“ von 1651³⁰ gehört

²⁸ Es war bis weit ins 18. Jahrhundert hinein üblich, dass einem Regimentskommandeur jeweils eine Kompanie mit all den daraus resultierenden Einkünften zugewiesen wurde.

²⁹ Vgl. GStAPK I. HA, Rep. 34 Nr. 17c, unpag.

nun wahrlich nicht zu den Ruhmesblättern der Aufstiegsgeschichte Brandenburg-Preußens, und in nicht wenigen Darstellungen der borussischen Schule wurde er deshalb auch geflissentlich übergangen bzw. nur marginal behandelt. An dieser Stelle kann natürlich nicht auf die politischen Hintergründe und den detaillierten militärischen Verlauf dieses, um das Jülich-Klevische Erbe ausgetragenen Konfliktes zwischen Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg eingegangen werden; vielmehr soll hier nur knapp auf den Anteil Sparrs an diesen Vorgängen verwiesen werden. Wann genau Friedrich Wilhelm seinen „Statthalter“ in der Grafschaft Mark über seinen Entschluss ins Vertrauen gesetzt hatte, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Eine persönliche Begegnung kam wohl erst nach der im April 1651 erfolgten Ankunft des Kurfürsten in Ravensberg zustande. Dennoch lässt sich die Korrespondenz zwischen Sparr und dem Kurfürsten dahingehend deuten, dass er schon einige Wochen zuvor in die Vorbereitungen einbezogen war. Im Januar 1651 wurde Sparr mit einer diplomatischen Mission betraut, die ihn nach Mainz geführt hatte. Als Ergebnis seines Besuches konnte er über das Angebot des Mainzer Erzbischofs berichten, mit Kurbrandenburg ein Bündnis abzuschließen. Nachdem zuvor schon der Kölner Erzbischof seine Bereitschaft bekundet hatte, in eine „nähere Allianz“ mit Brandenburg zu treten, dürfte diese Nachricht Friedrich Wilhelm erfreut haben.³¹ Diese Aufgabe Sparrs zeigt zugleich, dass seine Kompetenzen sich nicht nur auf das rein militärische „Geschäft“ beschränkt hatten. Auch auf Grund anderer, eher im diplomatischen Bereich liegenden Missionen³² dürfte das von Schrötter gefällte Urteil, wonach Sparr „politische Fähigkeit ... abging“, zu einseitig ausfallen.³³

Sparr übernahm am 9. Juli 1651 das Oberkommando über die in Kleve-Mark operierenden brandenburgischen Truppen. Zusätzlich zu seinen bisherigen Chargen erhielt er nunmehr die Bestallung „eines General-Feldtzeugmeisters und daß Commando bey dero armee im felde“.³⁴ Sein

³⁰ Vgl. hierzu die detaillierteste Darstellung von Paul Eschbach, *Der Krieg des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg gegen Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg 1651* (= Wissenschaftliche Beilage zum Jahresbericht des Realgymnasiums zu Duisburg, Ostern 1895).

³¹ UA, Bd. 5, S. 460 f.

³² So etwa seine am Vorabend des schwedisch-polnischen Krieges unternommene 1655 Reise nach Kurland oder seine politische Mission 1657/58 in Polen.

³³ Schroetter, Sparr (Anm. 3), S. 184.

militärisches Können hatte Sparr bei der Einnahme des befestigten Schlosses Angermund und der Verteidigung des bei Düsseldorf gelegenen Städtchens Ratingen unter Beweis zu stellen. Über die Kampfhandlungen bei Ratingen des an wirklichen Gefechten ja insgesamt recht armen Krieges berichtete sogar das „Theatrum Europaeum“ mit Erwähnung des „Obristen Sparr“.³⁵

Letztlich kam der brandenburgische Kurfürst noch recht glimpflich aus dem für ihn wenig ruhmvollen Konflikt heraus. Otto Christoph v. Sparr blieb indes nach Kriegsende vorerst in der Grafschaft Mark, wo er die Versorgung der dort liegenden brandenburgischen Garnison zu organisieren und zugleich seine Aufmerksamkeit auf die nach wie vor instabile Lage in diesem Teil des Reiches richten sollte.

Für das Jahr 1653 eröffnete sich ein neues Aufgabengebiet für Otto Christoph v. Sparr. Nachdem es gelungen war, die Schweden zum Abzug aus Hinterpommern zu bewegen, erhielt Sparr endlich die ihm ja schon in seiner 1649 ausgehändigten Bestallung zugewiesene Charge als „Gouverneur von Kolberg“ und konnte mit Truppen Stadt und Festung übernehmen.³⁶ Er selbst hielt sich allerdings nach den Tagen der Übergabe nur selten in der Kolberger Festung auf. Vielfältige Aufträge und Missionen im Auftrag seines Landesherrn, die mit der Fülle seiner Chargen und Kompetenzen zusammenhingen, bedeuteten für ihn ein ständiges Unterwegssein, so wie er es in den vielen Jahren seiner Karriere gewohnt war.

IV.

In jene bewegten Jahre fällt zugleich sein Aufstieg an die Spitze der brandenburg-preußischen Armee, an der er bis zu seinem Lebensende verbleiben sollte. Am 8. April 1655, am Vorabend des schwedisch-polnischen Krieges, der zur Bewährungsprobe des neu formierten Heeres werden sollte, wurde er vom Kurfürsten zum „Capo der Armee“ ernannt. Das reale Gewicht Sparrs innerhalb der politisch-militärischen Elite Brandenburg-Preußens zu bestimmen, fällt allerdings nicht ganz

³⁴ GStAPK I. HA Rep. 9 A 1, Fasz. 1.

³⁵ Theatrum Europaeum, oder Außführliche und warhafftige Beschreibung aller und jeder denckwürdiger Geschichten ..., beschr. durch Johann Georg Schleder, Franckfurt am Mayn 1685 (2. Aufl.), Bd. 7, S. 23

³⁶ Vgl. hierzu die recht gute Quellenüberlieferung in der Akte: GStAPK I. HA Rep. 30, Nr. 116.

leicht. Die ambivalenten Rahmenbedingungen des Agierens der hohen Amtsträger und Offiziere während der Regierungszeit des Großen Kurfürsten, vor allem die noch recht unklaren Kompetenzabgrenzungen gilt es ebenso zu berücksichtigen wie die sich permanent ändernden Bindungen innerhalb des komplizierten personalen Geflechts der Residenzgesellschaft.³⁷ Es ist bekannt, welche Bedeutung die „Nähe“ eines Mitglieds der Führungsgruppe zum Kurfürsten hatte und welchen Gefährdungen diese Position stets durch Intrigen und Fraktionsbildungen ausgesetzt war. Auch Sparr blieb trotz seiner formell sehr hohen Charge – 1658 wurde er zum Generalfeldmarschall befördert³⁸ – von solchen Irritationen nicht verschont. Er hatte sich sowohl der Konkurrenz des Generalkriegskommissariats als auch persönlicher Anfeindungen, insbesondere des zeitweise eine hohe Vertrauensstellung beim Kurfürsten genießenden Grafen Georg Friedrich v. Waldeck, zu erwehren.³⁹ Im ersten Falle handelte es sich um eine gewissermaßen strukturelle Konkurrenz, die sich aus dem noch unzureichenden Grad der Professionalisierung und Bürokratisierung der Heeresverwaltung ergeben hatte.⁴⁰ Der zweite Fall stand dagegen exemplarisch für das noch recht fragile Zusammengehörigkeitsgefühl und Loyalitätsdenken des höheren Offizierskorps im entstehenden *miles perpetuus*.⁴¹ Doch auch innerhalb des ureigenen Metiers

³⁷ Vgl. dazu die jüngst erschienene Studie von Peter Bahl, *Der Hof des Großen Kurfürsten. Studien zur höheren Amtsträgerschaft in Brandenburg-Preußen*, Köln u. a. 2001.

³⁸ Das auf den 26. Juni 1657 ausgestellte Patent ist zurückdatiert worden. Unter Berücksichtigung der parallelen Quellenüberlieferung kann mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass er erst am 30. März 1658 befördert worden ist, vor allem, um sich in Verhandlungen mit kaiserlichen und polnischen Militärs „auf einer Augenhöhe“ begegnen zu können. Vgl.: Maximilian Schultze, *Das erste Generalfeldmarschallpatent*, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* 32 (1920), S. 186-189.

³⁹ Vgl. hierzu entsprechende Belege bei Bernhard Erdmannsdörffer, *Graf Georg Friedrich von Waldeck. Ein preußischer Staatsmann im siebzehnten Jahrhundert*, Berlin 1869, v. a. S. 51 u. 342 u. 429 f. Differenzen waren vorprogrammiert, da Waldeck nach der Reform des Geheimen Rates von 1651 für die „Militaria“ verantwortlich zeichnete.

⁴⁰ Vgl. das ausführliche Memorial Sparrs vom 11./21. Mai 1657 über das Verhältnis zwischen Armeekommando und der Kommissariatsverwaltung, abgedruckt in: *Geschichte der brandenburgischen Finanzen in der Zeit von 1640 bis 1697*, hrsg. v. Friedrich Wolters, Bd. 2, München u. a. 1915, S. 391-394.

⁴¹ Vgl. hierzu die instruktive Studie von Peter-Michael Hahn, *Aristokratisierung und Professionalisierung. Der Aufstieg der Obristen zu einer militärischen und höfischen Elite in Brandenburg-Preußen von 1650-1725*, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte*, Neue Folge 1 (1991), S. 161-208.

Sparrs, also dem Heer, steht der Historiker vor der Herausforderung, seinen realen Anteil am Entscheidungsfindungsprozess herauszuarbeiten, um sich sowohl vor einer Überbewertung als auch vor einer Marginalisierung seiner Bedeutung zu bewahren. In besonderer Weise gilt es diesen Anspruch während seiner Rolle im schwedisch-polnischen Krieg, vor allem während der Schlacht von Warschau im Juli 1656 einzulösen.⁴² Bei einer näheren Analyse der Kampfhandlungen wird man sich u. a. bemühen müssen, seinen Spielraum zwischen dem Eingebundensein in vorgegebene strategisch-taktische Optionen und der Möglichkeit zu eigenständigem Handeln auszuloten. Der politische Gewinn der Schlacht hielt sich indes sehr in Grenzen; Warschau ging wieder verloren und die Schweden mussten bis auf wenige Gebiete Polen räumen.

Es ist hier nicht der Ort, das weitgefassete Tätigkeitsfeld Sparrs während des Krieges, das sich für ihn nicht nur auf die Vorbereitung und Umsetzung der zahlreichen Feldzüge beschränkte, zu erörtern.⁴³ Es gilt immer wieder zu bedenken, dass er nach dem Kurfürsten als höchster Offizier viele Entscheidungen selbständig zu fällen und zu verantworten hatte. Dabei war seine Loyalität gegenüber seinem Landesherrn über jeden Zweifel erhaben, wengleich man beim Durchmustern der Quellen den Eindruck gewinnt, dass ihm nach dem Bündniswechsel von 1657 das Zusammengehen Brandenburgs mit Polen und dem Kaiser mehr behagte als die anfängliche proschwedische Orientierung. Während der folgenden Aktionen mit den neuen Partnern schien Sparr auch mit dem Befehlshaber der kaiserlichen Truppen, Graf Raimund Montecuccoli, näher bekannt geworden zu sein. Dieser schätzte die Qualitäten des brandenburgischen Generalfeldmarschalls und schlug Sparr im Juni 1659 als Kommandeur der in Pommern operierenden Truppen vor.⁴⁴ Diese persönliche Wertschätzung, von der es noch weitere Proben gab, sollte sich wenige Jahre später für Sparr auszahlen.

⁴² Ausführlichste Darstellung bei Johann Gustav Droysen, *Die Schlacht von Warschau 1656*, Leipzig 1864.

⁴³ Vgl. hierzu die Studie von Eckardt Opitz, *Österreich und Brandenburg im Schwedisch-Polnischen Krieg 1655-1660. Vorbereitung und Durchführung der Feldzüge nach Dänemark und Pommern*, Boppard am Rhein 1969; daneben die erhaltene Aktenüberlieferung in GStAPK I. HA Rep. 9 Polen Nr. 5 ee 12 A und B (mit mehreren Gutachten Sparrs) und Rep. 24 "Kriegsacten". Die früher im Brandenburg-Preussischen Heeresarchiv Potsdam aufbewahrten persönlichen Kriegsakten Sparrs müssen allerdings als verloren gelten. Vgl.: Schroetter, Sparr (Anm. 3), S. 174.

⁴⁴ Vgl. UA, Bd. 8, S. 393 ff.

V.

Die letzten Lebensjahre hielten für Sparr neben dem bedeutenden, aber eher in täglicher Routine ablaufenden Geschäft der Führung der Armee – nach Kriegsende hatte es wieder Truppenreduzierungen und Umstrukturierungen geben müssen – vor allem zwei Bewährungsproben bereit: die Beteiligung am Türkenkrieg von 1663/64 und die militärische Absicherung der von der Stadt Magdeburg 1666 erzwungenen Huldigung gegenüber dem brandenburgischen Kurfürsten. Bezeichnenderweise führte Sparr aber während des Türkenkrieges nicht die brandenburgischen Kontingente innerhalb der – von ihrem Kampfwert abschätzig beurteilten – Reichstruppen, sondern trat für einige Monate formell in kaiserliche Dienste. Das nahezu freundschaftliche Verhältnis zwischen Montecuccoli und Sparr beförderte natürlich dieses Engagement. Andererseits sah Sparr sich Misstrauen ausgesetzt, denn von Seiten der „Hardliner“ im Wiener Hofkriegsrat hatte man große Bedenken, die „uncatholischen Leuth“ in strategisch bedeutsame Entscheidungen des Krieges einzubeziehen.⁴⁵ Während der Schlacht bei St. Gotthard⁴⁶ wirkte er zwar nicht auf herausgehobenem Posten, doch verhinderte sein umsichtiges Agieren am letzten Kampftag Schlimmeres. Otto Christoph v. Sparr wurde in dieser hochdramatischen Phase der Schlacht ein sehr positives Zeugnis ausgestellt. So habe er laut einer „Relation“ „gleichmäßig mit großem Mueth, sambt der Artigleria die rechte Hand gehalten“⁴⁷.

Auf reichspolitischem Parkett agierte Sparr hingegen in der Magdeburger Frage. Er wurde beauftragt, mit einer ansehnlichen Heeresmacht, gewissermaßen als Drohkulisse während der Unterhandlungen der brandenburgischen Vertreter mit dem Magdeburger Rat zu fungieren.⁴⁸ Am 18./28. Mai 1666 kam es dann zur Unterzeichnung des Vergleiches zu Kloster Berge, in dem die Stadt Magdeburg ihre Unterwerfung unter Kurfürst Friedrich Wilhelm bestätigen und ihre Tore für das Einrücken einer brandenburgischen Garnison öffnen musste. Für die zentrale Rolle, die Otto

⁴⁵ ÖStA Hofkriegsrat: Expedit. Protocollum 1664, Nr. 3 (Jänner 1664).

⁴⁶ Vgl. hier die bei Georg Wagner, *Das Türkenjahr 1664. Eine europäische Bewährung*, Eisenstadt 1964, verarbeiteten Berichte, aus denen eine halbwegs realistische Beurteilung der Handlungsweise der beteiligten Truppenführer abgeleitet werden kann.

⁴⁷ Zit. nach: Wagner (Anm. 46), S. 204.

⁴⁸ Vgl. hierzu die in UA, Bd. 12 und im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg Rep. A 2 Erzstift Magdeburg, Nr. 731, Bd. 6 (Film 106) enthaltene Überlieferung.

Christoph v. Sparr beim Zustandekommens dieses Vergleiches spielte, spricht, dass er gemeinsam mit dem Generalkriegskommissar Claus Ernst von Platen und dem Geheimen Rat Friedrich von Jena die Urkunde unterzeichnet und mit seinem Siegel versehen hatte.

Otto Christoph v. Sparr starb am 9. Mai 1668 in seinem Lieblingsschloss Prenden, unweit Bernaus, und wurde in der St. Marienkirche zu Berlin in einem Erbbegräbnis beigesetzt, in dem noch heute ein prächtiger Epitaph von seinem bewegten Leben im Zeichen von Mars und Minerva kündigt. Damit vollendete sich das Leben eines Mannes, dessen Biographie als durchaus repräsentativ für den Offizierstyp der Übergangszeit angesehen werden kann. Solche eher dem „Söldner“ zuzuweisenden Charakteristika überlagerten sich mit Eigenschaften, die ihn als Offizier eines miles perpetuus erscheinen ließen.

In die Zeit der Söldnerheere wies sein mitunter selbstherrliches Agieren, vor allem im Umgang mit den Ständen in den von seinen Truppen frequentierten Gebieten, und als finnenreicher „Geschäftsmann“ war er wie viele seiner Standesgenossen auf den eigenen materiellen Vorteil bedacht. Dagegen konnte man schon während des Dreißigjährigen Krieges eine insgesamt loyale Haltung Sparrs gegenüber seinen jeweiligen Kriegsherrn und militärischen Vorgesetzten beobachten; sein Name wurde nie in Verbindung mit Meutereien oder Erpressungsversuchen von Regimentern gebracht, wie sie uns ja nicht selten in dieser Zeit begegneten. Ebenso zeichnete Sparr schon in den 1640er Jahren das Beharren auf Disziplin und die von ihm geforderte und umgesetzte Etablierung klarer Befehlsstrukturen aus – Ziele, für die er sich in seinem neuen Verantwortungsbereich an der Seite des brandenburgischen Kurfürsten stets einsetzen sollte. Zudem hat er sich zu bescheiden gewusst und kaum Ambitionen gehegt, sich ungefragt auf das glatte Parkett der hohen Politik zu begeben, was bekanntlich nicht nur einem seiner Berufsgenossen zum Nachteil gereicht hatte. Hervorzuheben, weil nicht allzu häufig bei Offizieren seiner Herkunft, wäre auch sein Bemühen um den Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten auf dem Gebiet des Artillerie- und Fortifikationswesens. Dies bildete eine wichtige Voraussetzung für seine erfolgreiche Karriere, die ihn an die Spitze des brandenburg-preußischen Heeres führen sollte.

PROJEKTE

Claudia Schmitz

Bedeutung und Wandel militärischer Konzepte und Institutionen
im Verlauf der inkaischen Staatsentwicklung
(Dissertationsprojekt)

Die Inka waren seit dem 12. Jahrhundert im heutigen Hochtal von Cuzco ansässig und hatten durch Allianzen und Heiratspolitik ihre Einfluss-sphäre permanent ausgedehnt. Eine militärische Expansion in größerem Umfang begann aber erst um 1438 mit dem Inkaherrscher Pachacutec. Durch ihn und seine Nachfolger Tupac Yupanqui und Huayna Capac erreichte der Inka Staat schließlich eine Ausdehnung, die große Teile der heutigen Staaten von Peru, Bolivien, Argentinien, Chile und Ecuador umfasste. Bereits 1532 begann dann die europäische Eroberung und die kolonialzeitliche Periode, wodurch diese Entwicklung bereits nach weniger als hundert Jahren ihr Ende fand.

Die schnelle und kontinuierliche militärische Expansion wird als eines der Hauptcharakteristika des Inka Staates betrachtet. Doch obwohl der Kriegführung für seine Entstehung ein hoher Stellenwert beigemessen wird, gibt es bis heute nur eine beschränkte Zahl wissenschaftlicher Untersuchungen, die sich direkt und umfassend mit diesem Thema auseinandersetzen.

Wissenschaftliche Arbeiten zum Inka Staat mit militärhistorischer Ausrichtung entstanden seit der Wende zum 20. Jahrhundert, wobei häufig sehr begrenzte Einzelaspekte thematisiert wurden. Hierzu zählten u. a. Arbeiten von Eckert, Frederici und Nordenskiöld. Ein bis heute gültiges Standardwerk wurde 1941 von Bram erstellt und berücksichtigte auch militärische Organisation und Expansion und deren Begründung. Eine vergleichbare Darstellung wurde wenige Jahre später von Rowe verfasst. Eine weitere Beschäftigung mit dem Thema erfolgte hauptsächlich in Form von Aufsätzen mit verschiedenen Schwerpunkten. Zu ethnologischen Themen beispielsweise von Gorbak, Hartmann und Molinié-Fioravanti, zur Bedeutung von Aggressivität und Gewalt im Andenraum

sind vor allem Arbeiten von Urbano zu nennen, eine archäologische Annäherung an das Thema fand durch Oberem, Plaza-Schuller, Hyslop, Meyers u. a. statt. Die Darstellung der Auseinandersetzung mit den Europäern aus inkaischer Sicht wurde von Guillen-Guillen erarbeitet, aus der Sicht der Lokalgruppen von Espinoza-Soriano. Die Ausführungen in einzelnen Quellen wurden von Ballesteros-Gabrois und Nowack und Schweitzer behandelt. Weiterführende Arbeiten, in denen eine Verbindung zu anderen andinen Ordnungs- und Organisationsprinzipien hergestellt wurde, gehen auf Rostworowski, Conrad und Demarest, Rawls und Ziolkovski zurück. Ein umfangreiches, mehrbändiges Werk zur Geschichte des peruanischen Heeres ist vor allem beschreibender Natur und als Nachschlagewerk von Interesse.

Viele der genannten Arbeiten sind weitgehend beschreibend, räumlich und thematisch auf sehr spezielle Fragestellungen ausgerichtet und z. T. eng an den vorgegebenen Quellen orientiert. Sie verdeutlichen die Komplexität der Thematik und verweisen auf die bestehenden Forschungslücken. Grundsätzlich besteht ein Desiderat nach der Einbindung des Krieges und militärischer Institutionen in ihren gesamtgesellschaftlichen Kontext. Hier sind vor allem symbolische, ideologische und religiöse Strukturen zu nennen.

Die Ansätze und Teilergebnisse, die in einigen Bereichen herausgearbeitet wurden, sind hier zu bündeln und zu präzisieren. Daneben sind vor allem solche Punkte stärker zu berücksichtigen, bei denen sich im Hinblick auf neuere Forschungsergebnisse eine Diskrepanz zwischen Quellaussagen und allgemeinen Organisationsprinzipien im Andenraum herausgestellt hat. Die Bedeutungsklärung zur Funktion des Krieges, die bisher weitgehend auf wirtschaftliche Aspekte ausgerichtet war, ist zu erweitern.

Durch die relativ kurze expansive Phase des Inka Staates fällt es häufig schwer die hierin enthaltenen Entwicklungsstränge nachzuvollziehen. Es bleibt daher oft unberücksichtigt, dass die Kriegführung und ihre Institutionen aus einem nicht staatlichen Kontext heraus entstanden waren und von den Inka im Verlauf der Staatsentwicklung entsprechend ihren Bedürfnissen modifiziert werden mussten. In der Regel wird von einer statischen und gleichförmigen Organisation für die gesamte Inka Zeit ausgegangen. Besonders der archäologische Bereich eröffnet hier wichti-

ge Ansätze, vor allem auch in der Wechselbeziehung zwischen Inka und Lokalgruppen.

Die verstreuten Informationen zum Verhältnis zwischen Inka und Lokalgruppen zeichnen ein eher unvollständiges Bild, dessen Aussagegehalt oft schemenhaft bleibt. Vor allem die Vorgaben in Inka feindlichen Quellen verleiteten bisher zu einer eher summarischen Abhandlung dieses komplexen Gefüges. Es ist stärker abzugrenzen, dass die ca. 200 verschiedenen ethnischen Gruppen im Inka Staat ausgesprochen heterogen waren und dies auch für ihre Beziehung zu den Inka gelten musste.

Ziel der Dissertation ist es in einem ersten Schritt die Symbolik und Ideologie des Krieges im Andenraum und sein Erscheinungsbild in den verschiedenen Lebensbereichen herauszuarbeiten. Die Klärung dieser Sachverhalte stellt die Grundlage jeder weiteren Auseinandersetzung dar.

Als nächstes ist herauszustellen, in welcher Weise diese spezifischen Grundlagen von den Inka im Verlauf der Staatsentwicklung genutzt wurden. Damit verbunden ist auch die Betrachtung der Entwicklung der militärischen Strukturen an sich, die noch einmal die Dynamik dieses Prozesses verdeutlicht. Zum Verständnis der inneren Entwicklung und der tatsächlichen Erfolge der Inka Herrschaft ist es weiter notwendig, die Organisation der Kriegführung in Bezug zu den Lokalgruppen abzuklären. Abschließend ist dann die Auseinandersetzung der Inka mit den Europäern auf der Basis der spezifischen Kriegführung im Andenraum zu interpretieren.

Grundlage der Arbeit bildet das umfangreiche Quellenmaterial zur spanischen Eroberung und zur Geschichte des Inka Staates. Im Hinblick auf das gewählte Thema stellt sich die Quellenlage als allgemein schwierig dar.

Für den Andenraum ließ sich bisher kein autochthones Schriftsystem nachweisen. Entsprechend muss auf die vorwiegend europäisch geprägten Quellen der Kolonialzeit zurückgegriffen werden.

Die frühen Texte sind hierbei oft wenig detailliert und gehen in weiten Teilen von einer Vergleichbarkeit europäischer und indianischer militärischer Strukturen aus. Die Quellen dagegen, die weitgehend an traditionellen indianischen Überlieferungen orientiert sind, zeigen eine formelhafte und symbolische Darstellung, die stark von den historischen Fakten abweichen kann.

Die endgültige militärische Unterwerfung der Inka galt mit der Enthauptung des letzten Inka Herrschers Tupac Amaru I (1572) als abgeschlossen. Einige der wichtigsten Quellen entstanden jedoch erst am Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts und stehen so in einer größeren zeitlichen Distanz zum beschriebenen Gegenstand. Bereits zu diesem Zeitpunkt begann außerdem eine geschichtliche Umdeutung und Wertung des Inka Staates, die sich auf seine Darstellung verfälschend auswirkte.

Neben der an sich problematischen Ausdeutung ethnohistorischer Quellen ist hier zudem eine Kombination der Schriftzeugnisse mit den Ergebnissen archäologischer und ethnologischer Forschungen erforderlich.

Im Hinblick auf die Grundlagen der Kriegführung im Andenraum hat sich bisher gezeigt, dass zur Inka Zeit militärische Ideologie und Symbolik in sehr vielen Lebensbereichen verwurzelt war. Grund hierfür war der enge Zusammenhang von militärischen und religiösen Vorstellungen, der bis heute im Andenraum nachweisbar ist. Begünstigt wurde dies durch die Organisation der Kriegführung auf der Basis einer Miliz. Auf lokaler Ebene war jeder Mann potentiell auch Soldat, im Inka Staat jeder Steuerzahler zwischen 25 und 50 Jahren. Auch Frauen waren in direkter Weise am Krieg beteiligt und hatten ihren festen Platz im ideologischen Gesamtgefüge.

Für den Andenraum typische Organisationsprinzipien wie die dualistische Gliederung hierarchischer Strukturen, Reziprozität und Redistribution fanden sich sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich und legitimierten sich wechselseitig.

Die genannten Formen der Organisation und viele religiöse Konzepte sind im Andenraum wesentlich älter als der Inka Staat, teilweise gehen sie bis in die Formativzeit (ca. 2000 v. Chr.) zurück. Ihr hohes Alter und ihre weiträumige Verbreitung waren eine wichtige Voraussetzung für die schnelle Expansion der Inka.

Diese spezifischen Grundlagen wurden von den Inka im Verlauf der Staatsentwicklung gezielt eingesetzt. Wesentliche sich hier abzeichnende Bereiche beziehen sich auf Herrschaftslegitimation, symbolische Kommunikation mit den Lokalgruppen und Herrschaftssicherung.

Für die Herrschaftslegitimation war entscheidend, dass in der dualistischen Weltanschauung des Andenraumes Gewalt und Zerstörungskraft auch Ausdruck einer komplementär gedachten Schöpfungskraft waren.

Beides konnte von Göttern auf Menschen übertragen werden, wobei durch das unterschiedliche Kraftpotential der verschiedenen Gruppen ihre politische und soziale Hierarchie bestimmt wurde. Nicht der Gewaltakt begründete die Herrschaft, wie dies bei der europäischen Eroberung der Fall war, sondern die durch Götter zugebilligte potentielle Schöpfungskraft, die in ihm zum Ausdruck kam. Im weiteren Verlauf der Beziehung musste diese durch den effektiven Nutzen der Herrschaft nachgewiesen werden. Da diese Machtverhältnisse aber als nicht statisch galten, waren sie auch weiter durch Kriegführung nach innen und außen unter Beweis zu stellen.

In diesem Zusammenhang entwickelte sich der Krieg auch als Mittel der Kommunikation zwischen Inka und Lokalgruppen. Erfolge der Lokalgruppen im Krieg bestimmten ihr Kraftpotential und damit ihre hierarchische Stellung im Staat. Durch mehr Leistung konnte diese Stellung verschoben werden, in dem der Staat gezwungen war sein Verhältnis zu ihr neu zu definieren. Unzufriedenheit mit dem System konnte allerdings auch in Aufständen seinen Ausdruck finden, ohne dass von mangelhafter Integration gesprochen werden könnte.

Daneben nutzten die Inka den Krieg auch als Instrument der Herrschaftssicherung. Alle Beziehungen im Andenraum basierten auf der Reziprozität. Auch der Staat konnte nur dann Leistungen von seinen Untertanen einfordern, wenn er entsprechende Gegenleistungen erbrachte. Zu Beginn der Expansion war eine wesentliche Funktion des Krieges, die wirtschaftliche Basis des sich entwickelnden Staates zu sichern. Im weiteren Verlauf verlagerte sich die Leistung des Staates aber zunehmend auf den rituellen und religiösen Bereich. Die Monopolisierung der Kriegführung durch den Staat diente nicht nur der Friedenssicherung, sondern verstärkte einer Kontrolle der religiösen Funktionen des Krieges. Er stand in Verbindung mit speziellen Vorstellungen des Opfer- und Ahnenkultes, die wiederum für die Sicherung von Fruchtbarkeit und für die Konstruktion von Ansprüchen auf Anbauland wesentlich waren. Die Organisation der Kriegführung wurde zu einer wesentlichen Leistung des Staates, die seine Ansprüche gegenüber seinen Untertanen begründete. Mit der Entwicklung des Staatsgefüges kam es auch zu Veränderungen der militärischen Strukturen. Die Wahrnehmung solcher Prozesse ist zum Verständnis des Inka Staates wesentlich so wie auch des

Verhältnisses von Krieg und politischer Entwicklung allgemein.

Militärischer Erfolg wurde für die Inka zu einer zwingenden Notwendigkeit. Mit dem Anwachsen des Staates, zunehmender Komplexität der Verwaltung und der Anzahl der integrierten Gruppen kam es zu Veränderungen in der Organisation der Kriegführung und der militärischen Institutionen, um diese möglichst effektiv zu gestalten. Die Folgen des Krieges durften auch die verwaltungsmäßige Erfassung der neu unterworfenen Gebiete nicht behindern. Veränderungen zeichneten sich hier vor allem für die späte Inka Zeit ab und betrafen Form, Organisation und Funktion des Krieges. Teilweise waren sie zum Zeitpunkt der europäischen Eroberung noch nicht abgeschlossen und wurden durch diese unterbrochen. Beispiele hierfür finden sich in einem Wechsel von der Miliz zu einem stehenden Heer, einer verbesserten Logistik, stärkerer Kontrolle über Beute, Regulierung interner Konflikte von außen u. a.

Ein Einblick in die Erfolge der Inka Herrschaft lässt sich über die Organisation der Kriegführung in Bezug zu den Lokalgruppen gewinnen. Die Akzeptanz der Inka Herrschaft stand in enger Beziehung zum Nutzen, den diese erwarten ließ und die Zielsetzung der verschiedenen Gruppen konnte dabei sehr heterogen sein. Zu beachten sind hier vor allem wirtschaftliche und interne machtpolitische Interessen. Um diese durchzusetzen, stellte die staatlich organisierte Kriegführung ein großes Potential dar. Für einzelne Gruppen lassen sich hier sehr deutliche Verschiebungen im Machtgefüge nachweisen.

Abschließend ergibt sich aus den Besonderheiten der Kriegführung im Andenraum auch eine neue Bewertung der Auseinandersetzung mit den Europäern. Aus indianischer Sicht stand dabei nicht die rein militärische Auseinandersetzung im Vordergrund, sondern die in ihr enthaltene politische Kommunikation. Militärischer Widerstand bedeutet in diesem Zusammenhang keine Ablehnung der spanischen Herrschaft, sondern das Bemühen, eine politische Hierarchie als Ausgangspunkt friedlicher Beziehungen zu definieren.

Jan Willem Huntebrinker

„Fromme Knechte“ und „Garteteufel“.
Die Konstruktion von Norm und Devianz bei Söldnern im 16.
und 17. Jahrhundert (Dissertationsprojekt)¹

In seinen Lebenserinnerungen beschreibt der Hauptmann Georg Niege (1525-1589) einen für sein weiteres Leben folgenreichen Entschluss: Er brach im Jahr 1545 sein Studium ab und ließ sich als Söldner anwerben. Er schildert dies als einen markanten Übergang in eine neue Lebensweise, die ihm das Aufgeben alter Gewohnheiten und das Annehmen neuer Verhaltensformen abverlangte.² Sprachlich fasst Niege diesen Übergang so zusammen, dass er „der Lantzknechte Stand“ angenommen habe.³ Mit dem Begriff Stand zieht Niege hier also eine vertraute Kategorie zur Typisierung einer gesellschaftlichen Gruppe heran. Was für diese Gruppe als standestypische Lebensweise anzusehen sei, führt Niege anschließend genauer – wiewohl aus distanzierender Haltung – aus, wenn er schreibt: „ein Lantzknecht worden; mich begeben zu ihnen in ein ruchlos Leben (...) Ich hab mit Schmertzen angesehen, was teglich für Muthwil geschehen mit Fressen, Sauffen, Fluchn und Schweren“.⁴ An anderer Stelle schildert Niege schließlich, wie diese moralische Distanz zu dieser Lebensweise später auch durch eine soziale Distanz ergänzt wurde, als er nicht mehr der „gemeinen Krieger Leben“ führen musste, sondern aufgrund seiner Bildungsqualifikation das Amt eines Musterschreibers antreten konnte.⁵ Auffällig in Nieges Ausführungen ist, dass der Übergang vom Student zum Söldner zuerst als Statuswechsel von einer gesellschaftlichen Gruppe in die andere aufzufassen ist. Denn der Begriff Stand, den Niege selbst zur Charakterisierung des Söldnerverbandes verwendet, ruft eine Gruppe mit homogenen Lebensumständen, Verhaltensweisen, Normen und Werten auf. Doch beim näheren Hinsehen wird deutlich, dass diese Charakterisierung offenbar an Eindeutigkeit verliert, weil die Gruppe nicht

¹ Das Projekt wird im Rahmen des Europäischen Graduiertenkollegs 625 „Institutionelle Ordnungen, Schrift und Symbole“ an der TU Dresden und der EPHE Paris gefördert und wird von Prof. Dr. Gerd Schwerhoff betreut.

² Leben im 16. Jahrhundert. Lebenslauf und Lieder des Hauptmanns Georg Niege, hrsg. von Brage Bei der Wieden, Berlin 1996, S. 50.

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd. S. 55.

die zu erwartende Homogenität aufweist. Denn es gibt innerhalb dieser Gruppe einerseits gemeine Krieger und andererseits höhergestellte Amtsträger, deren Lebensweisen sich offenbar stark voneinander unterscheiden. Somit wird es fragwürdig, ob sie die gleichen Normen- und Wertvorstellungen teilen, wie es der Begriff „Lantzknechte Stand“ als Bezeichnung für den Söldnerverband zunächst erwarten ließe.

Solche Versuche, Söldner als Gruppe zu beschreiben und zu verstehen sowie die Probleme, die dies mit sich brachte, bilden den thematischen Horizont meines Dissertationsprojektes. Zunächst einmal ist mit Blick auf diese Problematik festzuhalten, dass Söldner nicht nur in der Beschreibung individuellen Erlebens als spezifische Gruppe betrachtet wurden. Auch in zahlreichen anderen Quellen wird das Bild von Söldnern als einer gesellschaftlichen Gruppe vermittelt, die nach ganz eigenen Formen sozialer Hierarchie, mit besonderen Möglichkeiten sozialen Aufstieges sowie nach eigenen Normen- und Wertvorstellungen strukturiert war. Die Artikelsbriefe – Texte der Militärgesetzgebung – konzipieren beispielsweise eine Verfassung des Söldnerverbandes als autonomen Rechtsverband mit eigener Gerichtsbarkeit und eigenen Rechtsnormen und sprechen dem Söldnerregiment hierdurch Qualitäten einer Korporation innerhalb der ständischen Gesellschaft zu. Dies dürfte sowohl die Selbst- als auch die Fremdwahrnehmung von Söldnern als spezifische gesellschaftliche Gruppe mitgeprägt haben.⁶ Hinzu kommt, dass in zeitgenössischen Beschreibungen von Söldnern gruppenspezifische kulturelle Ausdrucksformen eine erhebliche Rolle spielen. So wurde Söldnern etwa häufig ein spezifischer Habitus – dessen auffälligstes Merkmal ein besonderes Kleidungsverhalten ist – oder eine gruppenspezifische Ehrvorstellung zugeschrieben.⁷ Was einen Söldner in der Wahrnehmung der Zeitgenossen als sozialen Typ ausmachte und mittels welcher Eigenschaften und Kategorien sich Söldner als gesellschaftliche Gruppe charakterisieren ließen, scheint demnach vor allem durch ein Bündel von sozialen, rechtlichen und kulturellen Eigenheiten beschreibbar zu sein,

⁶ Die Nennung von Literatur hat im Folgenden rein exemplarischen Charakter: Hans-Michael Möller, *Das Regiment der Landsknechte. Untersuchungen zu Verfassung, Recht und Selbstverständnis in deutschen Söldnerheeren des 16. Jahrhunderts*, Wiesbaden 1976; Michael Sikora, *Söldner – historische Annäherung an einen Kriegertypus*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), S. 210-238, hier S. 221f.

die dem Waffenhandwerk in verschiedenen Zusammenhängen zugeordnet wurden. Dies hat die Forschung schon seit längerem beschäftigt, etwa indem Merkmale einer gruppenspezifischen Lebenswelt der Söldner zusammengetragen und daraus konzeptionelle Vorschläge erarbeitet wurden. Der von Bernhard R. Kroener in seinen Arbeiten geprägte Begriff der Lagergesellschaft zählt beispielsweise ebenso dazu wie Brage Bei der Wiedens Beschreibung des Söldnerverbandes als Nebengesellschaft oder Peter Burschels Konzeption der Söldner als Randgruppe mit gesellschaftlichem Außenseiterstatus.⁸

An diese Forschungen anknüpfend gehe ich in meinem Dissertationsprojekt nun genauer der Frage nach, wie sich Söldner überhaupt als eigenständige soziale Ordnung im gesellschaftlichen Kontext konstituierten. Dabei geht es mir um die Praktiken der Her- und Darstellung sozialer Ordnung sowohl aus der Perspektive der Selbstwahrnehmung als auch aus der Außenperspektive der Fremdwahrnehmung von Söldnern.

Georg Niege rechnet zu den Hauptkriterien der gruppenspezifischen Lebensweise von Söldnern vor allem sittliche bzw. religiöse Devianz, etwa in Form von „Fressen, Sauffen, Fluchn und Schweren“.⁹ Damit konzipiert er Söldner als Gruppe vornehmlich über ein Set negativer, sozial abweichender Verhaltensweisen, um sich auf diese Weise selbst wieder von dieser Gruppe zu distanzieren. Diese Technik überrascht kaum, gehören solche Devianzformen doch zur verbreiteten Vorstellung typischen Verhaltens von Söldnern, wie sie in Schwänken, Flugblättern oder moraldidaktischen Schriften immer wieder geäußert wurde. Die Zuschreibung typischer Devianzformen einerseits und die Geltungsbehauptung eigener Normen im Söldnerverband andererseits, scheinen die

⁷ Matthias Rogg, „Zerhauen und Zerschnitten, nach adelichen Sitten“. Herkunft, Entwicklung und Funktion soldatischer Tracht des 16. Jahrhunderts im Spiegel zeitgenössischer Kunst, in: Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, hrsg. von Bernhard R. Kroener, Ralf Pröve, Paderborn u.a. 1996, S. 109-135; Jan Willem Huntebrinker, „Von der landsknecht lumphosen“. Modische Kleidung des 16. Jahrhunderts bei deutschen und Schweizer Söldnern, Magisterarbeit Bielefeld 2003 mss.; Brage Bei der Wieden, Niederdeutsche Söldner vor dem Dreißigjährigen Krieg. Geistige und mentale Grenzen eines sozialen Raumes, in: Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, hrsg. von Bernhard R. Kroener, Ralf Pröve, Paderborn u.a. 1996, S. 85-107, hier S. 99.

⁸ Brage Bei der Wieden, Söldner (Anm. 7); Peter Burschel, Söldner im Nordwestdeutschland des 16. und 17. Jahrhunderts. Sozialgeschichtliche Studien, Göttingen 1994.

⁹ Leben (Anm. 2).

Wahrnehmung von Söldnern generell stark geprägt zu haben. Man denke nur an das Bild vom Söldner des dreißigjährigen Krieges als kriminellen Typ *sui generis* oder an die oben schon angesprochene Bedeutung der eigenen Rechtsnormen der Artikelsbriefe für die Vermittlung korporativer Identität.

In der Konkretisierung meiner Fragestellung greife ich nun solche Befunde auf und untersuche vor allem, welche Rolle Normen- und Devianzvorstellungen für den Prozess der Konstituierung von Söldnern als gesellschaftliche Gruppe gespielt haben. Sahen sich Söldner selbst als eigenständige gesellschaftliche Gruppe mit spezifischen Normen? Wurden sie als eine solche Gruppe wahrgenommen und welche Normenvorstellungen waren in dieser Außenansicht auf die militärische Gesellschaft relevant? Wurden die möglicherweise unterschiedlichen Normenkonzepte der Selbst- und Fremdwahrnehmung miteinander in Beziehung gesetzt? Um der Rolle von Norm und Devianz im Rahmen der gesellschaftlichen Verortung von Söldnern nachzugehen, nehme ich in der Arbeit eine grundsätzliche Unterscheidung nach Außenansicht und Innenansicht auf die militärische Gesellschaft vor. Darauf zielt bereits die Auswahl der Quellen. Die empirische Grundlage bilden nämlich Dokumente aus vier verschiedenen Quellengattungen: illustrierte Flugblätter, Gesetzestexte (Artikelsbriefe und Policygesetze), Militärgerichtsakten und Selbstzeugnisse von Angehörigen des Militärs. Hierbei sind Flugblätter gewöhnlich einer reinen Außenansicht zuzurechnen, während Selbstzeugnisse Handlungen und Erlebnisse aus der spezifischen Innenperspektive beschreiben, auch wenn sie dabei manchmal einen außenstehenden Leser im Blick haben. Die Artikelsbriefe spiegeln eine obrigkeitliche Idealkonzeption interner Ordnung des Söldnerverbandes wieder. Eine andere obrigkeitliche Sicht auf Söldner in der Gesellschaft gewähren Policygesetze. Als besonders wertvolle Quelle können Militärgerichtsakten gelten, denn sie geben Einblicke in die Registrierung von Devianz und die obrigkeitliche Sanktionspraxis *innerhalb* der militärischen Gesellschaft. Aus ihnen werden zudem kulturelle Normenvorstellungen im Söldnerverband erkennbar, die in den Anklagen, Zeugenverhören und Urteilen mit den obrigkeitlichen Normen der Artikelsbriefe in Beziehung gesetzt wurden. Zwar sind derartige Akten aus dem Zeitalter vor den stehenden Heeren kaum überliefert, doch anhand eines Gerichtsbuchs eines deutschen Söldnerregiments in spanischem Dienst aus den Jahren 1625/

26 kann ich zumindest exemplarisch den Fragen nach der Gerichtspraxis im Söldnerheer nachgehen. Hier wird insofern Forschungsneuland betreten, als mir die Behandlung einer vergleichbaren Quelle bisher nicht bekannt ist.¹⁰

Thematisch gewendet beleuchte ich zwei Bereiche, in denen dann jeweils nach unterschiedlichen Untersuchungsgegenständen differenziert wird. Erstens gilt das Interesse dem Kontakt von Söldnern und anderen Bevölkerungsgruppen in Krieg und Frieden, bei Durchmärschen und Einquartierungen, aber auch in der anstellungslosen „Gartzeit“. In diesen Situationen dürften Selbst- und Fremdkonzeptualisierungen als eigenständige Gruppen deutlich zu Tage treten. Denn gerade bei diesen Kontakten scheint es zu zahlreichen Problemen gekommen zu sein und die Forschung hat schon seit längerem auf strukturelle Ursachen dieser Probleme hingewiesen. Zu diesen zählt die Forschung auch, dass sich mit Militär und Bevölkerung zwei Gruppen mit unterschiedlichen Normenvorstellungen gegenüberstanden.¹¹ Es ist daher zu vermuten, dass in diesen Begegnungen Grenzziehungen zwischen den und typisierende Vorstellungen über die Konfliktparteien deutlich zum Ausdruck gebracht wurden. Mich interessiert dabei vor allem, auf welche Normenkonzepte in den Darstellungen der unterschiedlichen Quellengattungen jeweils Bezug genommen wurde und wie Handlungen vor diesem Hintergrund legitimiert oder als sozial abweichend markiert wurden.

Das zweite Themenfeld widmet sich dem Bereich, in dem der Gruppe der Söldner keine andere Gruppe gegenüberstand, anhand derer Grenzziehungen und Vergleiche möglich wären. Das Interesse gilt hier den ‚Söldnern unter sich‘, also der Her- und Darstellung sozialer Ordnung und den zugrunde liegenden Normenvorstellungen innerhalb der militärischen Gesellschaft. Das Zusammenleben der Söldner im Lager und

¹⁰ Zur Forschungslücke Militärgerichtsbarkeit: Jutta Nowosadtko, Militärjustiz in der Frühen Neuzeit. Anmerkungen zu einem vernachlässigten Feld der historischen Kriminalitätsforschung, in: Unrecht und Recht. Kriminalität und Gesellschaft im Wandel 1500-2000. Gemeinsame Landesausstellung der rheinlandpfälzischen und saarländischen Archive, Koblenz 2002, S. 638-651.

¹¹ Ronald G. Asch, „Wo der soldat hinkömmt, da ist alles sein“. Military Violence and Atrocities in the Thirty Years War Re-examined, in: German History 18 (2000), S. 291-309; Michael Kaiser, Die Söldner und die Bevölkerung. Überlegungen zur Konstituierung und Überwindung eines lebensweltlichen Antagonismus, in: Militär und ländliche Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, hrsg. von Stefan Kroll, Kersten Krüger, Hamburg 2000, S. 79-120.

Quartier steht hier im Vordergrund, womit etwa die Rolle der sozialen Hierarchisierung durch Ämter, der Ordnung des Heerlagers, bestimmter Formen der Geselligkeit oder auch spezifischer Ehrvorstellungen angesprochen sind. Zudem frage ich hier nach der Bedeutung militärischer Normen, indem etwa die Bewertung spezifisch militärischer Delikte wie Meuterei und Desertion in den Blick genommen wird. Es ist zu vermuten, dass derartigen Punkten in Selbst- und Außendarstellung nicht nur unterschiedliche Relevanz zugemessen wurde, sondern, dass hier auch ganz unterschiedliche Ordnungsvorstellungen zu Tage treten konnten.

Neben diesen thematischen Schwerpunkten interessiere ich mich in einer diachronalen Perspektive besonders für Entstehungen und Wandlungen verfestigter Wahrnehmungen. So wäre im Dialog mit der bisherigen Forschung von besonderem Interesse, wie die von Peter Burschel konstatierten Prozesse innermilitärischer Disziplinierung mit der sich verändernden Wahrnehmung von Söldnern korrespondierten.¹² Beeinflusste die Wahrnehmung negativer Stereotypen die Disziplinierungsbestrebungen indem sie diese zu legitimieren vermochte? Die Rezeption der oranischen Heeresreform seit Ende des 16. Jahrhunderts soll deshalb besondere Beachtung erfahren, da hieran Wechselwirkungen zwischen der Wahrnehmung der Söldner und der Demonstration von Disziplinierungsbestrebungen untersucht werden können. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Beginn des Untersuchungszeitraums. Um die Wende zum 16. Jahrhundert nahm der Einblattdruck das Thema Söldner verstärkt auf, was einerseits von einem steigenden gesellschaftlichen Interesse zeugt, andererseits aber auch die Wahrnehmung des Söldners geprägt haben dürfte, da hier „Bilder vom Soldaten“ massenhafte Verbreitung fanden.¹³ Das Ende des Untersuchungszeitraums ist schließlich mit dem heranziehenden Zeitalter der stehenden Heere nach dem dreißigjährigen Krieg gewählt worden. Gerade weil die Einführung stehender Heere auch durch einen Kontrast mit dem Söldner der Kriegsjahre legitimiert wurde, scheint es sinnvoll zu sein, einen dritten Schwerpunkt auf die Wahrnehmung des Söldners im Dreißigjährigen Krieg zu legen.

¹² Burschel, Söldner (Anm. 8); zugespitzte ist die These in: Ders., Zur Sozialgeschichte innermilitärischer Disziplinierung im 16. und 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), S. 965-981.

¹³ Matthias Rogg, Landsknechte und Reisläufer: Bilder vom Soldaten. Ein Stand in der Kunst des 16. Jahrhunderts, Paderborn u. a. 2002.

Heinrich Lang

Cosimo de' Medici (1389-1464) und seine *condottieri*. Zur Außenpolitik der Republik Florenz im 15. Jahrhundert.
(Dissertationsprojekt)¹

Thema ist die diplomatische und militärische Außenpolitik der Florentiner Elite in der Zeit nach dem Exil der Medici von 1434 bis zum Tod Cosimo de' Medici *il Vecchios* (1464).² Im Zentrum der Untersuchung stehen die Verbindungen zwischen der florentinischen Führungsschicht und auswärtigen Potentaten als Grundlage staatlicher wie gesellschaftlicher Macht in der Renaissance.³ Das Projekt hat das Ziel, die Entstehung des Verflechtungsgefüges des Medici-Regimes nach außen und die prägnante Rolle der Kriegsherren in diesem Netz darzustellen.

Die von Wolfgang Reinhard grundlegende und in der Florenz-Forschung fast gänzlich unbeachtete „Historische Verflechtungsanalyse“ liefert den gedanklichen Ausgangspunkt meiner Arbeit: Die (Außen)Politik der Republik Florenz unter dem frühen Medici-Regime wird nicht durch einen Masterplan des Bankiers Cosimo bestimmt. Vielmehr formen soziales Verhalten und Handeln von sowie in Gruppen einen Mikrokosmos an mehrschichtigen Beziehungen eines weit gespannten Personengeflechts.⁴

Das Thema gewinnt dadurch an Bedeutung, dass im Italien des 15. Jahrhunderts militärische Organisation weitgehend ausgegliedert („out-

¹ Bei der Angabe von Literatur will ich mich auf das Wenigste und jeweils Neueste beschränken. Prof. Dr. Mark Häberlein, Bamberg, hat die Betreuung meiner Doktorarbeit übernommen.

² Dale Kent, *Cosimo de' Medici and the Florentine Renaissance. The Patron's Oeuvre*. New Haven/London 2000.

³ Anthony Molho, *Patronage and the State in Early Modern Italy*, in: *Klientensysteme im Europa der frühen Neuzeit*, hrsg.von Antoni Maczak, München 1988, S. 235-242.

⁴ Wolfgang Reinhard, *Amici e creature. Politische Mikrogeschichte der römischen Kurie im 17. Jahrhundert*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 76 (1996), S. 308-334 (erstmalig grundgelegt: 1979). Eine der zahlreichen „Nachfolge-Studien“ führt den Begriff der „Außenverflechtungen“ ein: Peter Steuer, *Die Außenverflechtungen der Augsburger Oligarchie von 1500-1620. Studien zur sozialen Verflechtung der politischen Führungsschicht der Stadt Augsburg*. Augsburg 1988. Die einzige Arbeit zu Florenz, die mit soziologischer Netzwerkforschung operiert, ist der Aufsatz: John F. Padgett und Christopher K. Ansell, *Robust Action and the Rise of the Medici 1400-1434*, in: *American Journal of Sociology* 98,2 (1993), S. 1259-1319.

sourced“), privatisiert und entgrenzt durch Kriegskriegsherrn und ihre Kompanien betrieben wurde. Die systematische Einbettung von Fallstudien einzelner auswärtiger Beziehungsstränge soll es ermöglichen, die militärische Außenpolitik und den Einsatz der ebenso unternehmerisch wie machtpolitisch motivierten *condottieri* in einen weiteren Rahmen einzupassen und ihre ambivalenten Rollenspiele darzustellen. Die etwa von Machiavelli als Einheit begriffene Wechselwirkung von Innen- und Außenpolitik kann so gut beschrieben und ihre Folgen für innere Konsolidierung und äußere Behauptung des Medici-Regimes erläutert werden. Zudem sind gesandtschaftliche und militärische Organisation in der Republik Florenz des *Quattrocento* ineinander verwoben: Dieselben Personen, weitgehend dieselben Institutionen übernahmen in friedfertiger wie gewaltsamer Außenpolitik entscheidende Aufgaben. Deshalb werden hier Diplomatie- und Militärgeschichte über die Analyse sozialer Verflechtungen und politischer Zustände zusammengeführt.

Die mikrogeschichtliche Darstellung der Florentiner Führungsgruppe und deren Beziehungen zu den *condottieri* befördert das Verständnis eines Sonderfalls: einer Stadtrepublik.⁵ Der allgemeinen, innenpolitisch oder sozialhistorisch orientierten Geschichte über Florenz der Renaissance und der Beschreibung des Aufstiegs der Medici im Allgemeinen und Cosimos im Besonderen wird eine ergänzende Komponente hinzugefügt:⁶ die als Ganzes begriffene diplomatische und militärische Außenpolitik unter Cosimo *il Vecchio*.⁷

⁵ Francesco Senatore, „Uno mundo de carta“. Forme e strutture della diplomazia sforzesca, Napoli 1998. Paolo Margaroli, Diplomazia e stati rinascimentali. Le ambasciarie sforzesche fino alla conclusione della Lega itlica (1450-1455), Firenze 1992. Maria Nadia Covini, L'esercito del duca. Organizzazione militare e istituzioni al tempo degli Sforza (1450-1480), Roma 1998. Vgl. Jörg Rogge, Das Kriegswesen im späten Mittelalter und seine Erforschung. Neuere englische und deutsche Arbeiten zu Krieg, Staat und Gesellschaft, in: Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit 8,1 (2004), S. 20-33.

⁶ Vgl. in alphabetischer Reihenfolge und nur stellvertretend: Cosimo 'il Vecchio' de' Medici, 1389-1464. Essays in Commemoration of the 600th anniversary of Cosimo de' Medici's birth, hrsg. von Francis Ames-Lewis, Oxford 1992, S. 49-67. Richard Goldthwaite, Wealth and the Demand for Art in Italy, 1300-1600, Baltimore/London 1993. Dale Kent, The Dynamic of Power in Cosimo de' Medici's Florence. in: Patronage, Art, and Society in Renaissance Italy, hrsg. von Francis William Kent und Patricia Simons, Canberra/Oxford 1987, S. 63-77. Francis William Kent, Individuals and Families as Patrons of Culture in Quattrocento Florence, in: Language and images of Renaissance Italy, hrsg. von Alison Brown, Oxford 1995. S. 171-192. Nicolai Rubinstein, The Government of Florence under the Medici (1434-1494), Oxford² 1997 [zuerst 1966].

Auf der Basis von Bestallungslisten, Gesandtschaftskorrespondenzen, Rechnungsbüchern sowie Beratungsprotokollen der Beiräte und Sonderkommissionen der Staatsregierung werden personelle Zusammensetzung sowie politische Selbstverständigung, konkretes Vorgehen und Verbindungen zu auswärtigen Mächten beschrieben. Eine wichtige Rolle spielen dabei die „Zehn Bevollmächtigten“, die *Dieci di Balìa*, die in Krisenzeiten eingesetzt wurden und sowohl Gesandte als auch Kriegsherrn einsetzten bzw. beauftragten.⁸

So wird nicht nur die bekannte Verengung des Medici-Regimes auf einen Zirkel weniger Protagonisten festgestellt, sondern auch der Blick geöffnet für die entscheidende Rolle von Beziehungen der Führungsköpfe des Regimes mit auswärtigen Mächten über ein Netz an Verbindungsleuten bereits für die Zeit Cosimos.⁹ Hauptquelle hierfür ist der *Mediceo avanti il Principato* (das Archiv der Familie der Medici vor der Erhebung zum herzoglichen Haus).¹⁰ Weitere Brief- und Dokumentensammlungen wie der *Sforzesco* zeigen Gegenblicke auf die Bindungen mit Florenz.¹¹

⁷ Melissa Meriam Bullard, Heroes and their workshops. Medici patronage and the problem of shared agency, in: *Journal of Medieval and Renaissance Studies* 24 (1994), S. 179-198. – Bernd Roeck, Motive bürgerlicher Kunstpatronage in der Renaissance. Beispiele aus Deutschland und Italien, in: *Kunstpatronage in der Frühen Neuzeit. Studien zum Kunstmarkt, Künstlern und ihren Auftraggebern in Italien und im Heiligen Römischen Reich (15.-17. Jahrhundert)*, hrsg. von dems., Göttingen 1999, S. 35-59.

⁸ Guidubaldo Guidi, *Il governo della città-repubblica di Firenze del primo Quattrocento*. 3 vol., Firenze 1981.

⁹ Vgl. Riccardo Fubini, *Diplomacy and Government in Italian City-States of the Fifteenth Century (Florence and Venice). Politics and Diplomacy in Early Modern Italy. The Structure of Diplomatic Practice, 1450-1800*, hrsg. von Daniela Frigo, Cambridge 2000, S. 25-48.

¹⁰ Seit März 2000 ist dieser Bestand *online* konsultierbar. URL: <http://www.archiviodi-stato.firenze.it/progetti/attivite.htm#map> - I Medici in rete. Ricerca e progettualità scientifica a proposito dell'archivio Mediceo avanti il Principato. Atti del Convegno, Firenze, Archivio di Stato, 18-19 settembre 2000, hrsg. von Irene Cotta und Francesca Klein, Florenz 2003. – Weiterhin finden die *Carte Strozzi*, ebenfalls im *Archivio di Stato di Firenze*, Berücksichtigung. – Anthony Molho, Cosimo de' Medici: Pater Patriae or Padrino?, in: *Stanford Italian Review* 1 (1979), S. 5-33.

¹¹ Die Briefsammlung Francesco Sforzas ist verstreut: im Staatsarchiv in Mailand, in der *Ambrosiana* und in der *Bibliothèque Nationale de France*, Paris. – Ferner Bestände aus den Staatsarchiven Modenas und Mantuas. – Die ebenso wünschenswerte wie aufwendige Suche und Analyse entsprechenden Quellenmaterials in Venedig und Rom muss unterbleiben, weil eine gewissenhafte Bearbeitung dieser Bestände den einstweilen möglichen Rahmen sprengen und die vornehmlich „florentinische“ Perspektive verlassen würde. – Vgl. zur Quellengattung der Gesandtschaftsrelationen: Sergio Bertelli, *Diplomazia italiana quattrocentesca*, in: *Archivio Storico Italiano* 159 (2001), S. 797-827.

Die Diplomatie des Medici-Regime, das sich zu Lebzeiten Cosimo de' Medici durch forschenden Klientelismus und Eingriffe in die Zunftverfassung der Stadtrepublik durchsetzte, ist bisher wenig unter die Lupe genommen worden. Obgleich sich in dieser Periode eine Gruppe an Kaufmann-Patriziern, Magnaten und aufsteigenden Juristen als politische Spitze herauschälte, erscheint Cosimo gegenüber seinem Enkel Lorenzo *il Magnifico* (1449-1492) als Außenpolitiker eigentümlich grau: Das hängt zum einen mit Cosimos vergleichsweise weniger herausgehobenen und ritualisierten Position in Florenz zusammen, zum anderen mit der geringeren Quantität an Quellen und deren insgesamt geringeren Vielseitigkeit.¹²

Dennoch bildete sich bereits in dieser Phase eine Schattendiplomatie der Medici: Zunächst waren es vor allem die Bankkontakte, die eine eigene außenpolitische Verbindung zwischen Florenz bzw. den Medici und der Kurie sowie zahlreichen Fürsten entstehen ließen.¹³ Wenig erforscht ist die Rolle des Unternehmens und seiner Vertreter gegenüber den *condottieri*. Der Einsatz von Verwandten brachte eine ansehnliche machtpolitische Reichweite des Medici-Regimes: Bernardetto de' Medici, entfernter Cousin Cosimos, war ein prominenter Kriegskommissar und ein Gesandter, der speziell in ausnehmend heiklen Situationen zum *condottiero* Francesco Sforza oder dem König von Neapel geschickt wurde. Gesandte wie der Vertrauensmann und Medici-Nachbar Agnolo della Stufa garantierten einen privatisierten Informationsfluss direkt in die Hände Cosimos neben der offiziellen Berichterstattung der Gesandten. Cosimos Fähigkeit, bei Fürsten zu intervenieren, ging auf ein leistungsfähiges Netz an Mittelsmännern zurück: So stand ein Guaspere da Todi, Graf von Villanova, nicht nur anfänglich in Diensten der Kurie und dann der wichtigsten *condottieri* der Republik Florenz, sondern er pflegte auch einen engen Kontakt zur Familie der Medici.¹⁴

¹² Vgl. Riccardo Fubini, *Italia quattrocentesca. Politica e diplomazia nell'età di Lorenzo il Magnifico*, Milano 1994.

¹³ Vgl. Raymond de Roover, *The Rise and Decline of the Medici Bank. 1397-1494*, Cambridge (Mass.) 1963. – Vgl. John Paoletti, *The Banco Medici in Milan. Urban Politics and family power*, in: *Journal of Medieval and Renaissance Studies* 24 (1994), S. 199-238.

¹⁴ Vgl. Peter Blastednrei, *The Soldier and his Cardinal. Francesco Sforza and Nicolò Acciapacci, 1438-1444*, in: *Renaissance Studies* 3 (1989), S. 290-302.

Die *condottieri*, selbst oft Fürsten oder fürstliche Prätendenten, stellten für die an ökonomischer, militärischer wie politischer Kraft vergleichsweise schwache Stadtrepublik Florenz das Instrument dar, mit dem sich die Stadt am Arno als Akteur im Spiel der Mächtigen Italiens ihren eigenen Raum sicherte. Das strategische Schlüsselbündnis des Bankiers Cosimo mit dem aufstrebenden Kriegsherrn Francesco Sforza garantierte die wechselseitige Stabilisierung von Attendoli-Sforza Clan und Medici-Regime.¹⁵ Der damit verbundene Bruch mit Venedig im Erbfolgekrieg um das Herzogtum Mailand (1451-1453) wurde unter den Protagonisten florentinischer Politik schon lange vorher debattiert. Das Festhalten an Sforza weist eine tiefe Verwurzelung in der Führungsschicht auf. Zugleich markieren beide Vorgänge den Bedeutungsgewinn bestimmter Kreise innerhalb des Medici-Regimes.

Der Mikrokosmos des Verhältnisses von *condottieri*, ihren Stäben oder Höfen und den Florentiner Führungsfiguren, den Sekretären und der Stadt, wird sichtbar, wenn man der Frage nachgeht, wie die Florentiner Führungsschicht ihre Kriegsherrn aussuchte und diese mitunter recht unzuverlässigen Unternehmer des Gewaltmarktes zu verpflichten suchte. Die Kontrolle der vertraglich engagierten Kriegsherrn durch *commissari* und Bindemittel wie Sold- und Provisionszahlungen per Staatsanleihen gehörten zu den Versuchen der scheinbar kriegsscheuen Republik, ihre Kriegsführung steuerbar zu gestalten.¹⁶ Die Florentiner bemühten sich darum, die Bindekräfte ihrer eigenen Gesellschaft auf die auswärtigen Beziehungen zu übertragen: Das war für die anderen Mächte, besonders Fürsten, nicht minder bedeutsam wie für Florenz selbst, da die Stadt kein monarchisches Oberhaupt hatte. Dies ermöglichte dem Medici-Regime, sich durch einen Zirkel um die Kernfamilie der Medici als wichtigste außenpolitische Bezugspersonen zu positionieren.¹⁷

Die Vielseitigkeit der Verbindungen zwischen Florenz und den Kriegs-

¹⁵ Vincent Ilardi, The Banker-Statesman and the Condottiere-Prince. Cosimo de' Medici und Francesco Sforza, 1450-1464, in: Craig Hugh Smyth/Gian Carlo Garfagnini (Hgg.): Florence and Milan. Comparisons and Relations, hrsg. von Hugh Smyth Craig und Gian Carlo Garfagnini, Florence 1989, II, S. 217-237.

¹⁶ Vgl. Anthony Molho, Florentine Public Finances in the Early Renaissance. 1400-1433, Cambridge (Mass.) 1971. – Michael Mallett, I condottieri nelle guerre d'Italia, in: Condottieri e uomini d'arme nell'Italia del Rinascimento, hrsg. von Mario Del Treppo, Napoli 2001, S. 347-360.

¹⁷ Richard C. Trexler, Public Life in Renaissance Florence, New York 1980.

herrn stellt die Komplexität der Florentiner Außenverflechtungen dar und damit auch die Ambivalenz von Außenpolitik in diplomatischer und gewalttätiger Ausprägung. Speziell bei Micheletto Attendoli zeigt sich die Verquickung von Medici-Bank (durch die Filiale in Ancona) mit der *casa* des altgedienten Kriegsherrn.¹⁸ Die Verpflichtung verschiedener *condottieri* aus dem Hause der Manfredi, Herrn von Imola und Faenza, war geostrategisch motiviert und gewann durch zunehmenden kulturellen Austausch an Tiefe. Im Fall Sigismondo Pandolfo Malatestas erkennt man ein wachsendes Maß an privatisierter Beziehung zwischen kriegerischem Fürsten und Bankiersfamilie: Ähnlich bei den Orsini, aus deren Familie Clarice stammte, die Lorenzo *il Magnifico* heiraten sollte. Aber gerade weniger bekannte Fälle wie derjenige des Simonetto von Castelpiero werden diskutiert.

In der Konsequenz lässt sich folgern, dass ein Mehr an Zentralität im Netzwerk italienischer Staatenpolitik für einen Kriegsherrn ein Mehr an eigener Staatlichkeit bedeutete und sich in differenzierteren, mehrschichtigen Verbindungen zwischen ihnen und etwa Florenz spiegelte. Einige der erfolgreichen *condottieri* in Diensten der Republik Florenz entwickelten eigens besondere Beziehungen zur Familie der Medici: So wurde das diplomatische und militärische Netz der Medici angelegt, das den Aufstieg der Medici zu den Herzögen der Toskana beförderte.

Jens Warburg

„Soldatische Subjekte im modernen Krieg“ (Disserationsprojekt)

Jede militärische Organisation setzt sich aus Individuen zusammen. Die militärische Macht einer solchen Organisation hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Ausmaß es ihr gelingt, die individuellen Fähigkeiten ihrer Angehörigen für die Zwecke der Organisation zu mobilisieren. Gerade im Hinblick auf einen Kriegseinsatz stellt sich die Frage, wie und welche

¹⁸ Dies ist möglich durch die *libri contabili*, die Francesco di Viviano als Kanzler des Kriegsherrn Micheletto Attendoli geführt hat und die im Archiv der *Fraternita dei laici* in Arezzo liegen. – Mario Del Treppo, Sulla struttura della compagnia o condotta militare, in: *Condottieri e uomini d'arme nell'Italia del Rinascimento* (Anm. 16), S. 417-452.

Potentiale der Waffenträger zu einer Machtsteigerung der Organisation genutzt und welche ausgegrenzt werden. Anders gefragt, welchen Stellenwert und welche Bedeutung kommt der Subjektivität der unmittelbaren Gewaltakteure, also insbesondere der Soldaten, im modernen Kriegsgeschehen zu? Die Bearbeitung dieser Fragestellung versteht sich als ein Beitrag zu einer Soziologie des Krieges. Die Arbeit wird von Prof. Sighard Neckel am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Universität Gießen betreut.

Sich mit einer solchen Frage auseinanderzusetzen ist in der bundesrepublikanischen Soziologie keine Selbstverständlichkeit. Nur selten wird das Militär als soziale Macht und noch seltener der Krieg als soziales Phänomen mit nachhaltigen Folgen für jede Sozialität zum Thema soziologischer Untersuchungen. Dabei hat es an Kritik an dieser Abstinenz nicht gemangelt. Weshalb diese Kritik nicht erhört wurde und weshalb es für die Soziologie trotzdem wichtig ist, sich der Themen Militär und Krieg anzunehmen, soll deshalb in einem ersten Schritt dieses Vorhabens untersucht werden.

Soldaten, die die erteilten Befehle befolgen, werden eher wie Objekte mit förderlichen bzw. hinderlichen Eigenschaften wahrgenommen. Sie als Subjekte zu betrachten, also als Individuen, die selber ihr Geschick beeinflussen bzw. eigenmächtig über es entscheiden können, steht im Kontrast zur vorherrschenden Betrachtungsweise von Soldaten. Freilich stehen Soldaten nicht umsonst im Ruf, Angehörige einer machtvollen Organisation zu sein, die nicht nur nach außen Macht ausübt, sondern auch nach innen intensive Machtverhältnisse aufzurichten vermag. Die hier also zu betrachtende Subjektivität der Soldaten kann deshalb keine empathisch omnipotente sein. Soldaten als Subjekte sind keine souveränen Akteure. Sie sind als Angehörige einer greedy institution (Coser) mit nahezu grenzenlosen Anforderungen konfrontiert. Von ihnen wird gerade im Krieg erwartet, dass sie ihre gesamte Person, ihr Leib und Leben bei der Erfüllung von Befehlen einbringen. Vor diesem Hintergrund knüpfen die konzeptionellen Überlegungen zu dem, was ein soldatisches Subjekt sein kann, an die anthropologischen Überlegungen Plessners zur exzentrischen Positionalität des menschlichen Individuums an. Als ein Wesen, das sich in der Welt erst finden muss, das „konstitutiv heimatlos“ ist, ist jedes menschliche Individuum gezwungen, sich jenseits der konkret for-

mierenden und einschränkenden Bedingungen seiner (sozialen) Umwelt zu einem Subjekt zu entwickeln. Dieses Subjekt ist kein vollständig autonomes Wesen, begegnet doch seine „Unbehaustheit und planend-gestalterisches Können, das die Dinge im Griff hat, (...) auf Schritt und Tritt der Chance einer übermächtigen Drohung, den Dingen ausgeliefert zu sein und ihnen zu erliegen.“ Auf die Fähigkeiten des Individuums, Subjekt seines Lebens zu sein, so eine zentrale These, greift das Militär auf eine spezifische Weise zu. Im Zuge der militärischen Ausbildung sollen einige diese Fähigkeiten in ihrer Bedeutung für das Handeln der Soldaten zumindest geschmälert, andere gefördert und insgesamt sollen sie neu formiert werden, um sie zur Steigerung der Schlagkraft der Organisation nutzbar zu machen.

Subjekte sind Soldaten nicht erst, wenn sie im hierarchisch strukturierten Militär die höchsten Ränge einnehmen, wenn sie alleinverantwortlich über Rangniedrigere Kommandogewalt ausüben. Von soldatischen Subjekten ist auch dann zu sprechen, wenn ihnen der Dienstrang keine Macht über Andere verleiht. Subjektivität entfaltet sich deshalb auch nicht erst dann, wenn Soldaten gegen erteilte Befehle handeln, quasi ihre soziale Rolle als befehlsempfangender und ausführender Soldat verlassen, sei es, weil sie einen Befehl verweigern, desertieren oder psychisch zusammenbrechen.

Das Handeln soldatischer Subjekte wird vor allem im Hinblick auf seine Beziehung zum Krieg, genauer zum Gefecht, betrachtet. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf die europäische Landkriegsführung und setzt sich bevorzugt mit dem Kampf von zu Fuß kämpfenden Soldaten auseinander. Für die Gefechte der Infanterie im Besonderen wie für das Kriegsgeschehen im Allgemeinen gilt das Diktum von Clausewitz: „Die Waffenentscheidung ist für alle großen und kleinen Operationen des Krieges, was die bare Zahlung für den Wechselhandel ist“. Auch wenn nicht alle militärischen Operationen im Krieg Kämpfe mit dem Gegner darstellen, ganz fehlen sie niemals. Wenn auch nicht der Ausgang jedes einzelnen Gefechts über Sieg oder Niederlage im Krieg entscheidet, so zeigt doch der Ausgang der Kämpfe in toto, ob die getroffenen Vorbereitungen auf den Krieg den gestellten Aufgaben für die militärische Organisation entsprachen. Anhand verschiedener historischer Konfigurationen, in denen unterschiedlich auf die Subjektivität der Soldaten

zurückgegriffen wurde, um sie für den Kampf nutzbar zu machen, werden sowohl die Schwierigkeiten als auch die machtsteigernden Effekte dieses Zugriffs untersucht. Die Art, wie die individuelle Kampfkraft formiert und als Teil des Gesamtverbandes organisiert wurde, drückt jeweils ein spezifisches Verhältnis zur Subjektivität der Soldaten aus. So gilt für den Disziplinierungsprozess, der aus den Söldnern Soldaten machte, dass sich die Soldaten möglichst wenig am Geschehen als gestaltende Akteure beteiligen sollten. Ihre Subjektivität galt als störend und hinderlich. Diese negative Einstufung drückte sich besonders im Rahmen der Lineartaktik aus, die im 18. Jahrhundert als das avancierteste Einsatzkonzept der europäischen Heere galt. Um die Tragweite dieses konzeptionellen Verhältnisses zur Subjektivität zu beleuchten, werden die verschiedenen Bedeutungshorizonte der Metapher Maschine vor allem im Hinblick auf den Körper der Soldaten untersucht. Darüber hinaus wird der Gedankengang, dass der menschliche Körper wie eine Maschine funktioniere, dem das Denken als Refugium des Subjekts äußerlich ist, mit Überlegungen zur Leibgebundenheit des Subjekts kontrastiert.

Eine andere Situation trat gegen Ende des 18. Jahrhunderts ein, als die Soldaten in den taktisch-operativen Konzepten ausdrücklich mehr als nur Objekte in den Händen der Feld- und Kriegsherren sein sollten. Sich als Subjekte in das Kriegsgeschehen einzubringen, wird seitdem von den Soldaten, wenn auch in unterschiedlichem Maß, verlangt. In diesem Zusammenhang wird die These vertreten, dass seither die positive Einbeziehung der soldatischen Subjektivität ein Dreh- und Angelpunkt operativer Einsatzkonzepte ist. Befehlskonform sich entfaltende soldatische Subjektivität ist ein Innovationspotential der Kriegführung. Vor diesem Hintergrund wird in einem weiteren Schritt auf Einsatzkonzeptionen einzugehen sein, die die Subjektivität der Soldaten aktiv nutzen wollten und den Soldaten deshalb einen größeren Handlungsspielraum zubilligten.

Gleichwohl gilt die Subjektivität weiterhin als eine zweifelhafte, weil unberechenbare und unbeständige Qualität der Soldaten. Sie sollen als fungible Objekte eines instrumentellen Kalküls wirken und gleichzeitig mit ihren Entscheidungs- und Handlungskompetenzen die Effektivität der Kriegführung entscheidend steigern. Sich auf die Subjektivität zu verlassen, um die Flexibilität der Soldaten in kontingenten und komplexen

sozialen Situationen im Kampf zu steigern, ist deshalb aus der Perspektive der Kriegsherren eine ambivalente bis gefährliche Strategie. Die Subjektivierung des Kriegsgeschehens ist aber nicht nur aus machtpolitischen Gründen gefährlich, da der eigene Körper/Leib den Soldaten nicht äußerlich ist. Durch die Verschränkung von einem 'Körper haben und ein Leib sein' (Plessner), erfährt die Subjektivierung des Krieges auch von Seiten der Akteure eine Grenze. Der Mensch als soziales, als empfindungsfähiges sowie auf Empfindungen angewiesenes Wesen kann sich nicht folgenlos, d.h. ohne Schaden zu nehmen, wiederholt oder gar ständig Situationen aussetzen bzw. diesen ausgesetzt werden, in denen er Angst um sein Leben wie das der ihn umgebenden Menschen haben muss. Wenn Gewöhnung als die Einverleibung von Strukturen bezeichnet werden kann (Waldenfels), muss demgegenüber darauf hingewiesen werden, dass es unmöglich ist, sich an die Bedingungen eines sozialen Raumes zu gewöhnen, der von Tod und Todesgefahren, von Leid und Schmerzen geprägt ist.

Bildete bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Gefecht eine Ausnahme-situation innerhalb des Kriegsgeschehens, änderte sich dies im Zuge der Industrialisierung des Krieges entscheidend. Denn im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde nicht nur ständig die Wirkung und Leistungsfähigkeit der Distanzwaffen erhöht, d.h. sie entwickelten auf immer größerer werdende Distanzen ihre letale Wirkung und konnten in immer kürzer werdenden Zeitabständen abgefeuert werden, sondern durch verbesserte Kommunikations- und Transporttechnik wurde es prinzipiell möglich, die Truppen permanent mit industriell gefertigten Gütern zu versorgen. Nur der permanente Nachschub an Lebensmitteln, Munition und auch Personal ermöglichte die Ausbildung eines sozialen Raumes, in dem der Kampf auf Dauer gestellt ist, der Front bzw. dem Gefechtsfeld. Voll zum Tragen kamen diese Veränderungen in Europa erstmals im Zuge des 1. Weltkrieges. Welche Folgen die Industrialisierung und die Permanenz des Kampfgeschehens auf die soldatischen Subjekte hatten, wird einen weiteren Schwerpunkt in der Arbeit bilden.

Abschließend soll der Frage nachgegangen werden, welche Stellung soldatische Subjektivität gegenwärtig in avancierten Militärorganisationen einnimmt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Beobachtung, dass die Entwicklung der Kriegstechnologie danach strebt, Kompetenzen, die

bislang unverzichtbar mit dem Individuum verbunden waren, durch Artifizielle zu ersetzen, die als vollständig beherrschbar und deren Potential als unendlich leistungsfähiger gedacht wird. Zumindest als Entwicklungsziel verschiedener Techniken gilt es, so wenig Menschen wie möglich als direkte Gewaltakteure im Krieg einzusetzen.

Roland Sennewald

Das Kursächsische Heer im Dreißigjährigen Krieg

Vom Museum Lützen Anfang der neunziger Jahre mit der Erarbeitung einer Dokumentation zur Schlacht bei Lützen am 06.11.1632 (alle Angaben zum Datum im Projekt beziehen sich auf den alten julianischen Kalender) beauftragt, musste ich mich auch mit den kursächsischen Regimentern, die an der Schlacht teilnahmen, beschäftigen. Dabei stellte ich fest, dass es über die Kursächsische Armee dieser Epoche kaum gute und vor allem ausführliche Werke gab. Ich nahm mir vor, diese Lücke zu schließen. 1996 begann ich mit dem Projekt, wobei ich mich auf viele Unterlagen, die ich bisher gesammelt hatte, stützen konnte.

Nun begann aber erst das gezielte Sammeln von Unterlagen zum Thema. Bald musste ich feststellen, dass es zu diesem speziellen Thema am besten war, zeitgenössische Literatur, Urkunden und Akten zu nutzen, sowie Werke, in denen diese möglichst unverfälscht genutzt wurden. Als Leitfaden nutze ich das hervorragende Werk von Schuster und Franke „Geschichte der sächsischen Armee“, Leipzig 1885, welches die Thematik aber nur kurz fasst. Das Werk „Die Feldzüge der kursächsischen Armee“ von Friedrich Grafen von Beust, Erfurt 1801, ist dagegen sehr ungenau und mit vielen falschen Angaben versehen. Besser und bei einem Teil der Arbeit sehr hilfreich, ist das unveröffentlichte Werk des ehemaligen Museumsleiters des Museums Großenhain, des 1969 verstorbenen Johannes Eichhorn, der sich hauptsächlich mit den Regimentern und den Fahnen beschäftigte. Er behandelte schwerpunktmäßig die Zeit Augusts des Starken und seiner Nachfolger.

So studierte ich zwangsläufig eine Unmenge von Briefen und Akten im Sächsischen Hauptstaatsarchiv, im Stadtarchiv Leipzig, im Archiv Alten-

burg, in der Sächsischen Landesbibliothek, nutzte die Bestände der Universitäten Leipzig und Halle. Ein reger Schriftverkehr mit den Archiven in Stade, Wien, München, Stockholm und vielen anderen begann und läuft noch. Die verlässlichsten Historiker aus der untersuchten Epoche, auf die ich mich außerdem stütze, sind B. Chemnitz, M. Witstahl, S. Pufendorf, J. Gottfried (Abelin), R. Montecuccoli, J. Wallhausen, J. Kanci, Magister Lehmann, Axel Oxenstierna, F. Khevenhiller und andere.

In der modernen Forschung waren vor allem bei den folgenden Autoren Informationen zu erlangen: G. Droysen, H. Hallwich, J. Krebs, K.W. Helbig, H. Delbrück, K.G. Müller, Th. von Mörner, E. Frauenholz, A. zum Winkel, R. Schmidt, H. Mahr, G. Krause, O. Rudert, B. Badura und ebenso viele andere.

Chronologisch werden die Feldzüge der kursächsischen Armee und wichtige Ereignisse aufgeführt. Dieser Teil ist sehr umfangreich.

Zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges rüstete Kursachsen im Namen des Kaisers auf und kämpfte in der böhmisch-pfälzischen Periode gegen die Truppen der böhmischen Stände, beginnend mit dem Feldzug in die Ober- und Niederlausitz 1620. Das wichtigste Ereignis war die Belagerung von Bautzen.

Nach der Inbesitznahme der beiden Lausitzen marschierte die sich nach und nach verstärkende sächsische Armee in Schlesien ein, welches ebenfalls zur böhmischen Krone gehörte, und kämpfte hier bis die sächsischen Truppen 1622 von kaiserlichen Truppen abgelöst wurden. Danach wurden zwar 1623 noch Truppen geworben, aber die allgemeine Kriegslage ließ es zu, dass fast alle sächsischen Truppen bis 1624 abgedankt werden konnten.

In der zweiten, der dänischen Periode des Krieges beteiligten die Sachsen sich nicht an Kampfhandlungen. Das Land wurde nur von den Beteiligten gestreift oder kurz durchzogen.

Die immer mehr anwachsende Stärke der katholischen Kräfte unter Kaiser Ferdinand II. und dem bayrischen Herzog Maximilian, die ihre anti-protestantische Einstellung im Restitutionsedikt von 1629 deutlich dokumentierten, zwang die protestantischen Fürsten zu einem Schutzbündnis. Sie beschlossen im Konvent von Leipzig im Winter 1630/ 31 unter der Führung des Kurfürsten von Sachsen Johann Georg I. die militärische Aufrüstung.

Vom Frühjahr 1631 an begann nun die Aufstellung der sächsischen Armee mit völlig neuen Regimentern zu Pferd, zu Fuß und Dragonern. Anfang September schon verbündete sich der Kurfürst nach einer Provokation des kaiserlichen Oberbefehlshabers Tilly, mit dem 1630 in Deutschland gelandeten schwedischen König Gustav II. Adolf. In dieser schwedischen Periode erhielt die kursächsische Armee ihre erste Feuer-taufe in der Schlacht bei Breitenfeld am 07.09.1631. Hier versagten einige dieser neuen und jungen Regimenter, aber im Gegensatz zu vielen Darstellungen hielten sich vor allem am Anfang der Schlacht, während und nach der entscheidenden Wende andere sächsische Regimenter sehr tapfer.

Nach der Schlacht trennten sich der König, der seinen Siegeszug durch das Reich antrat, und die sächsischen Armee, die sich wieder geordnet und verstärkt hatte.

Die Sachsen zogen über die Lausitz nach Böhmen und besetzten Prag und Nordböhmen. In der Schlacht bei Nimburg am 27.11.1631 konnte ein kaiserliches Heer durch den sächsischen Oberbefehlshaber Generalleutnant Hans Georg von Arnim geschlagen werden. Erst der wiedereingesetzte Wallenstein trieb die Sachsen im Frühjahr 1632 mit einer wesentlich stärkeren Armee aus Böhmen zurück. Danach wandte er sich dem bei Nürnberg stehenden Gustav II. Adolf zu. Der Kurfürst von Sachsen sandte diesem fünf Regimenter als Hilfe gegen Wallenstein, die tapfer an den Kämpfen um Nürnberg im Sommer 1632 teilnahmen. Der andere Teil der sächsischen Armee marschierte nach Schlesien und vertrieb die Kaiserlichen aus den wichtigsten Gegenden. Höhepunkt waren die Gefechte bei Steinau, Breslau und das große Lager bei Schweidnitz. Die bei Gustav Adolf verbliebenen fünf Regimenter marschierten mit diesem Wallenstein im Herbst 1632 nach Sachsen nach. Hier beteiligten sie sich am 06.11. an der Schlacht bei Lützen. Der Hauptteil der sächsischen Armee kämpfte 1633 und 1634 in Schlesien, wo am 03.05.1634 in der Feldschlacht bei Liegnitz die Sachsen unter Arnim eine kaiserliche Armee unter Hieronymus Colloredo vernichtend schlugen. Auf den Ablauf aller größerer Gefechte, Belagerungen oder Schlachten wird im Detail im Projekt in eigenen Kapiteln eingegangen.

Nach dem Prager Frieden mit dem Kaiser, in der nun folgenden schwedisch-französischen Periode, kämpften die Sachsen im Verbund einer

Reichsarmee, aber vorerst als eigenes Kontingent gegen die Schweden und Franzosen. Hier erreichte die sächsische Armee die größte Stärke im Krieg mit über 30.000 Mann. Eine Streitmacht, die kaum andere deutsche Fürsten, von den Bayern und Hessen abgesehen, die ähnliche Zahlen erreichten, aufbringen konnten.

In dieser Periode kämpften die Sachsen in der Mark Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Schlesien, Böhmen und vor allem im eigenen Land. Sie nahmen an zahlreichen Schlachten wie Dömitz 1635, Wittstock 1636, Chemnitz 1639, Schweidnitz 1642, Leipzig 1642 und Jankau 1645 teil. Zahlreich waren auch die Gefechte und Belagerungen. 1645 schloss Kursachsen, das völlig erschöpft war, mit den Schweden einen Waffenstillstand ab, der später in einen Frieden mündete. Drei Reiterregimenter durfte der Kurfürst aber im Bestand der Reichsarmee belassen, welche bis zum Ende des Krieges 1648 weiterfochten. Bis 1650 wurden die letzten Regimenter abgedankt. Einige Kompanien wurden als Besatzungen in Festungen und Städten belassen. Diese könnten der Grundstock für spätere sächsische Armeen gebildet haben. Das nachzuweisen wäre ein neues Projekt.

Neben diesen Ereignissen wird in einzelnen Kapiteln auf die militärische Organisation, die Taktik, Bewaffnung, Besoldung, Verpflegung, Justiz, Werbung, Vereidigung, Kriegsartikel, das Lagerwesen, Uniformierung, die Dienstgrade, das höhere Offizierskorps, die Soldatentypen, die Feldzeichen, die Artillerie, die einzelnen Regimenter mit ihren Befehlshabern sowie deren Veränderungen und auf die Militärmusik eingegangen.

Es wird aufgezeigt, dass eine Uniformierung der kursächsischen Armee schon angestrebt wurde und später nur aus ökonomischen Gründen scheiterte. Vor allem zu Beginn der böhmischen und schwedischen Periode waren die kursächsischen Regimenter zu Fuß mit Röcken einheitlich gekleidet. Beispiele sind hierfür die erhaltenen Schützenröcke in Zwickau und Pirna. Allerdings gehören diese seltenen Stücke zu Defensionsabteilungen, die ähnlich strukturiert waren. Auf das Thema kursächsische Defension (Landesverteidigung der Bürger, Bauern und Edelleute) gehe ich nicht ein, weil hier gute Werke schon erschienen sind.

Die Veränderung der zahlenmäßigen Stärke der Einheiten ist im Text eingeschlossen. So wurden die Sollbestände der Regimenter und Kompanien nur zu Beginn der großen Perioden erreicht. Das Zusammenschmel-

zen der Einheiten erfolgte rasch, so dass viele reformiert werden mussten und in andere Regimenter untergesteckt wurden. Vor allem ab Mitte 1637 bis Anfang 1639 gingen in der großen Reformation viele Regimenter ein. Die Namen der Regimenter, die nach den Inhabern, zugleich Obersten, benannt waren, änderten sich durch die Führungswechsel oft. Die Geschichte dieser Regimenter lässt sich von der Aufstellung, den Feldzügen bis zur Auflösung nun nachvollziehen.

Die Personen der Armeeführung, die Offiziers- und Unteroffiziersdienstgrade der Stäbe von Regimentern und Kompanien (Prima Plana) und die Einteilungen bis in die kleinste Einheit, die Rotte, wird beschrieben. Ebenso werden die Zusammensetzungen der einzelnen Armeekorps in den Feldzügen gezeigt. Im Kapitel Justiz werden Zusammensetzung der Militärgerichtsbarkeit und Beispielfälle aufgeführt. Im Laufe der Recherchen konnte ich umfangreiches Material zu den kursächsischen Fahnen und Standarten finden. Einige seltene Originale sind noch in verschiedenen Museen und Kirchen zu besichtigen.

Die Aufstellung und Kampfweise der Kursächsischen Einheiten waren wie in den meisten protestantischen Ländern die so genannte niederländische Ordonnanz.

Diese wurde weitestgehend beibehalten und die anderen, vor allem katholischen Armee, passten sich an. In den Schlachtskizzen werden die Heeresaufstellungen in Treffen mit Reserven gezeigt. Die Hauptsoldatentypen waren bei der Infanterie der Musketier und der Pikenier, bei der Kavallerie der Kürassier und der Arkebusier. Die Kürassiere kamen auf Grund der Kampfweise und vor allem aber der höheren Kosten nur zu Anfang der schwedischen Periode vor. Die berittene Infanterie bildeten die Dragoner. Leichte Reiter ähnlich der Kaiserlichen hatten die Sachsen nicht. Zu diesen Typen kamen noch die Artilleriebediensteten, Schanzgräber, Brücken- und Schiffsknechte sowie die Militärhandwerker. Das Verhalten der Soldaten sollte sich nach eigens dafür aufgestellten Kriegsartikeln richten, die sozusagen Gesetze und Verhaltensnormen darstellten. Für den sozialen Bereich werden die Einkommensquellen der Soldaten und die anderen Verdienstmöglichkeiten aufgeführt. Dazu werden die Preise der üblichen Nahrungsmittel angegeben, um den Lebensstandard zu zeigen. Nicht bearbeitet werden die Beziehungen zur Bevölkerung, weil auch dieses Thema vor allem in letzter Zeit bearbeitet wurde. Eine

Übersicht von alten Maß- und Gewichtseinheiten mit dem Bezug auf die heutigen gültigen Einheiten ist zum besseren Verständnis beigelegt.

Nicht Bestandteil des Projektes sind Biografien von hohen oder niederen Offizieren der Armee, weil diese den Rahmen ebenfalls sprengen würde.

Ich hoffe diese vielen Informationen in einem Buch zusammenfassen zu können, was allerdings eine Frage der Druckkosten sein wird. Erscheinungsziel ist für mich der 360. Jahrestag des Westfälischen Friedens.

BERICHTE

Hansjörg Buss

„Banal Militarism“ 15. und 16. Oktober 2004 in Marburg

Das Zentrum für Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg und der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) waren am 15./16. Oktober 2004 Gastgeber einer innovativen Tagung über die Veralltäglichung und Banalisierung des Militärs bzw. des Militärischen.¹

Die unter dem Titel „Banal Militarism“ stehende Veranstaltung zog WissenschaftlerInnen und Studierende unterschiedlicher Disziplinen aus dem In- und Ausland an. In ihrem anschaulichen und inspirierenden Einleitungsbeitrag skizzierten *Tanja Thomas* (Lüneburg) und *Fabian Virchow* (Kiel/Berlin) den Grundgedanken des Tagungsthemas: Während unter Militarismus – etwa in seinen historischen Ausprägungen in Deutschland, Japan und Italien – gewöhnlich eine gesellschaftliche Konstellation verstanden wird, in der das Militärische eine bevorzugte Rolle in Staat und Gesellschaft spielt und/oder wo Soldaten ihren Beruf als den eines ‚besonderen Standes‘ begreifen, deren überlegene höherwertige Lebensform anerkannt und von Zivilisten nachgeahmt wird, geht es der Perspektive des „Banal Militarism“ in Anlehnung an das von Michael Billig in seinen Nationalismusforschungen vorgeschlagene Konzept eines „Banal Nationalism“ darum, die nicht-extremen und unspektakulären, dennoch nicht weniger wirkmächtigen gesellschaftlichen Prozesse zu untersuchen, über die Militär und Militärisches als Selbstverständlichkeit (re-)produziert werden bzw. Existenz- und Handlungslogik dieses Gewaltapparates banalisiert wird. Dass an solchen Prozessen nicht allein militärische Akteure beteiligt sind, skizzierten die Vortragenden exemplarisch anhand der als dual-use-Produkte zu charakterisierenden Kriegs-

¹ Die Tagung fand finanzielle Unterstützung bei der GEW Hessen, dem DFG/VK-Bildungswerk Hessen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und dem Arbeitskreis Marburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung (AMW). Eine Auswahl der Tagungsbeiträge, die das Forschungsfeld aus historischer, kunsthistorischer, soziologischer, politik-, literatur-, kultur- und medienwissenschaftlicher Perspektive ausleuchten, ist zur Veröffentlichung vorgesehen.

spiele für Computer, die aus einer engen Kooperation zwischen Software- und Spiele-Industrie sowie militärischen Stellen entstehen. Sie dienen nicht nur der Freizeitgestaltung, sondern auch als Mittel der Rekrutierung und der Ausbildung (Simulation).

„Banal Militarism“ sollte – dies wurde eingangs nachdrücklich betont und im Laufe der Tagung durch die Bandbreite der präsentierten Themen im Rahmen der Panels aufgezeigt – keineswegs allein als ein von Militär und/oder Politik gesteuerter Prozess missverstanden werden. Im Gegenteil – es wurde vorgeschlagen, die Prozesse eines „Banal Militarism“ als Elemente eines Wandels der politischen Kultur eines Landes zu diskutieren und auch die vielfältigen Prozeduren der Gewöhnung an und/oder Einübung von Denkmustern, Einstellungen und Verhaltensweisen in den Blick zu nehmen, die – mehr oder weniger – mit einem militärischen Habitus verbunden sind.

Somit wurde zu Beginn der Tagung eingeladen, ein Forschungsfeld und zugleich ein Diskussionsforum zu eröffnen, in dem Fragen u. a. nach Formen und Darstellungsweisen des Militärs bzw. von Elementen des Militärischen (z. B. Uniformen, Waffen) in seinen (weitgehend) unspektakulären Ausprägungen und Erscheinungen, nach der Einbindung der staatlichen, semi-staatlichen oder privaten Akteure bzw. Akteursgruppen, den Interaktionen militärischer Einrichtungen mit anderen gesellschaftlichen/kulturellen Akteuren und Milieus sowie schließlich den Auswirkungen solcher Phänomene auf die primär nicht militärischen Teile der politischen und der Alltagskultur aufgegriffen und debattiert werden können. In einem weiteren Plenarvortrag entwickelten *Volker Heins* (Frankfurt/Main) und *Jens Warburg* (Gießen) Überlegungen zu einer Systematisierung der Unterscheidung von Militarismustypen. Sie legten eine vier-Felder-Matrix vor, deren Kombinationen durch die Dimensionen deep bzw. banal und Militarisierung bzw. Demilitarisierung gekennzeichnet waren. Dabei traten sie dafür ein, der Zivilisierung des Militärischen – zumindest jenes westlicher Industrienationen – gebührende Bedeutung beizumessen. Sie verwiesen auf die innere Widersprüchlichkeit des Begriffs vom banalen Militarismus und eröffneten somit den Einstieg in eine ertragreiche Debatte.

Diese Debatte griffen auch die beiden Keynote-Speaker der Tagung, *James der Derian* (Brown-University) und *Robin Andersen* (Fordham Univer-

sity), auf; sie stellten Perspektiven und Ergebnisse aus der US-amerikanischen Forschung vor. James der Derian verdeutlichte nicht nur die zahlreichen Formen der Kooperation von militärischen Forschungszentren mit Universitäten und Unternehmen, sondern betonte auch die Deutungsmacht von Militärs, die während des Krieges gegen den Irak als Experten in den Redaktionen der TV-Sender meinungsbildend wirkten („embedding the military“). Zur Bekräftigung seiner ebenso engagiert wie fundiert vorgetragenen Kritik an medial vermittelten Entgegnungen auf Kriegspropaganda stellte er seinem Plenumsvortrag Ausschnitte aus einem studentischen Filmprojekt voran, das die Entwicklung medialer Berichterstattungsmuster in den USA seit dem 11.09.2001 thematisiert. Davon ausgehend skizzierte er seine Auffassung und die Entwicklungstendenzen einer US-amerikanischen Vorstellung eines ‚Virtuous War‘, die bereits vor 2001 seinen Anfang nahm und dessen medial vermittelte Auswirkungen aus Sicht der Derians gesellschaftlich zu einer Banalisierung des Militarismus führt.

Robin Andersen, deren vielversprechendes Buch ‚War and Media. Censorship, Propaganda and Myth in the Information Age‘ in diesen Tagen erscheint, spannte in ihrem facettenreichen Vortrag einen Bogen von einem allgemeinen Trend der ‚Entertainingisierung‘ des Politischen bis zur konkreten Boulevardisierung der Kriegsberichterstattung und der Einlagerung militärischer Versatzstücke, Metaphern und Deutungsmuster in populärkulturelle Angebote. Sie plädierte nachdrücklich für eine intensive Diskussion weiterer Phänomene, die auch sie als „Banal Militarism“ kennzeichnen will.

In den parallel stattfindenden Panels sprachen *Markus Euskirchen* (Berlin) über Militärrituale und *Anette Schröder* (Hannover) über Militär und Krieg als Generatoren männlicher Tugenden. Während *Katharina Wessely* (Wien) die Thematisierung von Krieg und Militär im deutschsprachigen Theater der ersten tschechoslowakischen Republik darstellte und dabei auf die Spannung zwischen der mehrheitlich ablehnenden Präsentation des Krieges einerseits und der positiven Bewertung des Militärs verwies, machte *Dorothea Flothow* (Tübingen) in ihrer luziden Arbeit über Krieg und Militär in englischen Kindergeschichten im Zeitraum 1870 bis 1914 deutlich, dass Krieg darin in der Regel als Abenteuer verharmlost und banalisiert wurde.

Am zweiten Konferenztag verdeutlichte *Tanja Thomas* (Lüneburg) anhand der jüngeren Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, wie im Zuge der Kooperation der Bundeswehr mit Musikbands, RadiomoderatorInnen und Comedians die Dienstleistung der Truppenbetreuung an Bedeutung gewinnt und Rückschlüsse auf eine Veränderung der politischen Kultur zulässt. Dass die Einbindung von Musikstars in militärische Strukturen im Kontext gesamtgesellschaftlicher Prozesse zu sehen ist, zeigte im Anschluss auch *Katja Scherl* (München), die der Veränderung der öffentlichen Darstellung von Elvis Presley nachspürte, dessen Bild sich mit dem Eintritt in die Armee vom ‚jugendlichen Rebellen‘ zum ‚Bürger in Uniform‘ wandelte.

Während sich *Eva Kingsepp* (Stockholm) in der Tradition der kritischen „Cultural Studies“ mit den in Computerspielen produzierten (mythischen) Bedeutungsproduktionen über den Nationalsozialismus und deren Aneignung durch Konsumenten befasste, fokussierte *Carsten Hennig* (Frankfurt/Main) auf die post-9/11 Filmproduktionen aus den USA, in denen vergangene Kriege in einer Art thematisiert würden, die die Überwindung der dabei erlittenen Traumata durch eine - dieses Mal heldenhaft siegreiche - Wiederholung nahelegten.

Fabian Virchow (Kiel/Berlin) legte das Augenmerk auf die Entwicklung der Kooperation zwischen Sportverbänden und Bundeswehr, die im Bereich der Spitzensportförderung zu einer gestiegenen Abhängigkeit des Sports/der SportlerInnen von der Bundeswehr geführt hätten; zugleich werde der Sport zunehmend als Rekrutierungsmedium für zukünftige SoldatInnen eingesetzt. Unter einem semiotischen Blickwinkel standen die Überlegungen, die *Eugen Januschke* (Berlin) vorstellte: Er kontrastierte die Verwendung von einzelnen militärischen Kleidungsstücken als modische Accessoires mit der Verwendung von kompletten Uniformen mit Dienstrangabzeichen durch Militärangehörige und erläuterte vor diesem Hintergrund die Bedeutung des Transfers von Zeichen in einen neuen Kontext. Bei diesem Vorgehen könne die Differenz als Unterschied zwischen banalem und klassischem Militarismus gelesen werden.

Die große Spannbreite des bisher weitgehend vernachlässigten Forschungsfeldes „Banal Militarism“ machten zum Abschluss der Tagung noch einmal *Michael Berndt* (Habichtswald) und *Kathleen Nawyn* (Washing-

ton, DC) in zweierlei Hinsicht deutlich. Während Berndt einen theoretisch angelegten Interpretationsrahmen hinsichtlich der Herstellung von Akzeptanz zum Einsatz militärischer Gewalt anbot, suchte Nawyn nach historischen Erfahrungen der De-Militarisierung auf der Mikro-Ebene und stellte in diesem Zusammenhang ihre Forschungen zur Straßenumbenennung und zum Umgang mit Kriegsdenkmälern im US-verwalteten Baden-Württemberg 1945-1947 vor.

Die Auseinandersetzungen mit dem Begriffskonzept, die Notwendigkeit einer historischen Kontextualisierung sowie eine Diskussion über Kontinuitäten und Brüche mit Blick auf den Begriff des ‚Militarismus‘ und dessen gesellschaftliche Umsetzungen waren ein wichtiger gemeinsamer Bezugspunkt der engagierten Diskussionen unter ReferentInnen und TeilnehmerInnen. So ließ sich nicht allein unter den ReferentInnen weitgehend Konsens hinsichtlich der Produktivität des Konzepts des „Banalen Militarismus“ erarbeiten, sondern es ist gelungen, auch WissenschaftlerInnen sowie insbesondere auch Studierende, die als TeilnehmerInnen gekommen waren, für dieses Forschungsfeld eingehender zu interessieren. Dies ist ein wichtiges Verdienst dieser Tagung, die maßgeblich von Fabian Virchow und Tanja Thomas initiiert und organisiert wurde. Ihr Vorschlag zur Gründung eines Arbeitskreises stieß auf reges Interesse, so dass weitere Forschungsaktivitäten und Veröffentlichungen erwartet werden dürfen.

Gundula Bavendamm

„The Revolutionary and Napoleonic Wars:
New Approaches and Future Questions of Research“
Workshop am 1. November 2004 im Militärgeschichtlichen
Forschungsamt Potsdam (MGFA)

Die Revolutions- und Napoleonischen Kriege (1792-1815) prägten die europäische Geschichte so nachhaltig wie kein anderer bewaffneter Konflikt zwischen dem Dreißigjährigen Krieg und dem Ersten Weltkrieg. Sie dauerten mehr als zwanzig Jahre und reichten, was die Koalitionsbildung und die geographische Ausdehnung angeht, weit über Europa hinaus. Die Forschung betrachtet sie daher als die ersten Weltkriege. Zugleich

handelte es sich um die ersten ‚Nationalkriege‘ unter Einsatz von Massenheeren und Propaganda. Dies hatte weit reichende Folgen für das Militär und die Zivilgesellschaft. Krieg bedeutete nicht nur Gewalt, Massenaushebungen, Beschlagnahmungen und Zwangsabgaben. Die Zirkulation großer Menschengruppen über territoriale und kulturelle Grenzen hinweg förderte auch Begegnungen und den kulturellen Austausch, so dass neue Selbst-, Fremd- und Feindbilder entstanden. Prozesse der politischen und kulturellen Nationsbildung wurden gefördert. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Nachwirkungen spielten diese Kriege im kollektiven Gedächtnis Europas und seiner Regionen und Nationen bis weit in das 20. Jahrhundert hinein eine wichtige Rolle.

Im Vergleich zu den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts liegen zum 19. Jahrhundert und insbesondere für die Kriege von 1792-1815 erst wenige Untersuchungen vor. Das internationale Forschungsnetzwerk „Nations, Borders, Identities: The Revolutionary and Napoleonic Wars in European Experiences and Memories“¹ will diese Forschungslücke schließen. Sein Ziel ist eine erfahrungs- und erinnerungsgeschichtliche Analyse der Kriege zwischen 1792 und 1815 in europäisch vergleichender Perspektive. Als Auftakt einer Workshop- und Tagungsreihe versammelten sich am 1. November 2004 vierzig Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus fünf Ländern, um in einem internationalen Workshop (Organisation: *Karen Hagemann*, University of Glamorgan und *Beatrice Heuser*, MGFA; Finanzierung: MGFA) den aktuellen Forschungsstand sowie die möglichen theoretisch-methodischen Forschungsperspektiven im europäischen Vergleich zu diskutieren.

Im Zentrum des Workshops standen Forschungsberichte zu einzelnen europäischen Ländern und Regionen unter Mitwirkung folgender Referenten und Referentinnen: Europa/Spanien (*Charles Esdaile*, University of Liverpool), Frankreich (*Alan Forrest*, University of York), Großbritannien

¹ Das Forschungsnetzwerk wird geleitet von Richard Bessel (University of York, Department of History), Alan Forrest (University of York, Centre for Eighteenth Century Studies), Etienne François (Technische Universität Berlin, Frankreichzentrum), Karen Hagemann (University of Glamorgan, Centre for Border Studies) (Projektleitung), Hartmut Kaelble (Humboldt Universität Berlin, Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas) und Jane Rendall (University of York, Centre for Eighteenth Century Studies). Mehr Informationen unter: www.tu-berlin.de/fak1/frankreich-zentrum/nbi/

(*Jane Rendall*, University of York), Russland und Polen (*Ruth Leiserowitz*, Humboldt-Universität zu Berlin), Belgien und die Niederlande (*Horst Carl*, Universität Gießen), deutschsprachiger Raum (*Michael Rowe*, King's College, London).

Die Vortragenden stimmten hinsichtlich des europäischen Forschungsstandes in wesentlichen Punkten überein. Die Forschung ist heute hinsichtlich der Kriege von 1792-1815 weit über die traditionelle Militärgeschichte hinaus. Im Zuge der New Military History hat sich das Bild erheblich differenziert. Es liegt eine beachtliche Zahl sehr guter Einführungen zu dieser Periode vor, die das ganze Spektrum wirtschafts- und sozialgeschichtlicher sowie alltags- und kulturgeschichtlicher Fragestellungen entfalten. Zugleich bestehen jedoch noch erhebliche Forschungsdefizite. Die Vortragenden verwiesen vor allem auf die folgenden *Desiderata*:

Es fehlen 1. einzelne und vergleichende Regionalstudien, 2. Studien, die die Kriege von 1792-1815 als Einheit begreifen, 3. Studien zur Erfahrungsgeschichte der Zivilbevölkerung, 4. geschlechterhistorische Studien und 5. erinnerungsgeschichtliche Studien.

Die Bearbeitung dieser Forschungslücken dürfte vielversprechend sein, da die Quellenlage nach übereinstimmender Ansicht der Vortragenden günstig ist.

Darüber hinaus betonten die Referentinnen und Referenten folgende länderspezifische Aspekte: Trotz einer Fülle an Literatur zu dieser Schlüsselperiode der französischen Geschichte, die sich inzwischen auch auf die Erfahrungsgeschichte der Soldaten und Offiziere erstreckt, seien, so *Alan Forrest*, wichtige Erfahrungsdimensionen (Gewalt, Töten, Sterben, Trauer und Verlust, die zivilgesellschaftliche Unterstützung von Wehrdienstverweigerern und Desertion) noch nicht bearbeitet. Dies gelte auch für die regional sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Kriegsfolgen. Schließlich fehle eine Erfahrungsgeschichte aus der Perspektive der Zivilbevölkerung.

Für Großbritannien forderte *Jane Rendall* zum systematischen Vergleich der kulturellen und politischen Folgen der Kriege für die vier britischen Nationen England, Irland, Schottland und Wales auf. Hierbei gehe es vor allem um die Wechselwirkung zwischen Krieg, konkurrierenden „britischen“ Nationskonzepten, nationaler bzw. regionaler Identitätsbildung

und der Beförderung von Patriotismus im Horizont der britischen Empire-Idee.

Den Forschungsstand in Russland und Polen charakterisierte *Ruth Leiserowitz* im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern als deutlich geringer entwickelt und zudem sehr viel unausgewogener. Prägend seien die unterschiedlichen nationalgeschichtlichen Blickwinkel, denn die Kriege von 1792-1815 fielen in eine Phase russisch-polnischer Auseinandersetzungen. In Russland werde der Krieg von 1812 als „Großer Vaterländischer Krieg“, als nationaler Befreiungskampf erinnert, in dem die Polen auf französischer Seite kämpften. In Polen hingegen gelten – gegen Russland und Preußen gerichtet – die polnischen Teilungen von 1792, 1793 und 1795 und die Zeit des unter französischer Vorherrschaft errichteten Herzogtums Warschau zwischen 1807 und 1815 als zentral. Vor diesem Hintergrund seien vergleichende und transfergeschichtliche Untersuchungen besonders wichtig. Trotz reicher Quellenbestände seien die Kriegserfahrungen von Zivilisten, insbesondere von Frauen, nahezu unerforscht. In Spanien und Portugal habe sich die Forschungslage, insbesondere bezüglich Spaniens, in den letzten Jahren erheblich verbessert.

Charles Esdaile rekurrierte an dieser Stelle vor allem auf seine eigenen Arbeiten. Als wichtigste Desiderata nannte er die Erfahrungsgeschichte der Zivilisten in geschlechterspezifischer Perspektive sowie die Erinnerungsgeschichte. *Horst Carl* stellte Belgien und die Niederlande als kontinentaleuropäischen „Sonderfall“ dar. Es fehle die „kathartische Erfahrung eines ‚Befreiungskrieges‘“. Die Kriege von 1792/1815 hätten sich aus diesem Grund weder in die Erinnerungskultur, noch in die jeweiligen nationalgeschichtlichen Narrative eingeschrieben. Es bestehe eine günstige Quellenlage, denn in beiden Ländern seien statistisches Material zur Wehrpflicht sowie Ego-Dokumente (z.B. Briefe einfacher Soldaten) in außergewöhnlicher Dichte überliefert und bisher unter mentalitäts- und kulturhistorischen Fragestellungen noch kaum ausgewertet worden.

Die Forschungsbilanz für den deutschsprachigen Raum, so *Michael Rowe*, sei uneinheitlich, bedingt durch die ökonomischen, sozialen und kulturellen Differenzen, die konfessionelle Spaltung und die jeweiligen politischen Verhältnisse in den zahlreichen großen und kleinen Territorialstaaten, die zudem sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Frankreich gemacht hätten. Deshalb fehle eine modernen Ansprüchen genügende

Gesamtdarstellung zum deutschen Raum. Auch vergleichende, lokale oder regionale Studien über die zum Teil widersprüchlichen Erinnerungstraditionen seien Mangelware.

Im abschließenden „round table“ kommentierten *Etienne François* (Technische Universität Berlin), *Jörn Leonhard* (Universität Jena), *Matthias Middell* (Universität Leipzig) und *Arnd Bauerkämper* (Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas) die Ergebnisse des Workshops. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, welche Möglichkeiten die verschiedenen Ansätze zu einer komparativen Geschichte – Vergleich, Transfer, *histoire croisée* – für das Projekt einer europäischen Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte der Kriege von 1792/1815 bieten und welche Grenzen zu beachten sind. Folgende Gesichtspunkte arbeiteten die Diskutanden heraus: 1. Eine Betrachtung von Erfahrungen und Erinnerungen einzelner Akteure biete nicht nur einen Fokus, der die verschiedenen Fragestellungen und Ansätze bündeln könne, sondern profitiere darüber hinaus auch von einer überwiegend günstigen Quellenlage (François). 2. Die *longue-durée*-Perspektive sei für eine Analyse von Erfahrungen und Erinnerungen zentral; erst sie ermögliche es, den Wandel im je spezifischen regionalen und historischen Kontext auszumachen (Leonhard). 3. Eine solche *longue-durée*-Analyse müsse die erfahrene und die erinnerte Zeit offen interpretieren, denn Kriege seien nicht nur Zeiten des Konflikts und der Gewalt, sondern zugleich Perioden der Begegnung, des Austauschs und des kulturellen Transfers zwischen den beteiligten Akteuren, Regionen und Nationen (Middell, François). 4. Kollektive Erinnerungen an Kriege entstehen einerseits durch kulturellen Transfer und andererseits durch die ständige Konfrontation mit ‚dem Fremden/Anderen‘; die häufige Verschiebung regionaler und nationaler Grenzen in der Zeit von 1792/1815 mache die Aufarbeitung der Erfahrungen und Erinnerungen, die wiederum zentral für die regionale und nationale Identitätsbildung gewesen seien, zu einem komplexen, aber auch außerordentlich interessanten Gegenstand einer komparativen europäischen Geschichte, die für Widersprüche offen sein müsse (Bauerkämper). 5. Das Projekt biete darüber hinaus auch ein großes Potential für eine globale Geschichte; zunächst müssten aber die europäischen Forschungsdesiderata bearbeitet und die verschiedenen theoretischen und methodischen Ansätze eines Vergleichs erprobt werden. Ziel müsse sein, über die reine Addition nationaler und regionaler Fallstudien hin-

auszukommen. Ein „Mitdenken“ außereuropäischer Bezüge sei schon aufgrund der engen Verflechtung von Nations- und Empirebildung in dieser Zeit wichtig.

Michael J. Toennissen

„Militärische Helden – Helden im Krieg“
Jahrestagung des Arbeitskreises Militärgeschichte e. V. (AKM)
vom 10. und 11. Dezember 2004 im Filmuseum Düsseldorf

Am 10. und 11. Dezember 2004 fand im Düsseldorfer Filmmuseum die Jahrestagung des AKM statt. Mit dem Thema „Militärische Helden – Helden im Krieg“ griffen die Organisatoren *Gerd Krumeich*, *Susanne Brandt* (beide Düsseldorf) und *Silke Satjukow* (Jena) ein Thema auf, das bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen war.

Deshalb versuchten die Veranstalter sich in drei Sektionen dem Thema zu nähern, ohne jedoch eine „Weltformel“ für militärisches Heldentum – und damit verbunden ist ziviles Heldentum – finden zu wollen.

Nach den Einführungsvorträgen *Gerd Krumeichs* und *Silke Satjukows* referierte der Freiburger Althistoriker *Joachim Gehrke* über den Topos des antiken Helden. Hierbei hob er besonders die Ambivalenz der klassisch-griechischen Helden hervor; diese waren von den Zeitgenossen nicht bloß positiv besetzt, ihnen wohnte auch ein disziplinierendes Element inne: die Furcht. Was der Held seinen Feinden antun konnte, hielt ihn notfalls auch nicht davon ab, dasselbe bei den Seinigen zur Anwendung zu bringen.

In der ersten Sektion zum Wandel des Helden vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit referierte *Malte Prietzel* (Berlin) über ritterliche Zweikämpfe, die abseits der eigentlichen Schlachten während des Hundertjährigen Krieges stattfanden. Laut Prietzel dienten diese Zweikämpfe zur Steigerung des Ruhmes innerhalb des Standes der gegeneinander Kämpfenden. Zudem hatten diese Zweikämpfe für die jungen Männer eine Ventilfunktion in ihrem eigenen Streben nach Anerkennung und stellten so eine Möglichkeit dar, zukünftigen Führernachwuchs herauszubilden. Desweiteren stellte er einen Konnex zwischen dem Typus des mittelalterlichen

Ritters und dem späteren – ebenso geltungsbedürftigen – Offizier her. Der folgende Vortrag zur Frühen Neuzeit von *Daniel Arlaud* (Paris) untersuchte den Wandel der frühneuzeitlichen Vorstellungen und Deutungsmuster des Heldenkörpers zwischen 1516 und 1763. Arlaud wies auf eine besondere Kategorie des Heldentums hin: jene, welche sich in Soldatentagebüchern und Memoiren, in Flugblättern und in der unmittelbaren Würdigung dieser Helden widerspiegelt und somit in besonders reaktivem Zusammenhang mit dem militärischen, sozialen und politischen Kontext des Augenblicks stand. Um den Wandel der frühneuzeitlichen Vorstellungen und Deutungsmuster des Heldenkörpers zu untersuchen, stützte sich Arlaud auf die Biographien zeitgenössischer Helden, insbesondere auf die Sammlung Carl Friedrichs von Pauli. Pauli fasste 1759 die Schicksale von etwa 70 Soldaten des Siebenjährigen Krieges zusammen. Laut Arlaud ging Pauli „mit dem Lorbeerkranz sehr großzügig um, da kaum einer dieser Helden sich bis in unser Jahrhundert hat hinüberretten können.“ Arlaud konstatierte das Fehlen einer Definition für den Helden ebenso wie einer für die Historiographie fruchtbaren Analyse des Heldentums insgesamt. Der Referent rekurrierte an dieser Stelle auf den Militärtheoretiker Loen (um 1740): „Ein Held ist ein transzendenter Mensch, der aus hervorragenden Eigenschaften besteht, und sie durch große Taten zu kennen gibt.“ Dazu gab Arlaud zu bedenken, dass durch die Transzendenz die Historizität in Frage gestellt wird. Nach seiner Ansicht fungierte der Held als „Mittler zwischen zwei Welten“ – der geschichtlich bedingten Wirklichkeit und der ideal-zeitlosen Universalität. Der Held lässt somit eine Diskrepanz zwischen den real handelnden Gestalten und den literarisch oder graphisch aufgezeigten Figuren erkennen.

Den Mittelpunkt der diskursiven Erarbeitung Arlauds bildeten Gemälde der von ihm bearbeiteten Helden. Dabei kam er zu dem Schluss, dass drei Prozesse innerhalb eines Jahrhunderts die semiotische Struktur der Helldarstellung wesentlich verändert haben: Die Objektivierung des Körpers (um 1670-1680), die kriegsimmanente Deutung der Wunden und Verletzungen als Zeichen (1740-1760) und zuletzt der Umbruch von einem aktiven zu einem passiven Heldenideal (zwischen 1650 und 1700). Somit ist der zeitgenössische Held einer der historischen Orte, wo das Verhältnis des Einzelnen zum absolutistischen Territorialstaat verarbeitet

wurde und in dem die sozialen Ansprüche des Adels und des Bürgertums bezüglich der Kriegsgewalt zusammentrafen. Der adlige Heerführer, der sich dem Opfertod für das Vaterland hingab – ein typisches Merkmal des Siebenjährigen Krieges – kann entweder als Traditionsform der Helden-darstellung oder als kulturdiplomatischer Versuch, soziale Spannungen zu entschärfen, interpretiert werden.

Im Anschluss referierte *Martin Wald* (Berlin) über die diversen Geschichtsbilder von den konfessionellen Helden des Dreißigjährigen Krieges, die zwischen 1830 und 1914 entworfen worden sind. Am Beispiel Gustav Adolfs für die protestantische und Tillys für die katholische Seite zeigte Wald auf, dass im Kaiserreich bei der (konfessionellen) Heldenverehrung inhaltliche – den Glauben betreffende – Differenzen nebensächlich wurden. Wichtiger war für beide Seiten die Aufrechterhaltung von Traditionen sowie die jeweilige Geschichtspflege. Diese wurde nämlich im Rahmen der „zweiten Konfessionalisierung“ während des Kaiserreiches immer wichtiger.

Die zweite Sektion war eine Annäherung an das Themenfeld der „Heldengestalten“. Die Vorträge von *Manfred Fubrer* (Zürich) und *Martin Rogge* (Mainz) stellten zwei „Heldengestalten“ des späten Mittelalters vor: Arnold von Winkelried und Jeanne d’Arc. Der in Deutschland unbekanntere Arnold von Winkelried gehört in der Schweiz neben Wilhelm Tell und Niklaus von Flüe zu den Nationalhelden. Das Erstaunlichste an der Person Winkelrieds ist aber, dass es ihn vermutlich nicht gegeben hat.

Martin Rogge stürzte sich in den Problemkreis einer „weiblichen“ Heldenfigur in einer männlich dominierten Epoche wie dem Mittelalter. Laut Rogge erfüllte Jeanne d’Arc alle Kriterien, die ein männlicher Ritter erfüllen musste. So war ihre Transformation zur zeitgenössischen Heldin deshalb zum Scheitern verurteilt, weil sie das Potential in sich barg, eine Gefahr für die bestehende Gesellschaftsordnung darzustellen.

Dierk Walter (Hamburg), der dritte Referent dieser Sektion, wandte sich der Apotheose des deutschen „Heldenkaisers“ Wilhelms I. zu. Zwar schienen die Vorzeichen für eine Vergöttlichung Wilhelms nach dem Sieg über Frankreich für solch eine Unternehmung günstig zu sein, aber die Erinnerung an Bismarck als Reichseiniger war zu übermächtig.

Die vierte Heldengestalt dieser Sektion war der nicaraguanische General Augusto Calderón Sandino. *Gerhard Wiechmann* (Oldenburg) führte an

seinem Beispiel die „Wiedererweckung“ eines militärischen Helden vor. Wilfried Mönch (Stuttgart) referierte danach über individuelles Heldentum während der Schlacht an der Somme 1916 im Lichte von Akten und Regimentsgeschichten.

In der dritten Sektion stand der Topos des Helden in der Gruppe im Mittelpunkt. *Aleksanteri Suviola* (Helsinki) analysierte das Spezifische der deutschen Seekriegshelden 1914-1945. *Andrea Moll* (Berlin) beschrieb in ihrem Vortrag das Bild von der Soldatin in der sowjetischen und postsovietischen Erinnerungskultur. Das Gegenstück dazu lieferte die anschließend vortragende *Franka Maubach* (Jena), die das Scheitern der Heldengenerierung der deutschen Wehrmachtshelferinnen thematisierte.

Ingrid Mayershofer und *Wencke Meteling* (beide Tübingen) schlossen diese Sektion mit einer Analyse kollektiven Heldentums innerhalb der so genannten Traditionsregimenter und ihrer Traditionspflege ab.

Der Fokus der vierten und letzten Sektion richtete sich auf die Rolle der Medien im Bezug auf Heldenkonstruktion. *Susanne Parth* (Tübingen) eröffnete diesen Block mit einem Vortrag über Helden in der deutschen Militärmalerei des 19. Jahrhunderts.

Wie Helden von der Kriegsberichterstattung des Zweiten Weltkriegs „gemacht“ wurden, zeigte *Thomas Kubetzky* (Braunschweig) am Beispiel des deutschen Generalfeldmarschalls Erwin Rommel auf.

Das letzte Referat hielt *Lars Karl* (Potsdam). Karl widmete sich den Helden – neben Stalin oft einfache Arbeiter – in sowjetischen Spielfilmen über den Zweiten Weltkrieg.

Die rege Beteiligung des Podiums in den Fragerunden zwischen den Sektionen wiesen insgesamt darauf hin, dass eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Heldenthematik noch lange nicht abgeschlossen ist. Seitens der Veranstalter gab es zum Abschluss zwar keine endgültige Zusammenfassung zur Begrifflichkeit des Helden / Heldentums, aber es wurde ein Sammelband zu dieser Tagung angekündigt, in dem nähere Definitionen folgen sollen. Alles in allem ist den Veranstaltern eine äußerst informative und spannende Tagung gelungen.

REZENSIONEN

Bernhard Mundt, Prinz Heinrich von Preußen 1726-1802. Die Entwicklung zur politischen und militärischen Führungspersönlichkeit (1726-1763), Hamburg 2002 (Studien zur Geschichtsforschung der Neuzeit, 27), 567 S. 140,00 € [ISBN 3-534-00593-7,]

Jubiläen stellen gemeinhin einen geeigneten Anlass dar, sonst eher im Hintergrund des historischen Bewusstseins liegende Ereignisse und Personen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken. Nach dem mit großem publizistischen Aufwand über die Bühne gegangenen „Preußenjahr“ 2001 gelang es im folgenden Jahr, mit Prinz Heinrich von Preußen eine Persönlichkeit aus der „zweiten Reihe“ in einer weithin beachteten und gelungenen Ausstellung zu präsentieren. Deutlich wurde in diesem Umfeld das Fehlen einer modernen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügenden Biographie. Ein letzter derartiger Versuch liegt, abgesehen von dem für einen breiten Leserkreis verfassten und eher populärwissenschaftlich einzuordnenden Buch von Eva Ziebura, mit dem Werk von Ch. V. Easum mehr als fünfzig Jahre zurück. Von daher ist es durchaus zu begrüßen, dass nunmehr erneut ein solches Unternehmen in Angriff genommen wurde.

Zunächst muss man dem Autor Anerkennung zollen, dass er sich in einem wissenschaftlichen Erstlingswerk eines solch klassischen Genres annahm. Die biographische Methode bietet bekanntlich mehrere Ansätze, die in der jüngeren Forschung intensiv diskutiert wurden. Mundt geht darauf jedoch in seiner Einleitung kaum ein; vielmehr entschied er sich dafür, seine Arbeit auf „mehrere, bislang in der Forschung weniger oder nur am Rande behandelte Themenkomplexe“ (S. 22) zu fokussieren und den Lebensweg des Prinzen in übergeordneten Strukturen nachzuzeichnen. Die - allerdings mit unterschiedlicher Intensität behandelten - Schwerpunkte seiner Untersuchung möchte der Verfasser demzufolge nach eigenen Worten auf die „kulturelle Ortsbestimmung Heinrichs“, auf die Auslotung seiner Rolle als „Prinz[en] von Geblüt“ im preußischen Staat und auf die Herausbildung seiner politischen Anschauungen legen.

Bewusst verzichtet Mundt in seiner chronologisch aufgebauten Untersuchung „auf allzu blumige Schilderungen von Einzelheiten des Hof- und Privatlebens des Prinzen“ (S. 27). So nachvollziehbar ein solcher Vorsatz erscheinen mag, wendet sich der Autor allerdings - zum Teil recht polemisch - gegen Auffassungen, die dem Prinzen homoerotische Neigungen unterstellen. (z.B. S. 182 f.) Doch bei aller partieller Berechtigung der Kritik Mundts an gewissen früheren Überinterpretationen der Quellen kann man dem Verfasser nicht den Vorwurf ersparen, dass er mitunter nach dem Motto: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“ argumentiert. Schließlich können solche - auch außerhalb der vom Autor ohnehin abqualifizierten Zeugnisse des „Hofklatsches“ existierenden - Belege nicht übergangen werden wie etwa die Bemerkungen der französischen Gesandten Latouche über Heinrichs Lebensstil. Die natürlich aus den Gepflogenheiten der Zeit verständnisvolle Einbindung auch dieser, von Mundt recht apodiktisch als irrelevant abgetanen Facetten der Persönlichkeit Heinrichs, hätte der Auslotung des Handlungsspielraumes des Prinzen einige weitere Akzente verleihen können.

Eine weitere kritische Bemerkung richtet sich auf den sprachlichen Duktus des Buches. Die Vereinfachung der mitunter sehr verschachtelten Satzstruktur hätte die Lesbarkeit einiger Passagen gewiss befördert (besondere syntaktische Ungetüme etwa auf S. 206, 274, 307 u. ö.).

Doch orientieren wir unsere folgenden Bemerkungen an der Gliederung des Buches: Mundt folgt im ersten Kapitel bei der Beschreibung der strukturell-politischen Rahmenbedingungen eher konventionellen Auffassungen. Neuere, das Bild der inneren Grundlagen des „Alten Preußen“ relativierende Forschungen, wie etwa von W. Neugebauer und P.-M. Hahn werden nicht berücksichtigt.

Plausibel - allerdings im Lichte der neueren Literatur auch nicht mehr ganz neu - erscheinen hingegen jene Passagen, in denen sich der Verfasser mit der Stellung Heinrichs als „Prinzen von Geblüt“ auseinandersetzt, was ihm zugleich Gelegenheit gibt, auf das ambivalente Verhältnis zwischen Heinrich und seinem königlichen Bruder einzugehen. Durch die von Mundt vorgenommene Auswertung der Privatkorrespondenz scheint ein Patronagesystem auf, das unseren Kenntnisstand über die prosopographische Struktur des preußischen Hofes erweitert.

Die Passagen über den „geistigen Standort“ Heinrichs bleiben jedoch oftmals nur an der Oberfläche stehen; vielfach beschränkt sich Mundt nur auf die Wiedergabe der Quellen. Etwas mehr analytischen Tiefgang erhielt allenfalls die Behandlung der 1753-55 unter dem Pseudonym eines „Marechal Gessler“ verfasste Denkschrift des Prinzen, in der er die Außenpolitik und Kriegführung seines königlichen Bruders einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen hatte. Das undiplomatische Verhalten des Königs, das in Heinrichs Augen hauptverantwortlich für die Verschärfung der sich für Preußen ungünstiger entwickelnden politischen Lage war, fand ebenso keine Gnade vor dem prinzlichen Auge wie die wenig konzise geführten, häufig einem Vabanque-Spiel gleichenden Feldzüge während der ersten beiden Schlesischen Kriege. Die in dieser Denkschrift enthaltenen Planspiele spiegelten die analytischen Fähigkeiten des Prinzen wider, so dass man - hierin Mundt folgend - „ein rational geprägtes, die abstrakt verstandene Staatsraison als oberste Richtlinie des Handelns begreifendes Denken konstatieren“ kann. (S. 267)

Einen sehr großen Raum nimmt der Siebenjährige Krieg (über 200 Seiten) in dieser Biographie ein. Diese Gewichtung erscheint angesichts des Eingebundenseins des Prinzen in dieses Ereignis zunächst durchaus nachvollziehbar, erstaunt aber insofern etwas, als Mundt in seiner Einleitung angesichts der Forschungslage „keine Notwendigkeit mehr [sieht], schwerpunktmäßig den Prinzen in seiner Rolle als Feldherr näher vorzustellen“. (S. 22) Doch gerade auf diesem Gebiet hätte der Autor bei Zugrundelegung einer konzisen Methode durchaus noch Neuland betreten können. Über weite Strecken liest sich die Darstellung aber eher wie eine Chronik der Kriegereignisse; die Analyse beschränkt sich auf das Aufzeigen der divergierenden Herangehensweisen des Königs und des Prinzen. Das eigentlich für die militärhistorische Erforschung von strategischen und taktischen Entscheidungen selbstverständliche Prinzip des „audiatur et altera pars“, d.h., die Berücksichtigung der Kriegsgegner, blieb weitgehend ausgespart. Der militärgeschichtlich interessierte Leser dürfte nach der Lektüre dieser Passagen - trotz vieler durch die Auswertung der Korrespondenz des Prinzen präsentierter, bislang unbekannter Details - das Buch etwas unbefriedigt aus der Hand legen.

Versucht man eine Gesamtbewertung der Studie von Mundt, dann fällt - vor allem in den letzten beiden Kapiteln - die Diskrepanz zwischen dem

enormen Quellenreichtum, auf dem die Darstellung fußt, und der partiell ungenügenden analytischen Durchdringung ins Auge. Der Lebensweg des Prinzen Heinrich bleibt somit, vor allem in der Einbindung in seine Zeit, zu konturenschwach. Den vom Autor geplanten Folgebänden, die die Biographie des Prinzen bis zu seinem Tode 1802 zum Inhalt haben sollen, wäre eine Berücksichtigung dieser Monita zu wünschen.

Frank Göse

Horst Carl, Hans-Henning Kortüm, Dieter Langewiesche, Friedrich Lenger (Hrsg.), *Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen*, Akademie Verlag, Berlin 2004; 471 S., 36 s/w Abb. 49,80 € [ISBN 3-05-004015-7]

Der Sammelband „Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen“ beruht auf zwei Tagungen, die die beiden Sonderforschungsbereiche Kriegserfahrungen (Tübingen) und Erinnerungskulturen (Gießen) sowie die Forschergruppe Krieg im Mittelalter (Regensburg) in den Jahren 2002 und 2003 veranstalteten. Der vornehmlich in der Neuzeit und im deutschsprachigen Raum angesiedelte Band gliedert sich in fünf Abschnitte, wobei jeweils versucht wurde, ungefähr den zeitlichen Rahmen vom Mittelalter bis zur Gegenwart abzudecken. Auffällig erscheint jedoch und dies findet sich auch in ähnlichen Diskursen, wie dem von „Gewalt und Krieg“, dass - abgesehen von der Französischen Revolution - das 18. Jahrhundert zur Gänze ausgespart bleibt, wobei es sich doch dabei nun keineswegs um eine „niederlagenlose bzw. -freie“ Zeit gehandelt hätte, wie die damalige Kriegshäufigkeit belegt.

Wie schwierig es ist, den Begriff der Niederlage in der Erfahrung bzw. der Erinnerung zu fassen, darauf verweisen die Herausgeber in ihrem Vorwort. Vor allem da die Wahrnehmung je nach Perspektive unterschiedlichen Deutungsmustern unterworfen ist - etwa Uminterpretationen und Neubewertungen bis hin zur Mythologisierung. Dies ist u. a. auch darauf zurückzuführen, dass sich eine etwaige militärische Niederlage als politischer Sieg entpuppen konnte. Erwähnt wird auch die These Kosellecks, dass die weitreichenderen Einsichten in der Geschichte von den Besiegt-

ten stammten, da sie einen höheren Erklärungsbedarf hätten. Eine These, die sich wie ein roter Faden implizit oder explizit durch nahezu alle Beiträge des Bandes zieht - sowohl beipflichtend als auch hinterfragend. Die Herausgeber verweisen auch darauf, dass der Umgang mit Kriegsniederlagen sehr situationsspezifisch ist - dass eine Schlachtniederlage keine Kriegsniederlage bedeute und umgekehrt ein Sieg auch ein Pyrrhussieg sein kann. Die große Reflexionsbreite reicht vom Eingeständnis bis zu Verleugnung und Vergessen; zwischen diesen Polen lassen sich sehr unterschiedliche Verhaltensmodi feststellen. Wobei vor allem die Zeitebenen eine große Rolle spielen, denn ohne Zukunftsperspektive sei eine Niederlage sinnlos. Allerdings existieren auch Beispiele, wo Sieger und Besiegte nicht zu identifizieren sind, etwa bei der Zivilbevölkerung, deren Elend sich unabhängig von Sieg und Niederlage nicht veränderte. Dies führte zu ähnlichen Deutungsmustern wie bei Naturkatastrophen mit religiösen Erklärungsversuchen bis hin zum Strafgericht Gottes. Nachdem Niederlagen bisher kaum aus einer vergleichenden Perspektive heraus betrachtet, sondern zumeist nur in nationalen Diskursen behandelt wurden, wird mit diesem Band sicherlich ein Desiderat der Forschung gefüllt. Sein Anspruch geht über einen traditionell militärgeschichtlichen hinaus, denn vor allem eine kulturgeschichtliche Perspektive, mit Fragen nach dem gesellschaftlichen Umgang mit Niederlagen, im Sinne der umfassenderen Fragestellungen der neuen Militärgeschichte, soll hier aufgezeigt werden.

Gefragt sei auch keine systematische Behandlung des Gegenstandes, da die Mitarbeiter der SFBs, die sich mit Krieg beschäftigen, ihr Material auf Niederlagen hin untersucht haben, um dadurch auch unterschiedliche Aspekte und Zugänge zu bieten. Dementsprechend aufgebaut sind die fünf Bereiche. Sie reichen von narrativen Strategien und Erinnerungsmustern in literarischen und historiographischen Diskursen über die Instrumentalisierung von Niederlagen im politischen Diskurs, religiösen Deutungsmustern sowie Kategorien von Ehre und Geschlecht in diesem Zusammenhang bis hin zur medialen Be- und Verarbeitung des Themas. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, alle 24 Beiträge eingehend und ausführlich zu würdigen - sie können nur kurz angerissen werden, um die Vielfalt und Bandbreite aufzuzeigen, die dem Thema innewohnt. Der Beitrag von Edith Feistner und Michael Neecke befasst sich mit der

Rezeption des Rolandsliedes durch den Deutschen Orden, während Matthias Herweg die deutschsprachigen Romane des 15. und 16. Jahrhundert im Hinblick auf die Auseinandersetzungen von Montauban und Ronceval hin untersucht. Hier wird jeweils genreimmanent analysiert und die Funktionalität der literarischen Texte mitbedacht, wobei Herweg die geradezu konstitutive Rolle kriegerischer Ereignisse für die spätmittelalterliche Romanliteratur betont.

Friedrich Lengers historiographiegeschichtliche Analyse behandelt die Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg, greift aber auch auf die historische Rezeption und den Begriff der „Volksgeschichte“ als Gegenpol zur „Staatsgeschichte“ bis in die NS-Zeit aus. Dieter Langewiesche rundet mit dem Deutschen Sonderweg als geschichtspolitischer Zukunftskonstruktion den ersten Abschnitt ab und verweist gerade in diesem Deutungszusammenhang des Sonderweges auf die Uneindeutigkeit von Sieg und Niederlage.

Der zweite Abschnitt, der sich mit Lernprozessen und politischer Instrumentalisierung befasst, ist - vermutlich dem Thema adäquat - mit acht Beiträgen der bei weitem umfangreichste, worunter sich drei nicht-deutsche Beiträge, zu Azincourt (Hans-Henning Kortüm), zur Erfahrung des 1. Weltkrieges im sowjetischen Militär (Olga Nikonova) sowie zu Geschichte und Mythos der polnischen Heimatarmee im 2. Weltkrieg (Bernhard Chiari), befinden. Davor untersucht Steffen Krieb die Instrumentalisierung der Schlacht von Sempach, Julia Murken das Scheitern des Russlandfeldzugs 1812 als Geburtsstunde des „deutschen Nationalbewusstseins“ sowie Nikolaus Buschmann 1866 als uneindeutigen Sieg oder Niederlage. Sonja Levsen stellt das Totengedenken des 1. Weltkriegs von Studenten aus Tübingen und Cambridge in den 1920er Jahren gegenüber, während Vanessa Conze den Zusammenhang von Niederlage und territorialen Verlusten Deutschlands sowie den öffentlichen politischen Diskurs darüber zwischen 1918 und 1970 in den Blick nimmt.

Den religiösen Deutungsmustern widmen sich die vier Beiträge von Hannes Möhring, Andreas Holzem, Anton Schindling und Horst Carl, die von mittelalterlichen Rachegeleuten über religiöse Semantik im „konfessionellen Bürgerkrieg“, 1648 als katholischer Niederlage bis hin zum göttlichen Strafgericht in der Niederlage gegen die Französische Revolution reichen.

Dem Diskurs um Geschlecht und Ehre - Aspekte die heutzutage in diesem Zusammenhang keinesfalls fehlen dürfen - werden leider nur drei Beiträge gewidmet. So interpretiert Birte Förster das Leiden Königin Luises von Preußen als Überwindungsmöglichkeit der Niederlagen von Jena und Auerstedt bzw. auch von 1870/71, wenn auch hier bereits in übersteigerter mythischer Form. Michael Hochgeschwender untersucht Ehre und Geschlecht als zentrale Kategorien für die Konstruktion einer nationalen Einheit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, wobei sich ab den 1870er Jahren die Wiederherstellung der „alten Ordnung“ - die Herrschaft der weißen Männer - im Gegensatz zu den kurzfristig zu Bedeutung gelangten Gegenkonzepten von „Frau“ und „Schwarzen“ herauskristallisieren sollte. Sabine Kienitz beschäftigt sich mit der Symbolik des Kriegsinvaliden in der Weimarer Republik, wobei sie besonders den Zusammenhang von Körper - Volkskörper sowie den „Abstieg“ des Soldaten vom Helden zum Krüppel thematisiert.

Die „Medialen Bearbeitungen“ beschließen den Band, wobei hier auch Bildquellen zur Diskussion stehen. Gabriele Haug-Moritz befasst sich mit der Konstruktion von Niederlagen in frühneuzeitlichen Massenmedien und versucht dies anhand des Schmalkaldischen Krieges zu veranschaulichen. Sie liefert dabei auch einen Deutungsausblick auf den Dreißigjährigen Krieg. Rolf Reichardt geht der bildpublizistischen Verarbeitung der Revolutionsniederlagen in Frankreich zwischen 1793 und 1871 nach. Karikatur, Märtyrerbild sowie Heroisierung bzw. Dramatisierung der Ereignisse stellten sich dabei als zentrale Kategorien heraus. Susanne Parth nimmt die Darstellung von Kriegsniederlagen in der deutschen Militärmalerei des 19. Jahrhunderts in den Blick und kommt zu dem Ergebnis, dass eine Pathetisierung, eine Entindividualisierung sowie eine Inszenierung des Heldentodes stattfanden. Nicht unbedingt überraschende Ergebnisse, etwa den Band von Stefan Germer, Bilder der Macht - Macht der Bilder von 1997 bedenkend.

Annegret Jürgens-Kirchhoff setzt die Bildinterpretation für das 20. Jahrhundert fort und geht dem geschlagenen Soldaten des 1. Weltkriegs in der bildenden Kunst nach. Claus Leggewies Beitrag zum 11. September 2001 beschließt den Band, der die zentralen Kategorien nicht mehr von Sieg und Niederlage, sondern vor allem von Krieg selbst zu hinterfragen beginnt. Denn wer führt Krieg gegen wen? Vor allem das lange Zeit gül-

tige Kriegsmonopol des Staates wird hier in Frage gestellt bzw. zeigt sich als mittlerweile obsolet.

Insgesamt handelt es sich um einen sehr anregenden Band, dem zugute zu halten ist, dass er interdisziplinär angelegt ist und sich mit vielen neuen Forschungsansätzen befasst, wobei in manchen Fällen etwas theoretischer Unterbau nicht geschadet hätte. Dennoch sind zwei Kritikpunkte anzumerken: zum einen ein etwas größerer Vergleichspool mit den „Rändern“ Europas und Außereuropa, da die beiden amerikanischen Beispiele doch etwas kurz gegriffen und willkürlich erscheinen. Vermutlich hängt dies mit der thematischen Ausrichtung der Sonderforschungsbereiche zusammen. Zum anderen wäre dem ansonsten gut ausgestatteten Band angesichts seines breiten behandelten Zeitraumes ein Register nicht nur gut angestanden, sondern hätte auch seine Verwendung wesentlich erleichtert.

Andrea Pühringer

ANKÜNDIGUNGEN

Call for Papers:
Die Rückkehr der Condottieri?
Krieg und Militär im Spannungsfeld zwischen Verstaatlichung und
Privatisierung. Die Entwicklung vom 16. Jahrhundert bis zur
Gegenwart

Eine gemeinsame Tagung des Arbeitskreises Historische Friedensforschung, des Arbeitskreises Militärgeschichte, des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, des Hamburger Instituts für Sozialforschung und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, 12. - 14. Mai 2006 in Potsdam

Vertreter der oben genannten Institutionen haben sich darauf geeinigt, auf dieser Konferenz das Spannungsfeld zwischen der Privatisierung und der Verstaatlichung des Krieges zu thematisieren. Das Thema, das derzeit politisch sehr brisant ist, soll im Rahmen eines historischen Strukturvergleichs untersucht werden.

Bis mindestens zur Mitte des 17. Jahrhunderts wurde die Kriegführung in Europa weitgehend von Söldnertum, privaten Kriegsunternehmern und Kriegsfinanziers getragen. Um die chaotischen, teilweise katastrophalen Zustände, die sich aus dieser Situation ergaben, zu verbessern, wurde seit dem Westfälischen Frieden in Mitteleuropa mit höchst unterschiedlichem Erfolg versucht, ein staatliches Gewaltmonopol durchzusetzen. Staaten wurden infolgedessen im Verlauf des 18. Jahrhunderts zu den dominanten, wenn auch nicht alleinigen Kriegsunternehmern.

Mit den Revolutionskriegen wurde dieses System jedoch fundamental in Frage gestellt, da der Bürgersoldat die Tendenz besaß, den Krieg in die eigene Hand zu nehmen. Als besonders bedrohlich für das staatliche Gewaltmonopol stellte sich der Kleinkrieg heraus, der vor allem in Spanien ab 1808 große Bedeutung erlangte und dort die staatlichen Strukturen für mehr als ein Jahrhundert schwer beschädigte. Mit Hilfe der allgemeinen Wehrpflicht gelang es in der Folgezeit allerdings den meisten europäischen Staaten, ihr Gewaltmonopol gewissermaßen auf einer höheren Ebene erneut fest zu etablieren.

Doch das Problem des Volkskrieges blieb grundsätzlich bestehen. In Reaktion auf diese Gefahr machte sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Tendenz zur Totalisierung des Krieges breit, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann in den radikalsten Formen staatlicher Gewaltanwendung gipfelte. Angesichts der nuklearen Bedrohung bestanden diese Totalisierungstendenzen in gewisser Weise auch im Kalten Krieg fort.

Gleichzeitig bahnte sich eine neue Entwicklung an. Angesichts des nuklearen Vernichtungspotentials verlagerte sich der Krieg gewissermaßen auf eine untere Ebene. Stellvertreterkriege und halbprivate Kommandounternehmen spielten eine immer prominentere Rolle. Auch wenn der zwischenstaatliche Krieg keineswegs an Bedeutung verloren hat, so trat doch eine Tendenz zur Neu-Privatisierung des Krieges ein. Im Gefolge der Dekolonisierung, nationaler Unabhängigkeitsbewegungen sowie angesichts des Scheiterns von Staatlichkeit in vielen Teilen der Welt sind private Kriegsunternehmer und Söldner in Afrika, Asien und Lateinamerika seit den 1960er Jahren tätig. Neuerdings ist aber sogar das Pentagon dazu übergegangen, wesentliche Aufgaben des staatlichen Gewaltapparats privaten Unternehmungen zu überlassen. „Outsourcing“ ist zum Schlagwort geworden, im Hinblick auf die Rüstungspolitik ebenso wie bei der Übertragung von Aufgaben an private Sicherheitsdienste. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der Krieg dabei ist, wieder in die Epoche der Condottieri zurückzufallen und ob auf diese Weise das staatliche Gewaltmonopol und eine demokratische Kontrolle militärischen Handelns nicht letztlich entscheidend ausgehöhlt werden.

Dieser historische Bogen, diese dialektische Entwicklung soll im Mittelpunkt der Konferenz stehen. Dabei versteht es sich von selbst, dass das oben entworfene Gesamtbild einer kritischen Überprüfung zu unterziehen ist. Hierzu ist die Mitwirkung von ausgewiesenen Experten notwendig. Die Tagung wird dementsprechend sowohl Epochen übergreifend, wie auch multimethodisch und interdisziplinär angelegt werden. Die Organisatoren werden ausgewählte Kolleginnen und Kollegen ansprechen. Darüber hinaus aber soll dieser Call for Papers dazu dienen, die Expertise der beteiligten Institutionen für das Unternehmen zu mobilisieren.

Die Sektionen der geplanten Konferenz sollten in etwa wie folgt aussehen:

- Langzeitperspektiven (einführende Grundsatzreferate zu zentralen Aspekten der Gesamtproblematik und zur historischen Chronologie)
- Die Ökonomie des Krieges (von privaten Kriegsunternehmern über die staatlich gelenkte Kriegsökonomie bis hin zu modernen Sicherheitsunternehmen und Privatarmeen, z.B. in Afrika)
- Gewaltorganisationen (von den Condottieri über staatliche Streitkräfte bis hin zu Milizen, Special Forces, Guerillas, Terroristen, irreguläre Truppen, Paramilitärs, Privatarmeen, wie etwa die der East India Company)
- Der Typ des Kriegers (vom Söldner über den Soldaten bis hin zum privaten Gewaltfachmann und dem nicht-staatlichen Kämpfer)
- Die Politik des privaten und des staatlichen Krieges (Ideologien, Symbolik, gesellschaftliche Strukturen, Kulturen und Handlungsformen des Krieges)

Abschließende Paneldiskussion: „Was haben wir gelernt?“

Über Themen- und Vortragsangebote würden wir uns freuen. Wir bitten um Einsendungen im Umfang von etwa einer Seite bis spätestens 15. Juli 2005 an den Koordinator Prof. Dr. Günther Kronenbitter, Baumgartnerstr. 17 1/2, D-86161 Augsburg. Das Organisationskomitee wird dann das Programm zusammenstellen.

AUTORENVERZEICHNIS

Dr. *Gundula Bavendamm*, Hofgutstraße, 65232 Traunstein, E-Mail:
gbavendamm@arcor.de

Hansjörg Buss, E-Mail: hj.buss@gmx.de

PD Dr. *Frank Göse*, Historisches Institut Universität Potsdam, Am Neuen
Palais 10, 14469 Potsdam, E-Mail: fgoese@rz.uni-potsdam.de

Ph.D *Mikko Huhtamies*, Universität Helsinki, Finland, E-Mail:
mikko.huhtamies@helsinki.fi

Jan Willem Huntebrinker, TU Dresden, Europäisches Graduiertenkolleg
625, z. Hd. Jan-Willem Huntebrinker, D-01062 Dresden, Tel.: 0351-463-
37869, E-Mail: jan.huntebrinker@web.de

Heinrich Lang, E-Mail: HLangTS@aol.com

Dr. *Andrea Pübringer*, Rittergasse 9, 35305 Grünberg/Queckborn, E-Mail:
puehring@staff.uni-marburg.de

Claudia Schmitz, E-Mail: schmitz_claudia@yahoo.de

Roland Sennewald, (Projektmanager) c/o Vollack Sachsen Industrie- und
Verwaltungsbau GmbH & Co., Milanstr. 1a - 04435 Schkeuditz OT
Radefeld, Tel. 034207/799-20, Fax: 034207-799-99, E-Mail:
rsennewald@vollack.de Homepage: www.vollack.de

Dr. *Anuschka Tischer*, wissenschaftliche Assistentin Philipps-Universität
Marburg, Fachbereich Neuere Geschichte, Wilhelm-Röpke-Str. 6, 35037
Marburg/Lahn, E-Mail: tischer@staff.uni-marburg.de

Michael J. Toenissen, Suitbertusstraße 86, 40223 Düsseldorf, E-Mail:
Michael_Toenissen@web.de

Jens Warburg, E-Mail: j.warburg@nexgo.de

VERÖFFENTLICHUNGEN DES AMG

Bernhard R. Kroener und Ralf Pröve (Hrsg.), Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, Paderborn 1996. ISBN 3-506-74825-4

Karen Hagemann und Ralf Pröve (Hrsg.), Landsknechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger. Militär, Krieg und Geschlechterordnung im historischen Wandel, Frankfurt am Main 1998 (= Geschichte und Geschlechter, Bd. 26). ISBN 3-593-36101-9

Seit 2000 verfügt der Arbeitskreis über die Schriftenreihe:

„Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit“:

Stefan Kroll und Kersten Krüger (Hrsg.), Militär und ländliche Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, Hamburg 2000 (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 1). ISBN 3-8258-4758-6

Michael Kaiser und Stefan Kroll (Hrsg.), Militär und Religiosität in der Frühen Neuzeit, Hamburg 2004 (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 4). ISBN 3-8258-6030-2

Sebastian Küster, Vier Monarchien - Vier Öffentlichkeiten. Kommunikation um die Schlacht bei Dettingen, Münster u.a. 2004 (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 6). ISBN 3-8258-7773-6

Markus Meumann und Ralf Pröve (Hrsg.), Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Rechtsetzung und Verwaltungshandeln als dynamisch-kommunikative Prozesse, Hamburg 2004 (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 2). ISBN 3-8258-6000-0

in Vorbereitung:

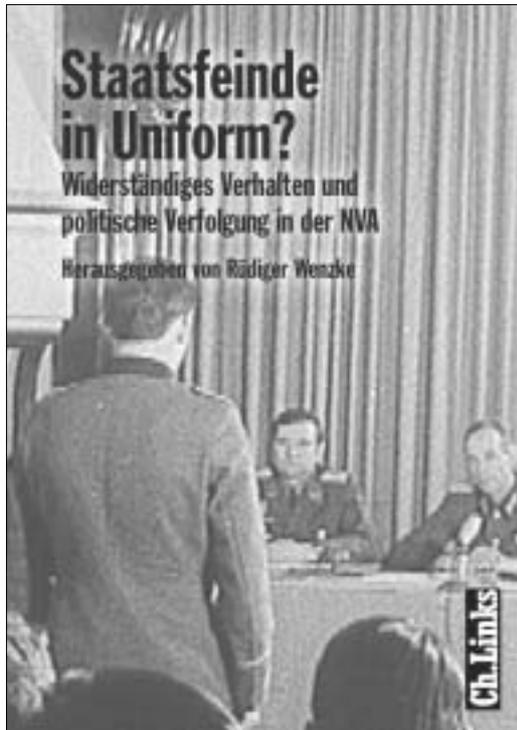
Markus Meumann und Jörg Rogge (Hrsg.), Die besetzte res publica. Zum Verhältnis von ziviler Obrigkeit und militärischer Herrschaft in besetzten Gebieten vom Spätmittelalter bis zum 18. Jahrhundert (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 3). [2004]

Olaf Gründel und Ralf Pröve (Hrsg.), Mars an Havel und Spree. Neue Ansätze zur Militärgeschichte in Brandenburg (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 5). [2004]

Beate Engelen, Soldatenfrauen in Preußen. Eine Strukturanalyse der Garnisonsgesellschaft im späten 17. und im 18. Jahrhundert (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 7). [2004]

Ursula Löffler, Vermittlung und Durchsetzung von Herrschaft auf dem Lande. Dörfliche Amtsträger im Erzstift und Herzogtum Magdeburg. 17.-18. Jahrhundert (= Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 8). [2004]

Mitglieder des Arbeitskreises erhalten beim Kauf dieser Bände 30 % Rabatt.



**Staatsfeinde in Uniform?
Widerständiges Verhalten
und politische Verfolgung
in der NVA.**

Mit Beiträgen von Torsten
Diedrich, Hans Ehlert und
Rüdiger Wenzke.

Im Auftrag des MGFA hrsg.
von Rüdiger Wenzke
Berlin: Ch. Links Verlag
2005, XIV, 642 S.

(= Militärgeschichte der
DDR, 9), 29,90 Euro
ISBN: 3-86153-361-8

Gab es politisch motivierten Widerstand in den Streitkräften der DDR? Haben sich NVA-Offiziere offen gegen die SED-Politik gewandt? Wie ging man in der NVA mit Systemgegnern, Waffendienstverweigerern und politischen Abweichlern um?

Der vorliegende Band bietet auf der Grundlage umfangreicher Archivrecherchen erstmalig einen Überblick über Formen widerständigen und nonkonformistischen Verhaltens von Angehörigen des DDR-Militärs in der Zeit von 1949 bis 1990. Er zeigt, wie sich Menschen unter den besonderen Bedingungen von Befehl und Gehorsam der Allmacht der Partei und des Staates entgegenstellten. Der Band beschreibt zugleich die Reaktionen des militärischen Repressionsapparates und macht an zahlreichen Beispielen deutlich, wie man in der Armee gegen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere vorging, die sich der geforderten politischen Norm widersetzen. Ein umfangreicher Dokumententeil ergänzt die Thematik des Buches.



Frank Umbach,
Das rote Bündnis.
 Entwicklung und Zerfall
 des Warschauer Paktes
 1955 bis 1991
 Berlin: Ch. Links 2005,
 XIX, 703
 (= Militärgeschichte der
 DDR, 10)
 ISBN: 3-86153-362-6

In Russland wird bis heute der Warschauer Pakt als das Spiegelbild der NATO angesehen. Aus westlicher Sicht waren beide zwar Militärbündnisse, aber hinsichtlich ihrer Ausrichtung, Strukturierung und Zielsetzung sehr verschieden.

Die vorliegende Studie untersucht als erste zusammenfassende Gesamtdarstellung nach 1991 die Entwicklung des Warschauer Pakts von ihren Anfängen bis zu ihrem Zerfall primär aus Sicht Moskaus und des sowjetischen Generalstabs. Sie berücksichtigt dabei sowohl die Analyse der politischen Entwicklungen unter Einbeziehung innenpolitischer Entwicklungen (insbesondere der Zivil-Militärbeziehungen in der UdSSR) als auch der militärischen Strukturen sowie militärstrategischen Kriegsfallplanungen der UdSSR. Dabei steht die Frage, "warum" und "wie" es zum Zerfall des "roten Bündnisses" kommen konnte, im Mittelpunkt der Studie.



Andreas Kunz, Wehrmacht und Niederlage.

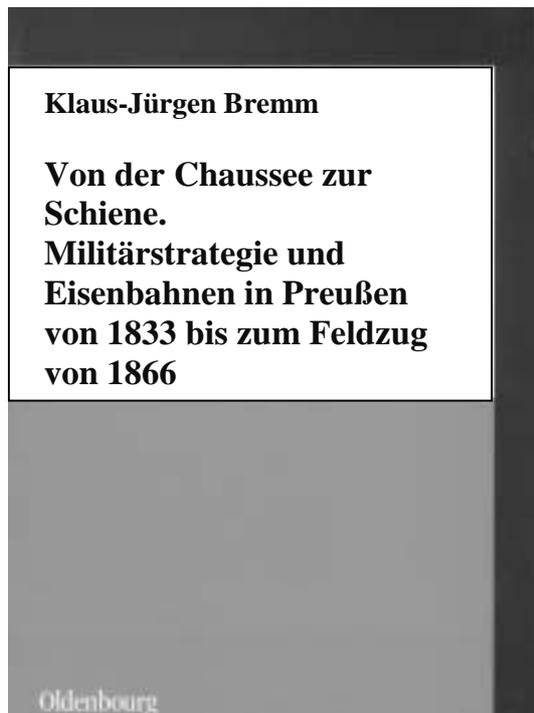
Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945, München: Oldenbourg 2005, XI, 390 S.

(= Beiträge zur Militärgeschichte, 64), 34,80 Euro, ISBN: 3-486-57673-9

Die Phase des militärischen Zusammenbruchs des 'Dritten Reichs' zwischen Sommer 1944 und Frühjahr 1945 ist historisch einmalig. Die Wehrmacht exekutierte eine Kriegführung, die längst der rationalen politisch-strategischen Sinngebung entbehrte, und die ungeachtet aller Verluste an Menschenleben und der materiellen Schäden geradezu zielstrebig in den nationalstaatlichen Untergang führte.

Die Studie greift Manfred Messerschmidts alte Forderung nach einer „Geschichte der Gesellschaft im Kriege“ auf und stellt sich der Herausforderung einer Strukturgeschichte der bewaffneten Macht in der Zeit des militärischen, staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruchs 1944/45. Unterschiedliche Blickwinkel und Betrachtungsebenen werden zu einer integrierenden Gesamtdarstellung verknüpft. Diese geht der Frage nach, wie groß der Einfluß der Wehrmachtführung auf den Kurs des NS-Regimes vor Kriegsende war, ob den Entscheidungen der militärischen Führung noch rationale Konzepte zugrunde lagen und warum die Wehrmacht in einer offenkundig aussichtslosen Situation überhaupt noch weiterkämpfte. Die Arbeit fragt nach der Totalität des ‚Endkampfes‘ und analysiert die Folgen des mehrjährigen Abnutzungskrieges auf das innere Gefüge und die Leistungsfähigkeit der militärischen Organisation. Und schließlich fragt sie danach, wie die Soldaten den Zusammenbruch erlebten.

Im Ergebnis zeigt die Untersuchung, daß jede verallgemeinernde Vorstellung, die Wehrmacht habe bis zum Schluß gekämpft, die Komplexität des historischen Gegenstandes verkennt, die sich hinter der Fassade eines vermeintlich konsistenten und zuverlässigen militärischen Instruments verbirgt.



**Klaus-Jürgen Bremm,
Von der Chaussee zur
Schiene. Militärstrategie
und Eisenbahnen in
Preußen von 1833 bis
zum Feldzug von 1866**

München: Oldenbourg
2005, ca. 240 S.

(= Militärgeschichtliche
Studien, 40)

ca. 24,80 Euro

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts lieferte die industrielle Revolution den damaligen Armeen eine Fülle neuer Technologien, die schließlich das bisherige Kriegsbild vollkommen veränderten. Von erheblicher strategischer Bedeutung waren vor allem die neuen Eisenbahnen, mit deren Hilfe die Generalstäbe erstmals größere Truppentransporte überhaupt präzise planen konnten. Gerade Preußen war wegen der exponierten Lage seiner Provinzen besonders auf dieses revolutionäre Transportmittel angewiesen und hat nach nur kurzer, anfänglicher Zurückhaltung ab Ende der dreißiger Jahre entschlossen die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen zu einer militärischen Nutzung der Eisenbahn geschaffen und ihr dadurch die bisherige Rolle der Chausseen übertragen.

Besonders der Druck der ständigen Rivalität zu Frankreich, das bereits 1842 ein ambitioniertes Eisenbahnprogramm verabschiedet hatte, bewirkte auf seiten der Militärs ein Umdenken zugunsten der neuen Technik. Schon vor der Amtszeit Helmuth v. Moltkes als Chef des Stabes der Armee waren somit in Preußen die wesentlichen Grundlagen für die militärische Nutzung der Eisenbahnen geschaffen worden, die im Krieg von 1866 gegen Österreich mit dem Transport von 7 ½ Armeekorps ihren ersten Höhepunkt erreichen sollte.



Agilolf Keßelring, Des Kaisers "finnische Legion". Die finnische Jägerbewegung im Ersten Weltkrieg im Kontext der deutschen Finnlandpolitik

Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2005,
151 S. (= Schriftenreihe der Deutsch-Finnischen Gesellschaft e.V., 5)
19,95 Euro
ISBN: 3-8305-0905-7

– Mit Unterstützung des MGFA –

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts lieferte die industrielle Revolution den damaligen Armeen eine Fülle neuer Technologien, die schließlich das bisherige Kriegsbild vollkommen veränderten. Von erheblicher strategischer Bedeutung waren vor allem die neuen Eisenbahnen, mit deren Hilfe die Generalstäbe erstmals größere Truppentransporte überhaupt präzise planen konnten. Gerade Preußen war wegen der exponierten Lage seiner Provinzen besonders auf dieses revolutionäre Transportmittel angewiesen und hat nach nur kurzer, anfänglicher Zurückhaltung ab Ende der dreißiger Jahre entschlossen die konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen zu einer militärischen Nutzung der Eisenbahn geschaffen und ihr dadurch die bisherige Rolle der Chausseen übertragen.

Besonders der Druck der ständigen Rivalität zu Frankreich, das bereits 1842 ein ambitioniertes Eisenbahnprogramm verabschiedet hatte, bewirkte auf seiten der Militärs ein Umdenken zugunsten der neuen Technik. Schon vor der Amtszeit Helmuth v. Moltkes als Chef des Stabes der Armee waren somit in Preußen die wesentlichen Grundlagen für die militärische Nutzung der Eisenbahnen geschaffen worden, die im Krieg von 1866 gegen Österreich mit dem Transport von 7 ½ Armeekorps ihren ersten Höhepunkt erreichen sollte.



... und wir hörten auf Mensch zu sein: Der Weg nach Auschwitz. Mit über 170 bisher meist unveröffentlichten Bild-dokumenten aus der Sammlung Wolfgang Haney. Mit einem Geleitwort von Roman Herzog.

Im Auftrag des Bundesarchivs hrsg. von Manfred Mayer in Verbindung mit dem Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, dem Militärhistorischen Forschungsamt und "Gegen Vergessen - für Demokratie e.V." Paderborn: Schöningh 2005, 268 S., 24,90 Euro
ISBN: 3-506-72886-5

Vor 60 Jahren, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee Auschwitz. Dieses Arbeits- und Vernichtungslager ist zum schrecklichen Symbol für das Terrorsystem der NS-Konzentrationslager und für die Verbrechen des Dritten Reiches geworden. Das Entsetzen über den Holocaust hält bis heute an. Vor der »Endlösung der Judenfrage« im deutschen Machtbereich in Europa stand der Überfall auf Polen am 1. September 1939. Die Nazis machten das geteilte und besetzte Land zum Experimentierfeld ihrer Rassenideologie und zum blutigen Schauplatz ihrer Vernichtungspolitik. Den Weg in diesen Mahlstrom zeichnet dieser Band mit Beiträgen aus der Feder ausgewiesener deutscher und polnischer Autoren systematisch nach. Entstehung und Struktur des KZ-Systems und die Verfolgung der Juden vor und nach der Wannsee-Konferenz werden ebenso im Überblick dargestellt, wie die Geschehnisse auf polnischem Boden und in Auschwitz differenziert und aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet werden, von den Organen und der Durchführung der deutschen Besatzungspolitik bis zur Exekution des Massenmordes.